85331

Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Berliner Juden vor der Emanzipation.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer

Hohen Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen.

vorgelegt von

Ludwig Davidsohn

aus Breslau.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

❖

1913

Diss. Tübingen 1913.

Referent: Herr Professor Dr. C. J. Fuchs.

Meinen Eltern.

Inhaltsübersicht

Seite

Einleitung 5

1. Abschnitt.

1. Kapitel: Jüdische Ansiedlungen in Berlin und der Mark im Mittelalter.

A. Berlin 9

B. Übrige Mittelmark 16

1. Spandau 16
2. Nauen 17
3. Beelitz 17
4. Brandenburg a. H. 18
5. Frankfurt a. d. O. 19
6. Jüterbog 20
7. Eberswalde 20
8. Müncheberg 20
9. Mittenwalde 20
10. Treuenbrietzen 20
11. Rathenow 20
12. Strausberg 20
13. Potsdam 20

C. Altmark 21

1. Stendal 21
2. Salzwedel 21

D. Priegnitz 22

E. Grafschaft Ruppin 22

F. Uckermark 23

G. Neumark 23

2. Kapitel: Politik gegenüber den Juden.

A. Gründe für Aufnahme der Juden 25

B. Die Besteuerung der Juden durch Abgaben . . 30

1. Gewöhnliche Jahresabgaben an den Landesherren. . . 30
2. Außergewöhnliche Abgaben 34
3. Die Abgaben der Juden an die Städte 34

Seite

3. Kapitel: Wirtschaftliche Tätigkeit der Juden.

A. Verbotene Tätigkeit 41

B. Die Erwerbstätigkeit der Juden 42

1. Wucher 42
2. Das Pfandleihgeschäft 49
3. Trödel- und Kleinhandel 50
4. Die Juden im Münzverkehr 51
5. Der jüdische Fleischhandel 52
6. Jüdische Ärzte 57

4. Kapitel: Soziale Lage der Juden.

1. Wohlstand der Juden 58
2. Duldung der Juden in Berlin 60
3. Der Gerichtsstand der Juden 63

Schlußbemerkung 65

Einleitung.

Über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden sind in den letzten Jahrzehnten bedeutende Werke veröffentlicht worden; nach den bemerkenswerten Publikationen von J. Schipper und F. Pinkus trat der früh verstorbene Georg Caro mit dem ersten Bande einer groß angelegten „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden" hervor, die das europäische Judentum behandelt. Unter anderem erschien dann z. B. als 152. Heft der von Gustav Schmoller und Max Sering herausgegebenen „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen" eine recht interessante und wertvolle Untersuchung über den „Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters" von M. Hoffmann. Hierzu kommen noch mehrere Spezialuntersuchungen. An Umfang wie an Größe der Gesichtspunkte ragt in der gesamten Literatur hervor das bekannte Buch meines verehrten Lehrers Werner Sombart über „Die Juden und das Wirtschaftsleben".

Alle diese Forschungen beziehen sich auf die Gesamtheit der Juden, mindestens der deutschen. Die Aufgabe, die ich mir stellte, war, zum ersten Mal Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte der Juden lediglich einer Stadt, bezw. eines ganz kleinen Landesteils, zu liefern. Ich versuchte ursprünglich, mich nur auf Berlin zu beschränken; für das 17. und 18. Jahrhundert war dies wohl möglich, denn in dieser Zeit bestand eine besondere jüdische Gemeinde in Berlin, deren Schicksale sich ziemlich unabhängig von der Geschichte der brandenburgischen Juden verfolgen lassen. Für das Mittelalter aber mußte ich mein Augenmerk auf die ganze Mark Brandenburg richten, da die Judenschaft der Mark damals eine abgeschlossene Einheit bildete, und die wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung der kleinen Anzahl Familien in Berlin allein nicht gelohnt und kein abgerundetes Bild ergeben hätte.

Ich habe mich bemüht, nur als Chronist, der ohne jede Spezialisierung auf ein bestimmtes Thema und ohne vorgefaßten Standpunkt nur den Tatsachen gleichermaßen gerecht werden

will, Material zu sammeln und wiederzugeben, nicht aber a priori Hypothesen aufzustellen und dann erst das Material zu deren Beweis zusammenzutragen.

Die Mehrzahl der Urkunden aus der Zeit bis zum 16. Jahrhundert ist in mittelalterlichem Latein oder in Mittelniederdeutsch abgefaßt; nicht alle Ausdrücke — wenn auch die meisten — sind bekannt und übersetzbar. Der Sinn der Urkunden konnte aber fast stets entziffert werden, wenn auch freilich Zweifel übrig bleiben mochten.

Für das Mittelalter habe ich zum größten Teil aus gedruckten Quellen geschöpft, für das 17. und 18. Jahrhundert vielfach aus handschriftlichen. Ich fand hier ein überreiches Material, das, obwohl unzusammenhängend und lückenhaft, doch eine Fülle neuer Einzelheiten enthielt, und vieles in neuem Lichte erscheinen ließ. Die planmäßige Sozial- und Wirtschaftsgeschichte auch nur einer einzigen Gemeinde zu schreiben, ist heute noch nicht möglich: dazu müßten alle Quellen, vor allem auch die hebräischen, restlos erschlossen sein; vorläufig kann es sich nur darum handeln, Beiträge als Bausteine zu einer künftigen umfassenden Forschung zu liefern. Allerdings ist allein das mir vorliegende und von mir gesammelte Material schon fast unübersehbar, und ich mußte mich darauf beschränken, nur Wesentliches herauszuheben.

Beim Lesen und Übersetzen mittelalterlicher Urkunden halfen mir in liebenswürdiger Weise die Doktoren Herr Stadtarchivar P. Clauswitz, Herr E. Salzer, und vor allem mein Freund, der Berliner Schriftsteller und Dozent Kurt Walter Goldschmidt, denen ich dafür verbunden bleibe.

Schwer lesbare Schriftzüge des 17. und 18. Jahrhunderts auf dem Staatsarchiv zu entziffern, half mir unermüdlich der inzwischen verstorbene Herr A. Taege; mein Dank folge ihm über das Grab hinaus! —

Für manche Hinweise bin ich den Doktoren, den Herren Archivaren R. Lüdicke und E. Kaeber, sowie Herrn Polizeisekretär und Registraturverwalter H. Lorenz vom Polizeiarchiv zu Dank verpflichtet, ganz besonders aber dem immer freundlichen und hilfsbereiten Magistratsbibliotheksdirektor Herrn G. Jähnke.

Allen diesen Herren werde ich ein dankbares Andenken bewahren.

August 1913.

L. D.

Nachbemerkung.

Mit Genehmigung einer hohen staatswissenschaftlichen Fakultät zu Tübingen, der schon die ganze Arbeit handschriftlich von mir vorgelegt wurde, veröffentliche ich hiermit zunächst zu Promotionszwecken der heutigen schwierigen Druckverhältnisse wegen nur einen kleinen Teil meiner Arbeit, den noch sehr stark gekürzten ersten Abschnitt. Einige mir selbst erwünschte Verbesserungen und Ergänzungen konnte ich leider wegen eines im Felde erworbenen Augenleidens gegenwärtig nicht mehr vornehmen.

Herbst 1919.

L. D.

1. Abschnitt:

Mittelalter.

1. Kapitel: Jüdische Ansiedlungen in Berlin und der Mark im Mittelalter.

A. Berlin.

Jüdische Bevölkerung in Berlin-Cöln während des Mittelalters.

Zum ersten Mal werden in Berlin, das etwa um die Mitte des 13. Jahrhunderts gegründet worden ist[1]), die Juden unter dem Markgrafen Otto IV. mit dem Pfeil in einer Berliner Urkunde, in dem Innungsbriefe für die Wollenweber zu Berlin, vom 28. Oktober 1295[2]) erwähnt; sie gehören also zu den ältesten Stadtbewohnern Berlins[3]). Nach Klöden sind sie schon in den ersten Jahrhunderten christlicher Zeitrechnung auf dem Wege über Polen in die Mark gekommen[4]). Vermutlich sind handeltreibende Juden schon Jahrhunderte vor der Gründung Berlins, als Cöln noch ein wendisches Fischerdorf im Lande der Sorben war, in dieser Gegend gewesen. Im Jahre 975 wird Magdeburger Händlern[5]) das Recht bestätigt, nach den damals noch rein slawischen Ortschaften Handel zu treiben[6]), und da unter den Magdeburger Kaufleuten bereits sehr früh Juden nachweisbar sind, geht man wohl nicht fehl, wenn man ihr Auftreten in Cöln schon Jahrhunderte vor der Gründung der jetzigen Reichshauptstadt annimmt.

Für das ganze 13. Jahrhundert und noch öfter für die folgenden Jahrhunderte bezeugen Urkunden das Vorhandensein von Juden in Berlin und in den verschiedenen märkischen Städtchen; aber fast nirgends ist es natürlich möglich, die jüdi-

sche Bevölkerung, ihr Wachstum, ihre Entwicklung und die Menge der jeweilig Vertriebenen zahlenmäßig festzustellen. Man kann nur die vereinzelten und zerstreuten Nachrichten sammeln und das überaus lückenhafte Material zusammenfassen. Bemerkenswert ist es, daß Juden fast nur in den Städten zu finden sind, die schon im Mittelalter etwas Handel treiben, daß man sie dagegen — mit ganz vereinzelten Ausnahmen —in den nur Ackerbau treibenden Distrikten vermißt.

Von wo die Juden in die Mark kamen, ist ungewiß. Klöden[7]) meint, daß sie u. a. Anfang des 11. Jahrhunderts mit Boleslaw Chrobri[8]), zu dessen Besitzungen Cöln damals gehörte, in die Mark gewandert sind. Wahrscheinlich ist auch, daß es, als Ende des 11. Jahrhunderts infolge der Kreuzzüge im südlichen Deutschland große Judenverfolgungen ausbrachen, auch einigen Familien gelungen ist, sich durch Flucht in die Mark zu retten.

In Polen wurden jüdische Flüchtlinge gut aufgenommen; sie sollen dort „die eigentlichen Stifter des Handels und der Handwerke" geworden sein[9]), und — da dort das Zunftwesen noch nicht eingeführt war — selbst Handwerke betrieben haben[10]).

Jedenfalls hat Polen in jener Zeit infolge der relativ günstigen Stellung, die die Juden dort inne hatten, größere Gemeinden gehabt.

Die Ansicht, daß die in der Mark wohnenden Juden aus Polen stammten, vertreten u. a. Bekmann[11]) und Koch[12]). Einige märkische Historiker, z. B. Fischbach, sind anderer Meinung[13]). Schwebel[14]) nimmt an, daß schon mit dem großen Strome der sächsischen und westfälischen Einwanderung Juden in die Mark gekommen sind.

Die Einwanderung aus Polen hat deshalb weniger Wahrscheinlichkeit für sich, weil es nicht einzusehen ist, weshalb die Juden dieses Land, wo sie ja damals verhältnismäßig günstig gestellt waren, verlassen haben sollten.[15]) Leicht möglich ist es, daß aus dem benachbarten Kurfürstentum Sachsen Juden in die Mark gekommen sind, denn dort wurden sie 1261 auf Veranlassung des Magdeburgischen Erzbischofs Rupert ihres ganzen Vermögens beraubt und 1304 vertrieben.[16])

Die Berliner Juden werden dann in verschiedenen Urkunden, welche Bestimmungen enthielten, die wahrscheinlich die Wirtschaftspolitik der damaligen Zeit beeinflußten, erwähnt, so am 5. April 1317[17]) und am 30. September 1319[18]), ohne daß die Zahl der jüdischen Bevölkerung irgendwie ersichtlich ist. Aus der Urkunde vom 1. Januar 1320[19]) kann man mit Wahrschein-

lichkeit entnehmen, daß in diesem Jahre bereits eine kleine jüdische Gemeinde in Berlin gelebt hat. Dann werden die Juden wiederum in Urkunden vom 13. August 1322[20]) und vom 10. Mai 1323[21]), ferner vom 22. Juni 1334[22]), vom 7. September 1336[23]) und 7. April 1343[24]) erwähnt.

Die letztere Urkunde, die einen ganzen Tätigkeitszweig der berliner Juden gesetzlich fixiert, läßt auch vermuten, daß die damalige Berliner Judengemeinde schon so zahlreich war, daß sie einem ganzen Gewerbe Konkurrenz bereiten konnte.

Um die Mitte des 14. Jahrhunderts wütete dann die Pest in der Mark[25]), und ebenso, wie in fast allen anderen märkischen Städten[26]), wurden unter den bayrischen Markgrafen auch in Berlin die Juden, denen man die Schuld an dem Entstehen dieser Krankheit gab, teils verbrannt[27]), teils niedergeschlagen, teils vertrieben. Die Vertriebenen flüchteten sich in Wälder und Höhlen, wo viele infolge von Hunger und Kälte umkamen.[28])

1349 werden die Häuser der Juden auf dem Judenhof in Berlin verbrannt[29]). In den folgenden Jahren waren in Berlin keine Juden[30]). Der Judenhof war verödet[31]).

Am 21. Oktober 1350 schenkt der Markgraf Ludwig II. (der Römer) dem Dekan der soldinischen Kirche das Haus eines reich gewesenen Juden[32]), die berliner Synagoge und die Judenbuden.[33])

Auf welche Weise die Berliner Juden untergingen, und wann sie vertrieben wurden, ist nicht überliefert. In einer Urkunde vom 22. Juli 1351[34]) versichert Markgraf Ludwig der Ältere den Rathmannen von Berlin und Cöln:

„. . . . sunder all geschichte die geschien sint . . . . . an den Joden, die scholn vt vnsem herten besloten sin, vnd scoln si so lyf hebben, als oft it nye geschyen were"[35]), auch Markgraf Ludwig der Römer beteuert ganz ähnlich am 4. Januar 1352[36]): „. . . . . alle Geschichte, die geschin sint an den Joden, die scholen genzlike . . . besloten sin . . . ." etc.[37]) und noch Otto der Faule erwähnt in einer Urkunde vom 2. Januar 1361 jene an den Berliner Juden verübten „gheschyte."[38])

Lange ist Berlin aber nicht ohne Juden gewesen. Am 6. Juli 1354 erlaubt Markgraf Ludwig der Römer[39]) der Stadt Cöln, 6 Juden aufzunehmen.

Hier ist in den Quellen zur Berliner Geschichte zum ersten Mal die Zahl der Juden genannt,[40]) und man geht vielleicht nicht fehl, wenn man annimmt, daß nach den Verheerungen, die die Pest angerichtet hatte, die Stimmung gegen die vermeint-

lichen Urheber des Unglücks so gereizt war, daß man nicht mehr eine stärkere jüdische Bevölkerungsgruppe in Berlin dulden wollte, sondern von vornherein die Zahl der Aufzunehmenden fixierte. Übrigens muß angenommen werden, daß es sich damals um 6 jüdische Familien handelte, denn in der Urkunde wird ausdrücklich außerdem noch die Duldung eines jüdischen Lehrers (Rabbiners?) zur Erziehung der jüdischen Jugend versprochen[41]).

Die Zahl der Juden muß sich rasch[42]) vermehrt haben, denn schon eine Reihe von Jahren später[43]) sind die Abgaben der Berliner Juden derartig, daß die Markgrafen Ludwig und Otto sie den Städten Berlin und Cöln zum Pfande setzen konnten[44]), das ihnen am 19. Februar 1363[45]) wieder zurückgegeben wurde[46]). Letztere Urkunde hat bei Erwähnung der Juden eine Lücke, die der Verständlichkeit des Ganzen Eintrag tut.

Die Juden werden dann noch 1365[47]) und 1369[48]) erwähnt.

1392 sind neun „Jodenbuden" von jüdischen Krämern in Berlin[49]), wobei zu bemerken ist, daß das Wort „Bude" nicht dem heutigen Sinne des Wortes entspricht, sondern gemäß dem damaligen Sprachgebrauch ein größeres Haus bezeichnen konnte[50]). In welcher Weise sich die jüdische Bevölkerung in Berlin dann weiter entwickelt hat, ist ungewiß.

1373, noch unter dem bayrischen Kurfürsten, findet eine allgemeine Judenverfolgung in der Mark statt[51]). Ob die Berliner Juden davon betroffen wurden, ist ungewiß. 1440 erging ein Privileg für die märkischen Juden[51a]).

Am 17. Dezember 1446[52]) werden sämtliche Juden auf Veranlassung Kaiser Friedrichs III.[53]) in der Mark gefangen gesetzt, ihrer Güter beraubt und dann vertrieben[54]).

Aber schon für das Jahr 1454 sind wiederum Juden in Berlin nachweisbar, und merkwürdiger Weise erscheinen einige sogar im Besitze des vollen Bürgerrechts. Es ist jetzt noch ein altes handschriftliches Berlinisches Bürgerbuch im Magistratsarchiv vorhanden, das 1453 beginnt und für einige Jahrzehnte die Personen aufführt, an die das Bürgerrecht verliehen worden ist.[55])

Die Seiten des Buches haben 3 Rubriken. In der ersten steht der Name, in der zweiten bei einigen der Stand und in der dritten die Summe, die für Verleihung des Bürgerrechts an den Magistrat bezahlt worden ist. In den ersten fünf Jahren steht bei im ganzen neun Personen und zwar bei acht männlichen und einer weiblichen in der zweiten Rubrik das Wort „Jode" oder „Judeus", bezw. Jüdin und zwar erhalten:

1453 im ganzen 38 Personen das Bürgerrecht (darunter kein Jude),

1454 im ganzen 53 Personen das Bürgerrecht, darunter: Gumprecht, Jude,
Jonas, Jude,
Salomon, Jude aus Stendal,
Joseph, Jude,
Habraham Dyna, Jude,
Systrika, Jüdin.

1455 im ganzen 57 Personen das Bürgerrecht, darunter: Smol, Jude,
Mose, Jude,
Salomon, Jude,

wobei zu erwähnen ist, daß

von 1453—1457 jährlich durchschnittlich 38 Personen
„ 1497—1501 „ „ 15 „
„ 1534—1538 „ „ 31 „

das Bürgerrecht erhalten haben[56]).

Im Jahre 1458 erhalten 41 Personen das Bürgerrecht verliehen[57]), darunter 2 Juden,
Mosse, jode von Rathenow,
Meygher, jode;

1460: 43 Bürgerrechtsverleihungen, darunter 2 Juden.
Jacob, jode von Mittenwalde,
Ander, jode;

1462: 33 Bürgerrechtsverleihungen, darunter 1 Jude,
David, jode v. Bernow;

1470 48 Bürgerrechtsverleihungen, darunter 3 Juden,
Calleman, Judeus,
Abram, Judeus,
Simon Löwe, Judeus;

1473: 27 Bürgerrechtsverleihungen, darunter 1 Jude,
David Jacob;

1474: 18 Bürgerrechtsverleihungen, darunter 5 Juden,
David, Jode,
Lautyn, Jode,
David, Jode,
Joseph, Jode,
Lesar, Jode.

Übrigens ist es leicht möglich, daß noch mehr Juden als die eben aufgeführten das Bürgerrecht erhielten. Auf den pergamentnen Blättern des Manuskripts sind die Schriftzeichen völlig

ausgeblichen und auf einigen Seiten nicht mehr zu entziffern. Hier sind nur diejenigen Namen angegeben, bei denen das Wort „Jode" oder „Judeus" ganz klar zu lesen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf den unleserlichen Seiten noch ein oder der andere Jude aufgeführt ist. Von 1474 an scheint unter den mit dem Bürgerrecht ausgestatteten Berlinern kein Jude mehr zu sein.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts scheinen sich die Juden wieder vermehrt zu haben[58]); die Vertreibung der Juden ist in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts „ein stehendes Petitum" der märkischen Städte[59]), und von etwa 1490 an werden den Juden, welchen das Wohnen in der Mark erlaubt wird, dieses Recht immer nur widerruflich auf wenige Jahre verliehen[60]). Trotzdem müssen um 1500 die Juden zahlreich in der Mark ansäßig gewesen sein[61]).

Im Anfang des 16.Jahrhunderts nahm die märkische Judenbevölkerung durch Aufnahme[62]) und Vermehrung noch zu; da brach im Jahre 1510 eine große Katastrophe über sie herein. Aus wirtschaftspolitischen und religiösen Gründen wünschten die Stände, der Adel und der Klerus schon lange die Vertreibung der Juden. Noch auf dem am 24. August 1503 abgehaltenen Landtage erhielt der Bischof Dietrich von Lebus von den Landständen den Auftrag, am nächsten Michaelistag alle Juden aus seinem Gebiet fortzuschaffen[63]). Wirtschaftliche Motive waren bei der Entstehung dieser Aktionen maßgebend. Ein Zufall ermöglichte eine öffentliche Anklage gegen die Juden, die hauptsächlich religiöser Fanatismus eingegeben hatte.

Fast alle märkischen Juden, darunter 25 aus der Altmark, 21 aus der Mittelmark und 5 aus der Priegnitz[64]) wurden gefangen gesetzt. 51 der Gefangenen nach Berlin gebracht, und ihnen der Prozeß gemacht[65]). In Berlin hielt man im ganzen zirka 111 Juden gefangen[66]), davon wurden 51 zum Tode verurteilt und nachdem sie grausam gefoltert wurden[67]), verbrannte man am 19. Juli 1510 38, enthauptete 2 und begnadigte einen. Die 10 übrigen haben entweder die Tortur nicht überlebt oder sind dem Feuertode durch Selbstmord zuvorgekommen.

Der ganze Vorfall[68]) endete damit, daß alle märkischen Juden[69]) ihres Vermögens beraubt[70]) und aus der Mark vertrieben wurden[71]); vorher mußten sie Urfehde schwören[72]).

Wie groß im ganzen die Zahl der Flüchtlinge war, ist ungewiß. Ein Holzschnitt aus dem Jahre 1511[73]) stellt Wagen dar,

die mit Juden eng besetzt, Berlin verlassen oder zur Richtstatt fahren.

Bis zum Tode Joachims I. Nestor im Jahre 1535 finden sich von Juden in der Mark keinerlei Spuren mehr. Sein Nachfolger Joachim II. Hektor folgte den Juden gegenüber aber nicht der Politik seines Vaters, sondern setzte ihrer Wiedereinwanderung keinen Widerstand entgegen; wahrscheinlich tat er dies aus finanzpolitischen Gründen[74]), vielleicht auch, weil sich durch das Verdienst Philipp Melanchthons[75]) auf dem „Frankfurter Anstand" 1539 die Unhaltbarkeit verschiedener Vorwürfe, die man den 1510 Hingerichteten gemacht hatte, herausstellte. Jedenfalls sind um die Mitte des 16. Jahrhunderts wieder Juden in der Mark ansässig[76]); sie werden vom Kurfürsten so begünstigt, daß Luther 1545 Joachim II. vor den Juden warnt[77]). Trotzdem unterstützt der Kurfürst die Ansiedlung von Juden weiter. Um 1550[78]) wurde u. a. die Familie des aus Prag stammenden Juden Lippold, des späteren Günstlings[79]), Münzmeisters[80]), Schatullenverwalters[81]) und Kämmerers Joachims II., ferner „Oberältesten" sämtlicher märkischer Juden in Berlin aufgenommen. Nachdem sich in Berlin wahrscheinlich schon wieder eine kleine Gemeinde gebildet hatte, wurde noch am 25. Juli 1564 neun Familien erlaubt, sich in Berlin niederzulassen[82]).

Allein der Haß gegen die Juden[83]) machte ihr Verweilen in Berlin bald wieder unmöglich[84]). 1572 zerstörte das Volk die Berliner Synagoge in der Klosterstraße[85]) und plünderte[86]) die Häuser und Wohnungen der Juden[87]). Am schlimmsten erging es Lippold[88]); er wurde 1572 gefangen gesetzt und zunächst beschuldigt, den verstorbenen Kurfürsten betrogen zu haben. Lippold war ein habsüchtiger[89]), roher und unsympathischer Emporkömmling[90]), in dessen Charakter nachweislich einige der häßlichen Züge, die seine Gegner ihm nachsagten, vorhanden waren; aber seinem Herrn Joachim ist er treu ergeben gewesen. Im Amt hat er sich keiner Untreue schuldig gemacht[91]); eine von seinen Feinden auf das genaueste geführte Untersuchung förderte seine Unschuld zu Tage[92]). Er sollte schon in Freiheit gesetzt werden. Da wurde er auch der Zauberei beschuldigt[93]), und nun war er verloren[94]), da die Tortur ihm gegenüber zur Anwendung gebracht wurde. Auf der Folter gestand er alles[95]), was man von ihm haben wollte[96]), selbst die unmöglichsten Verbrechen[97]), und infolgedessen wurde er am 28. Januar 1573 in einer selbst für die damalige Zeit ungewöhnlich grausamen Weise hingerichtet[98]).

Die Hinrichtung Lippolds gab das Zeichen zu einer großen Judenvertreibung, der zweiten in jenem Jahrhundert; sämtliche märkischen Juden mußten einen großen Teil ihres Vermögens abgeben und wurden vertrieben[99]). Es scheint, daß nicht alle Juden ohne weiteres in die umliegenden Länder flüchten konnten; denn viele hielten sich zunächst in den dichten märkischen Wäldern, die ihnen eine Zeitlang Schutz gewährten, auf; ein großer Teil von ihnen kam dort vor Hunger und Kälte um[100]). Von 1573 ab sind fast ein Jahrhundert so gut wie gar keine Juden in der Mark. Erst unter dem großen Kurfürsten wandern sie wieder ein.

B. Übrige Mittelmark.

Dasselbe Geschick, wie die Berliner Juden teilten die jüdischen Gemeinden in den übrigen Teilen der Mark Brandenburg, in der Mittelmark, Altmark, Priegnitz, Grafschaft Ruppin und der Uckermark. Fast alle bisher erwähnten Vertreibungen treffen wohl stets die jüdische Bevölkerung der ganzen Mark, die meist nur in Städten ansässig ist[101]), nicht auf dem platten Lande[102]).

In einigen Städten aber finden noch lokale Ausrottungen oder Verjagungen der Juden statt. Die Größe der einzelnen Gemeinden in den märkischen Städten ist verschieden. In vielen Städten wohnt nur eine, oder sind nur einige wenige Familien ansässig, in anderen wiederum sind sie so zahlreich[103]), daß sie dort ganze Straßen erbauen[104]) und ganze Stadtteile bewohnen.

1. Spandau.

Die Spandauer Juden werden zuerst in Urkunden aus dem Jahre 1307 erwähnt[105]). Sie bewohnen dort schon im 14. Jahrhundert eine „Judenstraße"[106]). Dann werden sie in Urkunden aus dem Jahre 1319[107]) und 1324[108]) genannt. Schon in demselben Jahre haben sie in Spandau eine eigene Begräbnisstätte, „den Judenkiewer" am Hochgericht[109]).

Um die Mitte des 14. Jahrhunderts, als die bereits erwähnte Pestverfolgung unter den Juden große Verheerungen anrichtete, übertrug (1349) Markgraf Ludwig den Spandauer Ratsmannen den Schutz der in der Stadt wohnenden Juden[110]). „Der Rat soll sie im Namen des Markgrafen gegen jedes Unrecht verteidigen"[111]).

Wie weit der Rat dazu willens und imstande war, ist ungewiß.

Am 8. September 1356 tritt in Spandau der für die damalige Zeit seltene Fall ein: Ein Spandauer Jude (Fritzel) wird zur Belohnung für Dienste, die er dem Markgrafen Ludwig dem Römer erwiesen hat, zum Vasallen erhoben und erhält ein erbliches Lehen[112]). Die Pestverfolgungen scheinen aber an der Spandauer Gemeinde auch nicht spurlos vorübergegangen zu sein.

Ende der 70er Jahre des 14. Jahrhunderts wohnen wieder Juden in Spandau, aber ihre Zahl war wohl nur klein. Am 14. Juli 1480 bestätigt Markgraf Johann die den Juden erteilte Erlaubnis des Magistrats, daß diese 4 Häuser erbauen und bewohnen dürfen[113]).

1490 vereignet Kurfürst Johann der Stadt Spandau die Synagoge und den Judenhof, die die Stadt eingezogen hatte[114]). 1496 wohnen 9 Juden in Spandau, und auch in den Spandauer Stadtbüchern werden Judenbuden erwähnt[115]).

Seit der Verfolgung von 1510 war Spandau fast anderthalb Jahrhunderte ohne jüdische Bevölkerung.

Der jüdische Friedhof wird zu anderen Zwecken benutzt, die Leichensteine werden herausgenommen und zum Festungsbau verwendet[116]).

2. Nauen.

In Nauen leben seit dem 10. August 1315[117]) 2 jüdische Familien[118]). Von dortigen irgendwelchen weiteren jüdischen Ansiedlungen berichtet der Chronist von Nauen nichts. 1509 wird ein Jude (Mendel) durch Joachim I. Nestor in Nauen aufgenommen[119]), der im folgenden Jahre in Berlin auf dem Scheiterhaufen endet[120]). Dann sind erst wieder Anfang des 18. Jahrhunderts Juden in Nauen nachweisbar und zwar leben zu dieser Zeit 7 Familien dort. Die alten Wandleuchter aus der Nauener Synagoge tragen die Jahreszahl 1713 eingraviert[121]).

Denselben Tod wie Mendel aus Nauen erleiden Juden in

3. Beelitz.

Dort findet aus religiösen Gründen „vor dem Müllenthor" auf dem „Judenberg" 1247[122]) eine Judenverbrennung statt[123]). Derartige Vorkommnisse sind im Mittelalter in der Mark keine Seltenheit. Bei Schönfeldt in der Mark[124]) und in Fürstenwalde an der Spree[125]) im Jahre 1379 und in der Priegnitz im Jahre 1287[126]) ereignen sich ähnliche. In

4. Brandenburg a. H.

(Neustadt) sind ebenfalls schon im 13. Jahrhundert Juden ansässig[127]). Ihre erste urkundliche Erwähnung datiert aus dem Jahre 1313[128]). Eine Brandenburger Urkunde vom 25. Juli 1315[129]) zeigt, daß auch hier zu jener Zeit schon ein Gewerk die jüdische Konkurrenz unliebsam empfindet[130]). In jener Urkunde heißt es, daß gewisse Bestimmungen gehandhabt werden sollen, „wie es von altersher mit den Juden gehalten worden ist"[131]). Ferner geht aus der Urkunde hervor, daß sie zu jener Zeit in Brandenburg das Bürgerrecht besaßen[132]). Dann datiert eine urkundliche Erwähnung der Brandenburger Juden vom 27. Februar 1322[133]). Die Anzahl der dort lebenden jüdischen Familien muß zu Anfang des 14. Jahrhunderts nicht unbeträchtlich gewesen sein[134]). Im Jahre 1322 haben sie dort eine Synagoge, und sie scheinen sich vermehrt zu haben[135]). Verschiedene Häuser waren in ihrem Besitz[136]). 1322 bitten die Bürger der Altstadt Brandenburg aus finanzpolitischen Gründen Ludwig den Bayern, ihnen die Aufnahme von Juden zu gestatten[137]) und am 31. Mai 1323 erlaubt Ludwig, daß die Altstadt zwei bis drei jüdische Familien aufnimmt[138]). Als Belohnung für die Treue der Neustadt Brandenburg erhält dann dieser Ort am 9. Juni 1353 von demselben Fürsten das Recht verliehen, weitere 5 Juden zu „halten"[139]).

Die Pestverfolgungen um die Mitte des 14. Jahrhunderts haben, wie auch hebräische Quellen bezeugen[140]), die Brandenburger Juden nicht verschont. Aber in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts haben wiederum einige dort Fuß gefaßt[141]).

1416 werden sie in Akten des Brandenburger Archives erwähnt[142]). Am 12. Juni 1430 nimmt Markgraf Johann einen Brandenburger Juden (Meyer) in seinen Schutz[143]). Bemerkenswert ist, daß dieser Schutzbrief nur auf ein Jahr ausgestellt wird: „ein ganz iar schirstkommende"[144]) darf M. nur in Brandenburg wohnen. Die Judenvertreibung von 1446 hat wohl auch die Brandenburger Gemeinde betroffen.

1452 (10. Otober) sind einige Familien wieder in Brandenburg nachweisbar[145]). Ihre Zahl vermehrt sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts von neuem[146]). Das damalige Vorhandensein einer „Judenstraße" und eines „Judenfriedhofes" in Brandenburg a. H. läßt auf eine verhältnismäßig größere Zahl von Familien schließen.

1509 werden noch 3 Familien in Brandenburg aufgenommen[147]).

1510 findet ein großer Teil gerade der Brandenburger Juden — Brandenburg wird zuerst zum Mittelpunkt der Verfolgung[148]) — ihren Tod. Dieses Jahr setzt auch dem Dasein der Brandenburger Gemeinde ein Ende.

Bedeutender als die Brandenburger Gemeinde war vielleicht noch die in Frankfurt a. O.

5. Frankfurt a. O.

war im früheren Mittelalter eine emporblühende, überaus betriebsame Handelsstadt[148a]), als solche vielleicht eine der bedeutendsten Städte in der Mark. Sei es aus diesem oder auch anderen Gründen, — kurz, schon im 13. Jahrhundert ist die Zahl der Juden dort verhältnismäßig groß. Eine Urkunde vom 30. April 1294[149]) ermöglicht Rückschlüsse auf die Stärke der Frankfurter Gemeinde[150]); sie „vergleicht", d. h. einigt das Schlächtergewerk in Betreff der Schlächterei mit den jüdischen Einwohnern dahin[151]), daß in Frankfurt „nicht mehr als zehn jüdische Schlächter, jeder wöchentlich nur 5 Stück Vieh (für die Juden) schlachten sollten"[152]).

Die Frankfurter Juden haben ebenfalls eine Synagoge und einen eigenen Begräbnisplatz[153]), den sie 1399 mit einem größeren, ihnen vom Magistrat eingeräumten vertauschten[154]). In der Umgegend von Frankfurt — in der Stadt selbst war ihnen dies anscheinend verboten[155]) — haben sie eigene Häuser, die aus einer unbekannten Ursache abgebrochen werden. Wahrscheinlich wurden diese bei irgendeiner Verfolgung zerstört. 1492 gestattet der Frankfurter Magistrat auf Veranlassung des Kurfürsten den Juden, ihre Häuser wieder aufzubauen[156]). Das weitere Schicksal der Frankfurter Juden ist dann 1510 das gleiche, wie das ihrer übrigen Glaubensgenossen in der Mark. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts lebte nur eine kleine Anzahl von Familien dort: 1564 werden 9 Familien in Frankfurt „midt Iren weibern kindern eiden vnd gesinde" aufgenommen[157]). 1567 wohnen nach dem Frankfurter Schoßregister 11 jüdische Familien in Frankfurt[158]); außerdem wird in den folgenden Jahren einzelnen Familien gegen einen besonderen Schutzbrief ein Aufenthalt von mehreren Tagen und Wochen in Frankfurt gestattet[159]). 1573 werden alle ebenso wie sonst aus der Mark, auch aus Frankfurt vertrieben[160]). Außer den Spandauer, Brandenburger und Frankfurter Gemeinden bestanden wohl in der Mittelmark keine größeren jüdischen Ansiedlungen. Vielleicht haben die Juden in dem benachbarten, damals noch zum Erzstift Magdeburg gehörigen

6. Jüterbog

einen gewissen Einfluß gehabt. Hier veranlaßt Erzbischof Erich am 17. Mai 1275, daß der Wochenmarkt vom Sonnabend auf den Mittwoch verlegt wird[161]). Heffter, der Chronist von Jüterbog, nimmt an[162]), daß dies geschah, damit die Juden, die am Sonnabend nicht arbeiten durften, am Marktverkehr teilnehmen konnten. 1338 erhalten die Jüterboger Juden vom Erzbischof Otto einen besonderen Schutzbrief[163]). 1350 werden noch Juden in dem alten Jüterboger Schöppenbuch erwähnt[164]). Der Chronist berichtet noch, daß Jüterbog selbst unter sächsischer Herrschaft einer der wenigen Orte blieb, wo Juden „obwohl nur in spärlicher Zahl" wohnen durften. In den anderen kleineren Städten der Mittelmark lebten nur wenige Juden. In

7. Eberswalde

wird 1439 in dem dortigen Stadtbuch ein Jude als „Bürger" verzeichnet[165]). Die nächste Niederlassung einer jüdischen Familie in E. findet erst Ende des 17. Jahrhunderts statt (1696)[166]). In

8. Müncheberg

wohnen 1353 einige Familien[167]). In

9. Mittenwalde

werden am 14. Mai 1356 4 Juden[168]), in

10. Treuenbrietzen

am 22. Juli 1356 einige[169]), in

11. Rathenow

am 16. November 1371 2 Juden[170]) aufgenommen; in Rathenow wohnen dann erst wieder seit dem 25. Juli 1564 2 Juden, Aron und Mosche[171]). In

12. Strausberg

hat wohl am 27. Dezember 1346 eine kleine Gemeinde bestanden[172]). Als der Ritter Werner von Holzendorf mit der Stadt Strausberg im Streit liegt, nimmt er einen Strausberger Juden als Geisel gefangen, den er am 17. Mai 1421[173]) entläßt. In

13. Potsdam

sind im Mittelalter keine Juden ansässig; in den Quellen zur mittelalterlichen Geschichte dieser Stadt wird ihrer keine Erwähnung getan[174]).

C. Altmark.

1. Stendal.

In der Altmark sind am frühesten Juden in Stendal ansässig. Die Markgrafen Otto und Konrad erlassen schon 1297 eine Judenordnung für Stendal[175]), aus der hervorgeht, daß sie dort im Besitz des Bürgerrechts sind[176]). 1343 erlaubt Markgraf Ludwig noch einer anscheinend großen Familie, in Stendal zu wohnen[177]).

Bei den Pestverfolgungen 1349 geht die Stendaler Judenschaft zu Grunde[178]). Für die an ihr verübten Gewalttätigkeiten sichert Markgraf Ludwig dem Rate der Stadt am 13. November 1351 Amnestie zu[179]).

Am 22. März 1360 erhalten die Stendaler Rathmannen das Recht, Juden neu aufzunehmen[180]). Nachdem sie dann 1446 auch aus Stendal vertrieben worden waren, kam es von 1453 bis 1454 zu langen Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und dem Rat der Stadt über ihre Neuaufnahme[181]).

Die Verhandlungen endigten damit, daß sich am 1. Februar 1454 die Rathmannen bereit erklärten, die ihnen vom Markgraf Friedrich d. J. zuzuschickenden Juden aufzunehmen[182]). 1490 wird vom Kurfürsten Johann zwei Familien, aber nur auf drei Jahre, erlaubt, in Stendal zu wohnen[183]), und 1509 bewilligt wiederum Joachim Nestor zwei Familien, sich in Stendal anzusiedeln[184]). Nach der Vertreibung von 1510 dürfen erst wieder am 21. Juli 1564 neun Familien sich in Stendal aufhalten[185]), die aber nach neun Jahren das Land räumen müssen.

2. Salzwedel.

Hier sind ebenfalls jüd. Ansiedlungen am Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts nachweisbar. 1344 bestätigt Ludwig der Ältere, daß sie in Salzwedel ansässig sein dürfen[186]). Sie bewohnen dort einen besonderen Stadtteil, „den Perwer“[187]); außerdem existiert bei Salzwedel ein „Jodendorp“[188]). Bei den Pestverfolgungen nimmt sie der Salzwedeler Rat 1349 in Schutz[189]); es scheint, als ob ein Teil der Juden ihr Leben eingebüßt habe, denn am 1. Dezember 1357 verkauft der Rat der Stadt den „Judenhof“ an den christl. Bürger Heinekin Molitz[190]). 1401 wird in Salzwedel der „Platz, da vormals die Judenschule gestanden hat“, vom Markgrafen Jobst dem Hospital St. Georg geschenkt[190a]). 1363 im Pardonbrief Markgraf Ottos werden die Salzwedeler Juden noch erwähnt[191]), dann ist von ihnen noch in einer Urkunde von 1458[192]) und in einer von

1496 aus dem Turmknopf der Salzwedeler St. Marienkirche die Rede[193]). 1509 bekommen zwei Familien die Erlaubnis, dort zu wohnen[194]). Nach Vernichtung der Salzwedeler Judenschaft 1510 werden erst 1564 drei Familien dort wieder aufgenommen[195]), die 1573 auch vertrieben werden.

Das Schicksal der wenigen Familien in den altmärkischen Städten Gardelegen[196]), Tangermünde[197]), Osterburg[198]), Arneburg[199]), Seehausen und Werben usw., ist dasselbe, wie in Stendal und Salzwedel.

D. Priegnitz.

Im wesentlichen sind die Verhältnisse in der Priegnitz in Bezug auf jüdische Ansiedlungen nicht viel anders, als in den übrigen Teilen der Mark. Die

Havelberger[200])

Juden werden 1334[201]) vom Markgrafen Ludwig in Schutz genommen; 1344[202]) wird noch ein Jude privilegiert, dort zu leben[203]). Von 1509 bis 1510 sind vier Familien in Havelberg ansässig[204]). In

Perleberg

werden im Jahre 1345 Juden angesiedelt[205]). In den folgenden Jahren[206]) werden sie urkundlich erwähnt; bei den Pestverfolgungen Mitte des 14. Jahrhunderts nimmt sie der Rat der Stadt in Schutz[207]); ob es gelang, sie vor Verfolgungen zu bewahren[208]), ist ungewiß. Später sollen auch die Perleberger Juden im Besitz des Bürgerrechts gewesen sein[209]). Eine der ältesten Straßen der Stadt führt den Namen „Judenstraße"[210]). 1447[211]) werden durch Markgraf Friedrich zwei Juden, 1509[212]) durch Joachim wiederum zwei aufgenommen. Jüd. Bewohner

Pritzwalks

werden ebenfalls urkundlich wiederholt erwähnt[213]). 1334 und 1345[214]) bekommen sie Schutzbriefe. Dann werden 1509 zwei aufgenommen; Lenzen und Kyritz bekommen in demselben Jahre Juden, jenes Städtchen zwei, dieses drei. In Wilsnack fand 1382 eine Judenhinrichtung statt[215]).

E. Grafschaft Ruppin.

Dieser Teil der Mark hatte ebenfalls im frühen Mittelalter jüdische Bewohner. 1315[216]) sind Ruppiner Juden dem Grafen Ulrich gerichtsuntertänig. 1323[217]) machen die Grafen von Lindow Günther und Ulrich Alf und Bussow ihrer Stadt Neuruppin

Zugeständnisse betreffs der dort wohnenden Juden. Der Chronist von Neuruppin berichtet, daß in der Grafschaft Juden in ziemlicher Menge, und zwar in günstigeren Verhältnissen, als in anderen Orten lebten[218]). In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts scheinen etliche von ihnen dort auch im Besitze des Bürgerrechts gewesen zu sein. Eine eigene Judenstraße (platea Judeorum), nach anderen ein ganzes Judendorf[219]), soll schon im 14. Jahrhundert bei Neuruppin existiert haben. Die Juden besaßen auch in dieser Stadt eigene Häuser und Buden, ferner eine Synagoge (1362)[220]) und ein eigenes Bad usw. Ende des 15. Jahrhunderts werden sie noch mehrfach erwähnt. Im 16. Jahrhundert aber ereilt sie sämtlich wieder das übliche Schicksal: sie werden verjagt[221]).

Der Chronist von

Gransee[222])

berichtet ebenfalls von einer dortigen jüdischen Ansiedlung im 14. Jahrhundert; bei den Pestverfolgungen werden dort mehrere getötet; ihr Los ist hier wohl ein ähnliches, wie in der Hauptstadt der Grafschaft.

F. Uckermark.

In der Uckermark war es in erster Linie die Hauptstadt Prenzlau, die schon in früher Zeit Juden in ihren Mauern barg. 1321 wird auch hier ein „Jodendorp" erwähnt[223]). Am 24. Mai 1350[224]) und am 4. März 1354[225]), kurz nach den Unruhen, werden den Rathmannen von den sächsischen Herzögen Rudolph und Albrecht Eigentumsrechte an den dortigen Juden verliehen. 1355[226]) wird der Prenzlauer „Joden-Kerkhoff" urkundlich erwähnt. Die Juden sind im Besitz des Bürgerrechts; am 15. Juni 1360[227]) wird über die Stadt wegen ihrer Duldsamkeit gegenüber den Juden das Interdikt verhängt, der öffentliche Gottesdienst wird von dem Offizial des Bischofs von Camin untersagt, die Kirchen geschlossen. Die Stadt appelliert gegen diese Maßnahmen[228]), wahrscheinlich mit Erfolg.

In der ersten und zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wird der Prenzlauer Juden wiederum in Urkunden Erwähnung getan[229]). Außer in Prenzlau werden Juden noch als Bewohner von Lychen[230]) im 15. Jahrhundert genannt.

G. Neumark.

Für die Neumark bezeugen verschiedene landesherrliche Privilegien, daß die Lage der Juden in diesem Teil der Mark zu gewissen Zeiten verhältnismäßig günstig war. Ludwig der Ältere

erließ relativ humane Judenprivilegien am 30. November 1340 [231]), am 13. September 1341 [232]), am 9. September 1344 [233]), am 30. November 1349 [234]) und am 6. April 1350 [235]).

Am 23. Februar 1351 erfolgt eine völlige Ausrottung der Judenschaft in der neumärkischen Stadt Königsberg, die ebenfalls eine eigene Judengasse besaß[236]). Die Urkunde[237]), die davon berichtet, wirkt in der Knappheit und Sachlichkeit ihres Tones auf uns heute mit unheimlicher Brutalität.

Am 11. März 1364 findet eine Erneuerung der Schutzbriefe der neumärkischen Juden statt[238]).

In den folgenden Jahrzehnten werden sie noch mehrfach erwähnt; ihr Schicksal war wohl ein ähnliches, wie das der Juden der übrigen Mark.

2. Kapitel: Politik gegenüber den Juden.

A. Gründe für Aufnahme der Juden.

Man muß sich wundern, daß trotz der häufigen Vertreibungen und Grausamkeiten immer wieder Juden in der Mark zu finden sind, ja, daß sie oft schon wenige Jahre nach einer Verjagung in dem betreffenden Ort oder Landesteil wieder erscheinen. Die Erklärung für diese auffallende Tatsache ergibt sich uns aus der Betrachtung der Geschichte der Juden in den umliegenden Territorien. Auch hier sind Vertreibungen und Metzeleien an der Tagesordnung, und den Überlebenden bleibt nichts anderes übrig, als sich jeweils in dem Gebiete anzusiedeln, in dem man sie gerade duldete oder wünschte. Mitunter kam es vor, daß bei einer Ausweisung auch die umliegenden Länder für sie gesperrt waren, sodaß sie sich in Wäldern und auf den Landstraßen herumziehend, hausierend und bettelnd, durchschlagen mußten.

Die Landesherren und Städte nahmen sich nicht aus Humanität, sondern lediglich aus finanziellen Rücksichten[239]) der nirgends auf lange Zeit zur Ruhe Kommenden an. Die landesherrliche Gewohnheit, Juden immer nur auf wenige Jahre zu privilegieren, welche im 15. Jahrhundert immer mehr und mehr vorherrschend wurde, erklärt Holtze[240]) dahin, daß dadurch die Möglichkeit gewährt werden sollte, den Schützlingen nach Ablauf der Schutzzeit die Steuerschraube fester anzuziehen, und die Juden vollständig unter die Gewalt des Landesherren zu bringen[241]).

Man legte ihnen überall hohe Abgaben auf, die sie herbeischaffen mußten. Man privilegierte sie nur, um sich eine feste Einnahmequelle zu sichern. „Nicht der Staat, sondern nur der augenblickliche Träger desselben schützte sie; mit seinem Tode waren sie wieder rechtlos und mußten die Gnade erst von dem Nachfolger verdienen[242])." „In vollster Nacktheit spricht dies eine Urkunde des Markgrafen Albrecht von Brandenburg vom Jahre 1462 aus[243])."

1320 bekommt Berlin und Cöln das Recht über die Juden, damit „den Steuern und sonstigen Bedürfnissen der Städte aufgeholfen werde"[244]).

Als Markgraf Ludwig 1354 der Stadt Cöln erlaubt, sechs Juden aufzunehmen, erweist er „solche Gnade" „zur Bequemlichkeit und zum Nutzen unserer Rathmannen und unserer Stadt Cöln"[245]). So erscheinen auch hier die Juden lediglich als Finanzquelle[246]).

„Ein weiterer Grund für die Aufnahme von 1354 ist, weil sie bei der damaligen Gesetzgebung die unentbehrlichen Vermittler im Geldverkehr sind[247])." „Man brauchte sie, man wünschte Personen in der Stadt zu haben, welche über große Geldsummen disponierten und zu geeigneter Zeit mit ihrem Kredit helfen könnten[248])."

Um nur finanziell leistungsfähige im Lande zu haben, durften z. B. 1297 in Stendal nur solche Juden wohnen, die 10 Marc Vermögen besaßen[249]). Diese Bestimmung[250]) wurde getroffen, „damit die Einnahme von den Juden für die landesherrliche Kasse[251]) auch wirklich nutzbringend wäre[252])".

Entsprechend verfügen 1297 die Markgrafen Otto und Konrad[253]).

Woldemar schenkt der Stadt Nauen 1315 zwei Juden „aus besonderer Gnade zur besseren Erhaltung der Stadt"[254]).

Markgraf Ludwig erlaubt Brandenburg 1323 2—3 Juden aufzunehmen „ad utilitatem et profectum"[255]). 1335 bekommt dieselbe Stadt fünf Juden „in subsidium et emendationem civitatis"[256]), in der neumärkischen Aufnahmeurkunde von 1350 wird ausdrücklich erwähnt, daß nur zahlende Juden aufgenommen werden sollen[257]).

Als Ludwig der Römer 1356 dem Bürgermeister von Treuenbrietzen Hans Kaiser größere Geldsummen schuldig ist, gibt er ihm die Erlaubnis, Juden in dieser Stadt aufzunehmen, deren Abgaben für sich zu vereinnahmen und die Beträge von den Schulden des Markgrafen abzuziehen[258]). Im ganzen hatte sich der Fürst von Kaiser „fufzig Margk Brandenburgisches Silber' geliehen[259]); „dafür magk er Juden lassen ziehen in unser stadt zu der Brizen (und haben Ime die Volmacht gegeben . . .) und was rente si uns geben sollen alle Jar, die soll vphöven der vorgenannte hans oder seine erben und sollen vns das abslagen an vnsern schulden, die wir Ime redlich schuldich sein."

Markgraf Otto erlaubt 1371 der Stadt Rathenow, zwei Juden aufzunehmen[260]), „weil wir angesehen haben armuth und

Notdurfft unser Stadt zu Rathenow ... auf dat sie dieselbe unse bessern mögen"[261]).

Die Stadt Reppen bekommt 1374 vom Kaiser Karl IV Juden „was sie Ihrer geniessen mögen"[262]).

Cottbus bekommt 1448 vom Kurfürst Friedrich II. „wie früher" die Erlaubnis, Juden aufzunehmen als Belohnung für die „getrewe dinste, die sie vnns vnd vnnser herschaft offte gethan haben"[263]).

Dieselbe Gnade erteilt Friedrich der Eiserne 1467 der Stadt Lychen: „auf daß Liechen nun ... gebessert ... und wieder aufkommen möge, so haven wir vnser Stadt Liechen die Joden darselbst gnädiglichen gegeben bis auf vnser Wiederuffen sie zu haben und ihrer nach moglichkeit zu brauchen vnd ihrer zu geniessen ..."[264]).

Der Besitz von Juden wurde als ein Vorzug betrachtet, um den sich Städte gegenseitig beneideten[265]).

Die Einnahme von den Juden ist der Punkt, um den sich die ganze landesherrliche und städtische Politik ihnen gegenüber dreht.

Ursprünglich sollten die Juden „Kammerknechte", d. h. ein Finanzregal des Kaisers gewesen sein; nur an die kaiserliche Kammer sollten sie ihre Abgaben bezahlt haben. Schon bevor aber 1356 der Kaiser den Kurfürsten[266]) das Judenregal in der goldenen Bulle einräumt[267]), sind die meisten Landesherren bereits gewohnheitsrechtlich im Besitze des Regals[268]); im 13. Jahrhundert schon nahmen die Fürsten Juden auf, um damit ihre eigenen fiskalischen Einkünfte zu vermehren. Die Berliner und märkischen Juden waren vom Ende des 14. Jahrhunderts an hauptsächlich dem Fürsten und der Stadtobrigkeit verpflichtet

Die askanischen, bayrischen und luxemburgischen Markgrafen waren de facto die wichtigsten Besitzer der Einnahmen von den Juden; von ihnen gingen diese Rechte durch Verleihung, Verpfändung, Belehnung in mannigfaltiger Weise auf die Städte über.

Zuweilen sind die Juden der Zankapfel zwischen Landesherr und Stadt[269]).

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts sind die Abgaben hauptsächlich im Besitz der Städte[270]).

Praktisch gestaltete sich die Lage meist so, daß die Juden sowohl den Fürsten, als auch dem Rat der Stadt, in der sie wohnten, Steuern zahlten.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts beginnen die Kurfürsten, die Einkünfte von den Juden wieder an sich zu

ziehen, was für diese sehr ungünstig war[271]); denn die Städte, die von den Juden keine Einnahmen hatten, behandelten sie nun schlecht und drangen auf ihre Vertreibung[272]), während dort, wo die Städte im Besitz hoher Abgaben waren, sie die Juden nach Möglichkeit vor jeder Unbill schützten.

Sehr häufig sind die Juden in den märkischen Städten, wie gesagt, hauptsächlich nur „Finanzquelle des Landesherren", bald aber wiederum „völlig dem Magistrat unterworfen, meist jedoch in verschiedenen und stets wechselnden Formen von beiden Gewalten abhängend"[273]).

Ausdrückliche Belehnungen, Verschenkungen und Verpfändungen[274]) etc., in der Weise, daß die Juden dann nur den Belehnten verpflichtet waren, sind nicht selten.

So belehnt Herzog Rudolph von Sachsen am 13. Oktober 1319 die Stadt Guben mit den dort wohnenden Juden[275]).

1324 überweist Herzog Rudolph den Bürgermeistern und Rathmannen von Spandau den ihm zustehenden „jerlichen Zins und Schatzunge" seiner Juden in Spandau auf 2 Jahre, damit sie denselben zur Befestigung der Stadt verwenden[276]).

In Berlin waren die Juden bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts lediglich eine Finanzquelle des Markgrafen; als aber die Askanier ausgestorben waren, gelang es dem Berliner Rate ebenfalls, das Eigentum über die Juden von der Markgräfin Agnes und deren Vormunde, dem Herzog Rudolph von Sachsen zu erwerben[277]).

Am 1. Januar 1320 überläßt die Markgräfin dem Magistrat von Berlin und Cöln die in Berlin wohnenden Juden, „um ihren Steuern und sonstigen Bedürfnissen aufzuhelfen"[278]), nachdem bereits zwei Jahre vorher — am 5. April 1317 der Markgraf Waldemar auf die Gerichtsbarkeit über die Juden verzichtet und sie dem Berliner Stadtschulzen übertragen hatte[279]).

Nach der Wiederaufnahme von Juden in Berlin (1354) gehören sie wieder dem Markgrafen Ludwig dem Römer[280]). Letzterer wird in den 50er Jahren des 14. Jahrhunderts bei der Belagerung von Liebenwalde[281]) für seinen und den Unterhalt seiner Reisigen den Städten Berlin und Cöln 1150 Marc Brandeburg. Silbers schuldig[282]), wofür er den Ratsmannen seine Mühlen und die Einnahmen von den Berliner Juden versetzt[283]).

Am 19. Februar 1363[284]) wird das Pfand wieder eingelöst, und die Juden werden wieder Eigentum des Markgrafen[285]).

Am 25. Februar 1348 verpfändet derselbe Fürst die Gubener und Lukauer Juden an den Lukauer Bürger Thilo von Kalow[286]); er gibt ihm die „Joden zcu gubben mit allen nutzzen, fruchten,

eren, gemachen" . . . „ouch haben wir im vnd sinen erben vnser ioden zcu lugkow gesatzt vnd setczen zcu phande vor andert halp hundert margk Brand. silbers" . . . und am 14. August 1353 versetzt Ludwig der Römer die Müncheberger Juden dem dortigen Magistrat für 30 marc Brand.Silbers[287]). Nach Moehsen tat dies der Fürst auch „zum Vorteil der Juden, damit die Magistrate selbst mehr Sorge tragen, und die Juden vor der Gewalt des Pöbels und der Klerisei schützen möchten"[288]).

Am 24. Mai 1350 treten die Herzöge Rudolph und Albrecht von Sachsen der Stadt Prenzlau[289]), die schon 1320 von den pommerschen Herzögen Juden geschenkt bekommen hatte[290]), ihre Gerechtsame an den dortigen Juden ab[291]). Ob inzwischen die Juden in Prenzlau vertrieben wurden, oder sich sonst ein Wechsel in den politischen Verhältnissen vollzog, ist nicht ganz klar, jedenfalls verpfändete Ludwig der Römer dem Rate zu Prenzlau am 4. März 1354 wieder Juden daselbst für 100 marc Brand. Silbers[292]). Mitunter scheinen die Einkünfte von den Juden eine so gute Einnahmequelle gewesen zu sein, daß die Fürsten sie nicht aus den Händen geben wollten. Als der Markgraf Otto und Herzog Friedrich am 31. Dezember 1372 dem Ritter Hasso von Wedel alle neumärkischen Renten verpfänden, nehmen sie ausdrücklich die Einnahmen von den neumärkischen Juden aus. Diese sollen auch weiterhin in die Kasse der markgräfl. Kammer fließen[293]).

„Während aber im allgemeinen Landesherren und Städte wegen des großen fiskalischen Gewinnes danach strebten, Juden bei sich aufzunehmen und zu fesseln, so rief andererseits der nationale Widerwille, die Wut des Pöbels, die Not der Schuldner, oder die Intoleranz des Klerus zu Zeiten doch auch entgegengesetzte Privilegien hervor, daß niemals mehr ein Jude an dem Orte Aufnahme finden solle"[294]).

Im allgemeinen sind nur die Privilegien, welche die Fürsten erteilen, mitunter in einem Tone gehalten, der eine gewisse Geneigtheit den Juden gegenüber verrät. So nennt Ludwig der Bayer 1341 die Juden, seine Kammerknechte, „wise bescheiden lude"[295]), ein Titel, der sonst nur den Stadträten zukam[296]). Kurfürst Friedrich II. nennt sie 1453 „seine lieben Joden"[297]).

Nie ist ein Fürst in der Mark der geistige Urheber einer Vertreibung; wo er Juden doch verjagt, tut er es, weil er dem Drängen der Städte und Stände nicht mehr widerstehen kann.

Ein nachdrücklicher, rechtlicher Schutz, den man den Juden mitunter angedeihen ließ, ging hauptsächlich vom Fürsten aus[298]).

Weswegen der Landesherr die Juden rechtlich schützt, spricht z. B. Albrecht Achilles am 2. Januar 1472 rückhaltlos aus. Er befiehlt, daß die Juden geschützt werden sollen, denn er habe keine Lust, die 3—4000 fl. jährliche Gefälle und Zinsen der Juden zu verlieren[299]). So schützt Markgraf Ludwig die Juden von Havelberg, Arneburg, Pritzwalk, Seehausen, Werben und Kyritz 1334 vor der finanziellen Überlastung durch die Städte. Er rügt, daß die Juden während seiner Abwesenheit „von gewissen Leuten" zu schwer belastet worden sind, („in rebus vestris gravius onerati"), er befreit sie davon; die Städte sollen die Juden nicht mehr belästigen und stören[300]); die Abgaben bekommt künftig der Markgraf; sie werden bestimmt durch den Kammervorstand (magister camerae)[301]). 1349 überträgt Markgraf Ludwig dem Rate der Stadt Spandau die Aufgabe, die Juden zu schützen, trifft aber dabei sofort Maßnahmen, die ihm verbürgen sollen, daß das Schutzgeld der Juden in seine Hände gelangt[302]). Die Juden selbst versuchten wohl häufig, durch zuvorkommendes Benehmen sich die Gunst des Landesherrn zu erringen. So beteiligen sie sich an dem glänzenden Empfang, den die Stadt Berlin dem Kurfürsten Albrecht Achilles am 9. November 1471 bereitet[303]), und als Markgraf Johann 1477 Hochzeit feiert, schenken ihm die Berliner Juden ein Kleinod als Hochzeitsgeschenk[304]).

B. Die Besteuerung der Juden durch Abgaben.

1. Gewöhnliche Jahresabgaben an die Landesherren.

Es ist nicht gut möglich, eine zusammenhängende Darstellung der Einkünfte von den märkischen Juden zu geben. Rechnungsbücher, in die sämtliche fürstlichen und städtischen Einnahmen auf längere Zeit verzeichnet wurden, wie sie für einige Territorien und Städte Deutschlands erhalten sind, existieren für Berlin und die Mark nicht; die mittelalterliche Finanzgeschichte — wenn man überhaupt von einer solchen reden kann — dieses Landesteils ist sehr kompliziert. Die vorhandenen Angaben sind sehr lückenhaft; die Abgaben der Juden werden zwar in vielen Urkunden erwähnt, aber auch dies Material ergibt kein zusammenhängendes und völlig verständliches Bild. Man muß sich wohl damit begnügen, die gegebenen unvollständigen Einzelzüge mosaikartig zusammenzufügen.

Der größere Teil der Steuern, welchen die Juden zahlen mußten, floß in die Kasse des Landesherren. Wie bereits er-

wähnt, war den Kurfürsten das Judenregal 1356 offiziell vom Kaiser eingeräumt worden.

„Höchst charakteristisch ist die Form, in welcher dieses wichtigste Verfassungsgesetz des Mittelalters die Berechtigung erteilt: nachdem nämlich gesagt ist, daß die Kurfürsten in ihren Territorien alle Bergwerksnutzungen von Gold, Silber, Zinn, Kupfer, Blei, Eisen, sonstigen Metallen und Salzen haben sollten, heißt es dann weiter: „„ebenso sollen sie Juden halten dürfen und die Einkünfte von den Zöllen erheben"[305])."

Wie hoch im ganzen die Einnahmen des obersten Landesherren in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts von den märkischen Juden waren, ist schwer ersichtlich. 1342 setzt der Kaiser eine allgemeine Judensteuer von einem Gulden für den Kopf fest, die lediglich in die kaiserliche Kasse fließen sollte[306]).

„Jeder Jude und jede Jüdin, welche über 12 Jahre alt sind, und mindestens 20 Gulden Vermögen besitzen, sollen, gleichwie wo und unter welchem Herrn sie ihren Sitz haben, jährlich dem Könige einen Leibzins von einem Gulden zahlen"[307]).

Die Steuer wurde jahrhundertelang erhoben, ferner ist der Kaiser stets im Besitze des „goldenen Opferpfennigs", einer an ihn direkt zu leistenden allgemeinen Judensteuer gewesen[308]).

Über die Höhe der kaiserlichen bezw. markgräflichen Jahreseinnahmen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts aus der Mark Brandenburg und von den märkischen Juden sind wir durch das um 1375 abgefaßte Landbuch Kaiser Karls IV. unterrichtet. Danach zieht der Fürst jährlich aus der ganzen Mark 6500 marc Silber (etwa gleich 26 000 Goldgulden?[309]).

Spangenberg[310]) hat die Summe und die einzelnen Posten, aus denen sie besteht, an Hand des urkundlichen Materials festgestellt[311]). Danach bekommt der Fürst pro Jahr aus der Mark Brandenburg

37	Schock (oder 65 Tal.)	aus städt. Zinsen,
175	„ „ 306 „	„ Zins und Pacht der Dörfer,
3404	„	„ Zöllen,
200	„	„ der Münze,
562	„	„ den Mühlen,
500	„	„ dem Judenregal,
71	„	„ den Gewässern,
13	„	„ den Wäldern,
280	„	„ der ordentl. Bede des flachen Landes,
1246	„	„ städtischen Orbeden,
6488	Schock zusammen.	

Ob von diesen 500 Schock Judeneinnahme nicht doch ein Teil in städtische Kassen floß, ist ungewiß[312]).

Nach Nuglisch[313]) hat die Gesamteinnahme des Reiches aus den regelmäßig einkommenden Judensteuern 20 000 Gulden überschritten.

Nicht für alle Städte der Mark liegen Urkunden über die Höhe der Steuern an den Fürsten vor. Im allgemeinen, als gewöhnliche Abgabe, nahm der brandenburgische Landesherr im 13. und 14. Jahrhundert von jedem Oberhaupt einer jüdischen Familie jährlich zwei Lot Silber in zwei Terminen zur Zeit der Orbede[314]). Die früheste Festsetzung der jüdischen Abgabe geschieht am 4. April 1297 durch die Markgrafen Otto IV. mit dem Pfeil und Konrad in ihrer Judenordnung für Stendal. Danach soll jeder Jude an die Fürsten von der Marc ein Lot jährlich geben[315]), und zwar in zwei Terminen, zu Walpurgis und zu Martini[316]).

Auch die Abgabe an den Magistrat der Stadt wird in dieser Urkunde geregelt. Den Juden wird für Übertretung eines Zinsgebotes eine Strafe von 10 Marc auferlegt, wovon die eine Hälfte in die markgräfliche, die andere in die städtische Kasse fließen soll.

Die Kinder eines Judens, namens Oemes, bekommen einen besonderen Schutzbrief und zahlen dafür jährlich 4 Marc. 1329 zahlt die ganze jüdische Gemeinde von Stendal 6 Jahre lang, ausschließlich der Abgaben einzelner[317]), jährlich eine Abgabe von 20 Marc Brandenburgischen Silbers an die Herzogin Agnes[138]). Welche Steuer später bezahlt wurde, ist aus der Urkunde nicht zu ersehen.

1343 zahlt im allgemeinen jede Stendaler Familie 4 Marc Brandenburgischen Silbers jährlich an den Landesherren, eine zahlt 5 Marc und eine bloß 1½ Marc[319]).

In Salzwedel führt jede Familie um die Mitte des 14. Jahrhunderts (1344) je 6 Marc jährlich in zwei Terminen, zu Martini und Walpurgis an die markgräfliche Kasse ab[320]), in Gardelegen 3 Marc.

Die Höhe der Steuer, die eine ganze Gemeinde aufzubringen hat, ist ganz verschieden. Nach Spangenbergs Berechnung zahlte bis 1348 die Luckauer Judenschaft 15 Marc, bis 1353 die Müncheberger 3 Marc und bis 1355 die Prenzlauer 10 Marc jährlich[321]).

Die landesherrliche Steuer der Prenzlauer Gemeinde wird wiederum 1427 urkundlich erwähnt. In diesem Jahr reduziert

der Kurfürst die Summe, die bis dahin 23 Schock pro Jahr gewesen war, auf 16 Schock[322]).

Im 15. Jahrhundert werden in den Urkunden dann meist nur wieder Zahlungen einzelner Familien an den Kurfürsten erwähnt. Die jährliche Leistung schwankt zwischen 3 und 6 Gulden. 1450 zahlt z. B. ein Osterburger Jude 5 Gulden, ein anderer 3[323]), ein Tangermündener 4[324]), 1453 und 1454 zahlen Arneburger und Seehausener Juden je 6 und 5 Gulden pro Jahr[325]).

1467 zahlen sämtliche Juden in Arnswalde 10 Gulden pro Jahr[326]) und 1496 zahlt die Salzwedeler Judenschaft 2 Pfund Stendal'sche Marc jährlich[327]) an den Kurfürsten, bzw. dessen Landvogt.

Bei der Aufnahme von Juden in der Mark 1509[328]) werden die Abgaben wie folgt festgesetzt:

Stendal	Marx	50	Gulden
„	Diktus	20	„
Gardelegen	Davit	10	„
„	Jacob und sein Sohn je	4	„
Soltwedel	Michel	30	„
„	Seligmann	30	„
Seehausen	Gorden	8	„
„	Josep	8	„
Werben	Josep	8	„
„	Edel Judin	4	„
Tangermundt	Elyas	15	„
„	Gordan, sein Tochtermann	15	„
Havelberg	Hass	10	„
„	Davit	10	„
„	Abraham	10	„
„	Moschee	8	„
Kyritz	Fibis	10	„
„	Hass	10	„
„	Mosch	10	„
Britzwalk	Moschee	12	„
„	Nathan, sein Tochtermann	8	„
Perleberg	Schmohel	12	„
„	Meyer	12	„

Lentzen	Wolf	8	Gulden
„	Mosch	8	„
Brandenburg	Gros	10	„
„	Jacob	10	„
„	Sloman	10	„
Nowen	Mendel	5	„
Cotbus	Nathan	10	„

2. Außergewöhnliche Abgaben.

Eine außerordentliche finanzielle Belastung der Juden trat ein, wenn die Markgrafen gleich anderen Fürsten das Recht in Anspruch nahmen, gelegentlich den Schuldnern der Juden die Rückzahlung der entliehenen Summen zu erlassen[329]). Vom 14. Jahrhundert ab scheint diese Art Sonderbesteuerung, die lange, besonders im südlichen Deutschland[330]) sehr häufig vorkam[331]), garnicht oder nur selten in der Mark gebräuchlich gewesen zu sein, denn schon in einem Privileg von 1350 heißt es ausdrücklich: „Volentes, quod omnes debitores ipsorum ipsis satisfacere debeant sicut de jure tenentur"[332]).

Im allgemeinen war das Eigentum der Juden, besonders in der ersten Hälfte des Mittelalters, so gut wie vogelfrei[333]). Außerordentliche Abgaben sind nicht selten.

So führt z. B. Albrecht Achill 1476 ein, daß die Juden jährlich 1000 rhein. Gulden „zu Gult" geben[334]). Wie lange die Steuer erhoben wurde, ist ungewiß.

Nachdem 1510 sämtliche Juden aus der Mark vertrieben waren, wollte Joachim II. Hektor um die Mitte des 16. Jahrhunderts[335]) auch nur gegen besondere finanzielle Verpflichtungen einige Familien wieder aufnehmen[336]). Sämtliche Juden der Mark mußten sich verpflichten, jährlich 400 Gulden an die kurfürstliche Kasse abzuführen und zu den Münzen in Berlin und Stendal jährlich 3000 Marc fein Silber[337]), die über 42 000 Taler an Wert enthielten, zu liefern[338]).

In der Aufnahmeurkunde von 1564[339]) wird den Juden erlaubt, eine Synagoge zu errichten, dafür müssen sie „alle Jar auff Johanniß Baptisto achthundertt gulden gudt geldt zu unsen kammer endtrichten und anderlegen".

3. Die Abgaben der Juden an die Städte.

Nicht nur für die fürstlichen Rentkammern waren die Juden eine Erwerbsquelle[340]), auch die Städte folgten dem Beispiel der Landesherren und zogen mancherlei Nutzen von ihnen.

Schon im frühen Mittelalter mußten sich die Juden auch den städtischen Lasten unterwerfen, namentlich der Bede, und zwar mußten sie, wenn eine solche gefordert wurde[341]), einen Schilling von jedem Wechseltisch zahlen[342]).

Allerdings wurde den Juden von den Landesherren wiederholt zugesichert, daß sie von den geistlichen und städtischen Abgaben frei sein sollten. Unter den bayrischen Markgrafen und luxemburgischen Fürsten mußte ein jeder Jude an den Landesherren 12 Marc brandenburgischen Silbers[343]) dafür bezahlen, daß er von sämtlichen städtischen Verpflichtungen befreit war[344]).

Allein die Städte kehrten sich nicht oder nur sehr selten an die zahlreichen fürstlichen Gebote, die darauf hinzielten, alle Einkürfte von den Juden lediglich in die landesherrliche Kasse zu leiten.

Eine Gelegenheit für einige Städte, einen Teil der Einnahmen von Juden an sich zu ziehen, boten die Pestverfolgungen um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Die Rathmannen schützten die Überlebenden, setzten aber gleichzeitig fest, daß diese dafür von nun an der Stadt mitverpflichtet sein sollten.

In Spandau läßt z. B. Markgraf Ludwig ruhig geschehen, daß auch die Stadt von nun an Renten von den Juden nimmt, setzt es aber durch, daß auch er an diesen Abgaben Anteil hat[345]).

Die Stadt Salzwedel benutzt ebenfalls diese Gelegenheit, um sich regelmäßige Einkünfte von den Juden zu sichern; auch sie schützt „mid volbord vnser Gildemeister" einen Teil der Juden vor den Verfolgungen, bestimmt aber gleichzeitig, daß von nun an die Salzwedeler Gemeinde jährlich 6 Marc zu Weihnachten und 6 Marc am Johannestage an den Altstädter Rat zahlen solle[346]).

Auch in Jüterbog werden die Juden von 1338 an geschützt, dafür aber zu dem städtischen „Schoß" herangezogen[347]).

Man sieht, daß auch der Schutz hauptsächlich aus finanziellen Rücksichten gewährt wurde.

Der Magistrat von Perleberg bezieht von 1350 an von den Juden Schutzgeld, und zwar in vier Terminen, zu Weihnachten, Ostern, Johannes und Michaelis je 1 Marc Silber[348]).

In Frankfurt mußten sich die Juden allen städtischen Lasten unterziehen[349]), ebenso in Gransee[350]).

Die beiden jüdischen Familien in Königsberg i. N. zahlen an den Magistrat jährlich je ein Schock böhmischer Groschen[351]) (1435).

In Spandau zahlen die Juden auch an den Magistrat „Schatzung"[352]).

In Neuruppin muß jeder neu ankommende Jude der Stadt einen Gulden, dem Schreiber und den Ratsdienern je einen Groschen geben. Verschiedenerlei Art Gebühren zahlen die Juden dem Rat der Stadt[353]).

Von den Häusern und Buden, welche die Juden innehatten, nahmen die meisten Städte Abgaben. In Berlin „gaben die Juden über ein Drittel des Budenzinses, nämlich, abgesehen von einigen nicht berechenbaren Posten, 570 Schillinge. Die Berliner Juden konnten in Berlin, wie allgemein im mittelalterlichen Deutschland, keinen freien Grundbesitz erwerben. Auf dieser Unfähigkeit beruhte die ganz eigentümliche Art der jüdischen Besteuerung. Man wies einer bestimmten Zahl zur Bebauung eine gewisse Bodenfläche an und belastete dieselbe mit Abgaben. So gab es auch in Berlin elf Judenbuden, von denen neun je 60 Schillinge, zwei zusammen 30 Schillinge im Jahre zu entrichten hatten. Die Juden zahlten diese Abgaben mithin einmal als Kanon für das beschränkte Eigentum an diesen Buden, zweitens für die ihnen eingeräumte vorteilhafte Stellung im Geldhandel und drittens für den ihnen durch die Stadt gewährten Schutz. Man hat hier somit ein merkwürdiges Beispiel für eine indirekte Besteuerung. Dagegen wurden von jedem Juden, welcher bei einem andern einwohnte, jährlich 20 Schillinge erhoben, und es dürfte mithin auffallend erscheinen, daß diese letzteren Judenabgaben überhaupt unter die Budenzinsen aufgenommen worden sind. Denn diese Leistungen der miteinwohnenden Juden lassen sich in keiner Weise als Budenzins auffassen, sondern sie sind einmal Schutzgeld, dann eine Art von Gewerbesteuer"[354]).

Im Berlinischen Stadtbuche wird für die Zeit um 1392 berichtet[355]): „Der Jodenbuden sint 9, di geven isliker von der bude des virdels 15 schill. pen. Och stan hinder den buden twe kleyne buden, di geven beide tusamen 8 schill. pen. Welk jode met den anderen inwonet oder buten der stat buden wonen, di geven likewol des virdels der stad 5 schill."

Nach Holtze brachten die Abgaben von den Judenbuden der Stadt ungefähr 20 Marc jährlich ein[356]).

Für die vier Häuser, die die Juden in Spandau 1480 bewohnten, mußten sie der Stadt „vier Schock merkisch Silber" außer dem jährlichen Zins zahlen[357]). Auch für die Krambuden, welche die Juden dort Ende des 15. Jahrhunderts besaßen[358]), mußten sie dem Rate Steuern geben. In dem Kapitel „Jude-

orum" der alten Spandower Stadtbücher heißt es: „Dy Radt hedt sich vordragen vnd awer-eingekamen vm dy Woninghe[359]) der Bwden, gewen van Isliger[360]) Bwde dry Rinsche gulden. Item dystelstige Juden hebben sich vordragen medt dem Rade, dar sy sollen gewen vp vastelawent[361]), dry Schogk vor dat schlachtent, Boscherminge vnd vor dy grasinge jn dy Fryheyt."

In Neuruppin zahlen die Juden im 14. Jahrhundert von jedem Haus und jeder Bude 15 Pfennige Rutenzins, für das Judenbad 3 Pfennige Rutenzins an den Magistrat. Für ihre Synagoge müssen sie nach dem Ratsprotokoll vom Jahre 1362 alle Quartale eine Marc Silbers, später einen Gulden und alle Ostern zwölf Schillinge an die Stadt entrichten[362]).

Auch in Neuruppin wurden den Juden vom Magistrat Wohnungen eingeräumt (1472); dafür müssen sie hohe Steuern entrichten; einer gibt jährlich ein Pfund, ein anderer ein Schock, ein dritter ein Pfund zehn Schillinge zu Ostern und zehn zu Michaelis.

Die Frankfurter Juden dürfen, wie erwähnt, 1492 ihre zerstörten Häuser wieder aufbauen; dafür müssen sie an die Stadtkasse jeder je zehn rheinische Gulden zahlen[363]).

1452 vereinbart der Königsberger Magistrat mit seinen Juden, daß letztere für jede Bude Steuern zahlen[364]).

Für das Bürgerrecht, das die Juden im 15. Jahrhundert in verschiedenen Orten erhielten[365]), mußten sie Gebühren entrichten, die nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit ziemlich willkürlich bemessen wurden.

So zahlte in Berlin „vor borgershap"[366]):

1454	Gumprecht	1	Schock
	Jonas	2	„
	Salomon	½	„
	Joseph	½	„
	Habraham Dyna	½	„
	Systrika	15	Groschen
1455	Smol	½	Schock
	Mose	30	Groschen
	Salomon	30	„
1458	Mosse	1	Schock
	Meyher	30	Groschen
1460	Jacob	1	Schock
	Anider	1	„

1462	David	2 Gulden
	Calleman	1 Schock
	Abram	1 „
	Simon Löwe	5 „
1473	David	2 rhein. Gulden
1474	David	2 „ „
	Lautyn	1 Schock 4 Groschen
	David	2 rhein. Gulden
	Joseph	2 „ „
	Lesar	2 „ „

Nach dem Protokoll von 1362 standen in Ruppin „für Erteilung des Bürgerrechts bestimmte Sätze fest, die natürlich für die Juden höher waren, als für die Christen, später ging der Rat von diesen Sätzen ab und forderte, so viel ihm beliebte"[367]).

Eine merkwürdige Steuer von den Juden nahmen die Städte bei Todesfällen. Nicht in allen märkischen Städten durften die Juden Friedhöfe besitzen; nur einige Städte erlaubten ihnen gegen hohe Jahresabgaben — meist in der Nähe des Hochgerichts oder am Schindanger — einen Begräbnisplatz zu errichten. Die altmärkischen Juden hatten z. B. ihren Begräbnisplatz zu Tangermünde[368]). Starb nun ein Jude, so mußte die Leiche oft meilenweit bis zum nächsten „Judenkiewer" durch verschiedene Städte geführt werden. Nicht nur die betreffende Stadt nahm für jede Bestattung, die auf ihrem Kiewer stattfand, eine Abgabe, sondern die Leiche mußte auch noch in jeder Stadt, durch welche sie kam, verzollt werden[369]).

Die Leiche um eine Stadt herumzuführen und so den Zoll zu umgehen, war bei hoher Strafe verboten[370]). In Berlin gab es z. B. im frühen Mittelalter keinen jüdischen Begräbnisplatz, sodaß die Berliner Juden ihre Toten auf dem Spandauer Judenkiewer[371]) beerdigen mußten.

Für diesen wurde an den Spandauer Rat jährlich ein Grundzins von einem Schock und 13 Groschen gezahlt[372]). Er lag am Hochgericht; für jede Beerdigung mußten besondere Gebühren[373]) an die Stadt entrichtet werden. In einer Spandauer Kämmereirechnung von 1346 heißt es: „Judaei de Berlin dederunt 1 Schock Gr. de cimeterio eorum"[374]).

In Ruppin mußte für jede Judenleiche 30 Pfennige Zoll gezahlt werden[375]), und wenn der Zoll umfahren wurde, 30 goldene Pfennige[376]).

In Pritzwalk mußte für jeden toten Juden ein halber Vierding entrichtet werden[377]). In dem Pritzwalker Zollprivileg von

1364 heißt es „Vor einen doden Juden, de me dorch de Stadt furet edder vth der Stadt gefuret werth to grauende in eyne ander Stadt, de sollet eynen haluen Verdingk: weret ok eyn doeth Jode hir begrauen up eren Jadeschen keuer, dar schal me der Rathmanne willen Vmme maken"[378]).

Nach einem Pritzwalker Magistratsbeschluß vom Jahre 1420 wurde diese Abgabe auf das Doppelte erhöht.

Die Gemeinde von Frankfurt a. O. hatte z. B. einen eigenen Friedhof; in einer Magistratsurkunde vom 2. Juli 1399 wird gestattet: „daz die Juden yre toden Juden vortmeer uf den Judenberg genseit der Kuburg gelegen sollen begraben und uns von der stad wegen von ichlichen toden Juden geben sechs gute Behemische groschen"[379]).

Das Recht der Stadt, den Juden einen Begräbnisplatz zu verleihen, scheint für die betreffende Stadt einträglich gewesen zu sein. Der Stadt Prenzlau wird es von Ludwig dem Römer 1355, als der Fürst sich mit dem Ort versöhnt, als Gnade zuerteilt[380]).

In der Aufnahmeurkunde von 1509[381]) wird ganz allgemein ein Zoll auf jeden toten Juden festgesetzt, „als sich von alters geburt und herkommen ist".

Naturalabgaben an die Räte der Stadt mußten die Juden in verschiedenen Orten leisten. Meist bezogen sich diese Leistungen auf einen guten Braten und auf ein Quantum des damals sehr geschätzten Bernauer Bieres usw.

Für Neuruppin bestimmt eine Urkunde: „De Jaden geuen in sammede upp Michael von der Loffrichtinge I tunne bernower byres vnde IIII ghense"[382]).

In Prizwalk mußten die Juden bei jeder Hochzeit dem Rat ein Viertel Wittstocker Bier, ein Viertel Rind, einen fetten Hammel und zwei fette Gänse liefern, ferner kraft eines alten Vertrages jährlich dem mecklenburger Herzog 6 Marc Lübisch zahlen, zuletzt mußten sie an die Stadt bei jeder Beschneidung einen Vierding erlegen.

Rituelle Gewohnheiten dienten überhaupt zuweilen als Unterlage für eine Besteuerung. So gebrauchten die Juden bei einigen religiösen Festen einen als „koscher" erklärten Wein[383]). Dieser „Jadesche wien" oder „Kauscherwien", wie er in den mittelalterlichen Urkunden genannt wurde, mußte nun beim Magistrat verzollt werden[384]).

Abgaben an die Kirche mußten die Juden im 14. Jahrhundert vereinzelt, im 15. häufig entrichten. Vom 27. Februar 1322 ab müssen z. B. die Brandenburger Juden an den Stadt-

prediger Herrn Christian jährlich 30 Solidi brandenburgischen Silbers, und zwar 15 Solidi zu Weihnachen und 15 zu Ostern zahlen[385]). 1509 wird in der Aufnahmeurkunde des „Opfergeldes" als einer allgemeinen, von allen Juden zu Weihnachten an die Kirchen zu zahlenden Abgabe gedacht[386]).

3. Kapitel: Wirtschaftliche Tätigkeit der Juden.

A. Verbotene Tätigkeit.

Vor Beginn des Mittelalters waren die Juden fast in ganz Deutschland in einer, verglichen mit den späteren Zuständen[387]) relativ günstigen Position[388]). Sie trieben vielfach Großhandel[389]), hatten bedeutende kaufmännische Niederlaslungen und waren nicht so mißachtet, wie einige Jahrhunderte später. Sie besaßen sogar häufig Grundbesitz, den sie agrarisch nutzten[390]). Zahlreiche Juden lebten in angesehener Stellung in den Pfalzen Karls des Großen, und bildeten vor allem diejenige Berufsgruppe, die in einer überwiegend ackerbautreibenden Bevölkerung meist dem Handelsverkehr oblag, ohne freilich den Handel zu monopolisieren, denn es gab auch christliche Händler[391]).

Verschiedene Fälle, daß Juden, besonders im südlichen Deutschland, selbst Ackerbau trieben, sind nachgewiesen[392]).

Die zahlreichen Verfolgungen und Judenmetzeleien im 11., 12. und 13. Jahrhundert, welche durch die Kreuzzüge hervorgerufen wurden, dazu das erstarkende christlich-religiöse Bewußtsein der Zeit veränderten das Bild.

Die Juden werden mit Gewalt dazu erzogen, hauptsächlich nach dem Besitz mobiler Werte zu streben, die sie bei den zahlreichen Vertreibungen mitnehmen konnten. Dazu kam, daß ihre rechtliche Stellung so untergeordnet wurde[393]), daß schon dadurch jeder damals „bürgerliche Handel und Wandel" für sie ausgeschlossen war. „Die ganze Ausbildung des gewerblichen Lebens und des Innungswesens schloß den Juden von jeder Teilnahme am Handel und Handwerk aus, und es blieb ihm keine andere Wahl[394]), als vom Schacher und Wucher zu leben; der mittelalterliche Staat ließ ihm keine anderen Erwerbsquellen"[395]). Erst 1509 wird den Juden ausdrücklich erlaubt, Kleinhandel zu treiben; wobei gleichzeitig festgesetzt wird, daß sie mit „ungeswungen Korn" nicht handeln dürfen[396]).

Im allgemeinen werden die Juden genötigt, sich in der Berufswahl auf die Gebiete zu beschränken, die der „normale Handelsbetrieb der christlichen Kaufleute nicht ergriffen hatte", d. i. wesentlich auf den Geldhandel und Kreditgeschäfte[397]).

Vor allem war das Zinsennehmen oder „Wuchern" während des ganzen Mittelalters eine der Haupttätigkeiten der Juden.

B. Die Erwerbstätigkeit der Juden.

1. Wuchern.

Das Wort „Wucher", das in so vielen mittelalterlichen Urkunden vorkommt, hatte nicht die häßliche Bedeutung unserer Tage. Unter „Wuchern" verstand man lediglich „Geld auf Zinsen ausleihen".

„Nu merke wat wuker sy" erklärt das im 14. Jahrhundert verfaßte Berliner Stadtbuch, „Wuker is wat eyn man uphevet mer wen he utlech, id sy kleyne oder grot." Und dann scheint die alte Berliner Stadtordnung geradezu den Wucher der Juden erklären zu wollen: „Sich tu vromen he mut aver wol mer weder nemen, up dat he sich scaden beware, alse von lygunge dicke scaden geschit. Darumme wi unredeliken schuld gelde, von deme mach man wuker nemen. Und dat heet dan nicht wuker genomen, mer he vordert dat alse synen schaden"[398]).

Nicht nur, weil ihnen alle anderen Berufszweige verschlossen waren, trieben die Juden vorzugsweise Geldhandel, sondern auch, weil sie hohe Abgaben entrichten mußten[399]). Der Zinsfuß, zu dem sie Geld ausliehen, war im allgemeinen sehr hoch; zwar wurde bestimmt, daß die Juden, welche hohe und übermäßige Zinsen nehmen würden, von jeder Gemeinschaft mit den Christen ausgeschlossen sein sollten; diese selbst wurden durch kirchliche Strafen angehalten, alle Geschäfte mit ihnen zu vermeiden[400]). Aber selbst der Gewinn, welcher zu nehmen den Juden erlaubt war, war außerordentlich groß; so wurde ihnen in Mainz z. B. 1255 gestattet, „zwei Pfennige wöchentlich vom Pfund Heller, wenn aber die Zinsen jährlich entrichtet würden, nur $^4/_{12}$ vom Pfunde, was einen Zinsfuß von $43^1/_3$ bzw. $33^1/_3$ Prozent darstellt. Ähnliche Vorschriften über die debitae usurae kehren im 14. Jahrhundert häufig wieder, der Zinsfuß schwankt dabei zwischen $21^2/_3$ bis $86^2/_3$ Prozent"[401]).

Es scheint, daß der Zinsfuß, den die Juden in der Mark nahmen, nicht so hoch, wie in manchen süddeutschen Städten war.

Übrigens muß erwähnt werden, daß auch die nichtjüdische Bevölkerung oft ebenso hohe Zinsen nahm. „In Kiel," zum Beispiel, „ wo es keine Juden gab, bewegte sich der Zinsfuß im 13. Jahrhundert zwischen 15 und $33^1/_3$ Prozent. Frankfurt am Main muß im 14. Jahrhundert für eine städtische Anleihe 40 Prozent zahlen"[402]).

Daß aber die Juden auf den Geldverkehr der damaligen Zeit einen im Verhältnis zu ihrer Zahl großen Einfluß ausüben konnten, zeigt die Judenordnung der brandenburgischen Markgrafen Otto und Konrad vom 4. April 1297 (für Stendal)[403]), in der ausdrücklich verboten wird, daß die Juden beim Geldverleihen und Wechseln untereinander besondere gemeinsame Abmachungen und Festsetzungen über den Zinsfuß treffen. Jeder Jude soll bloß nach dem ihm gebührenden Satz Geld ausleihen.

Ähnliche Bestimmungen für Berlin und Spandau erlassen am 30. September 1319 Herzog Rudolph von Sachsen und dessen Mündel, die Markgräfin Agnes von Brandenburg[404]): „Presertim volumus, quod nullus Judeus Ciuitatum predictarum indebitam recipiat vsuram et inconsuetam, sed eam tantummodo exigat, que est ab antiquis temporibus racionabilis approbata etc."

Holtze schließt aus diesen Sätzen[405]), daß sich damals in Berlin ein Zinsmaximum gewohnheitsrechtlich gebildet hatte, über das die Juden nicht hinausgehen durften, eine Auffassung, die Sello nicht teilt[406]).

Daß die Berliner Juden jedenfalls Gewinne aus dem Zinsgeschäft zogen, lehrt ein Passus in einer Urkunde vom 13. August 1322, in dem bestimmt wird, daß die Juden sich mit ihrem Wucher begnügen sollen[407]).

Ein besonderes gesetzliches Verbot spricht das Stadtbuch aus[408]); der Jude darf eine Frau ohne ihres Mannes Willen nicht bewuchern: „Ok sal di jode eyner frouwen, di eynen vormunder het bynnen bi sich in der mure, ane ores mannes wille or gut nicht avewukeren. Wen die man duldet unbilke scaden, di em also vorholen geschyt, id queme dan in syner nud und fromen[409])."

Nach Fidicin[410]) wurde die schon erwähnte Verordnung von 1317, daß die Juden wegen aller Exzesse vor dem Stadtgericht zu Recht stehen sollten, auf Betreiben des Rates erlassen, damit die Einwohner vor dem Wucher der Juden geschützt würden; in wieweit dies gelang, steht dahin. Überhaupt ist es für das frühe Mittelalter sehr schwer festzustellen, wie hoch der Nutzen[411]), den die Juden aus dem Geldverleihen

zogen, war. Denn es ist möglich, daß mitunter der Zinsfuß bei den Darlehnsverträgen dadurch noch verschleiert wurde, daß in dem Zahlungsversprechen ein geringeres Kapital, als das von dem Schuldner zu zahlende angegeben wurde; dies scheint in einer erhaltenen berliner jüdischen Schuldverschreibung vom 22. Juni 1334 der Fall zu sein.[412]).

In einer Lukauer Schuldverschreibung vom 18. Februar 1425[413]) wird festgesetzt, daß ein Jude für 2 Schock böhmische Groschen einen Groschen Zins pro Woche bekommt. Welchen Umfang der jüdische Wucher z. B. im Jahre 1461 angenommen hatte, zeigt ein von G. Sello[414]) aufgefundenes Verzeichnis von 43 Bernauer Bürgern, die bei den dortigen Juden Schulden kontrahiert hatten.

Für einen Prenzlauer Juden ist eine Schuldurkunde über 18 rheinische Gulden vom 1. Juni 1471 erhalten[415]), die er auf „gewöhnlichen Wucher" ausgeliehen hat und zwar, wie der Schuldner bescheinigt: auf „Jodischen Woker, so dat ik em oder meyne eruen em oder sienen eruen tho Igliken weken vor egißliken gulden schall geuen to Woker vir gude Stetinische Vireken, dat sta lange oder kort" etc.

1490 setzt Kurfürst Johann für Stendal den Zinsfuß, den die Juden nehmen dürfen, fest[416]); sie dürfen „von eynem schock nicht uber drey pfenning die wochenn" nehmen[417]).

In dieser „Newen Freyung der Juden"[418]) heißt es dann weiter: „Wurd aber ymant vnder eynen Schock zehn oder zwentzig gr. nemen mehr oder weniger vngeuerlich, mogen sie sich darvmb mit jn gutlich vertragenn".

Bei der Aufnahme der Juden in die Städte der Mark im Jahre 1509[419]) wird verordnet, daß die Juden nicht mehr Zins nehmen dürfen, als pro Gulden wöchentlich zwei Pfennig. Dieselbe Vorschrift erscheint in der Urkunde vom 25. Juli 1564[420]).

Gewerbsmäßig betrieben die Berliner Juden das Geldleihgeschäft, wie bereits erwähnt, während des ganzen Mittelalters und spielten so als wichtigste Träger des Geldverkehrs gerade in der Mark mit ihren geldwirtschaftlich besonders rückständigen Verhältnissen kulturgeschichtlich eine bedeutende Rolle.

Den Christen war das Zinsnehmen in ganz Deutschland durch die kanonischen Gesetze offiziell verboten. Parallel mit den kanonischen Zinsverboten gehen häufige, ernsthafte aber anscheinend nicht mit viel Erfolg gekrönte Bemühungen der Rabbiner, den jüdischen Geldhandel zurückzudrängen[421]); übrigens war das kanonische Zinsverbot, das schon von Karl dem

Großen in die Kapitulariengesetzgebung aufgenommen worden war, aus Bibelstellen abgeleitet und dem talmudischen analog[422]).

Nach Holtze, einem genauen Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in Berlin während des Mittelalters[423]), waren die Juden volkswirtschaftlich dazu bestimmt, eine wichtige Lücke auszufüllen; ohne sie wären die kanonischen Zinsgesetze überhaupt unmöglich gewesen; man räumte von Staatswegen den Juden das privilegium odiosum der Wucherberechtigung ein und machte eben damit Wucher und Geldgeschäfte aller Art zu ihrer eigentlichen Domäne[424]).

Gewiß kann man als sicher annehmen, daß überall dort, wo die Juden annähernd monopolartig den Geldhandel in Händen hatten, sie sich auch mancher Übergriffe und der wirtschaftlichen Ausbeutung der ihnen Verpflichteten schuldig gemacht haben. Andererseits scheint es aber auch, daß weniger der Wucher an sich, als gerade diese Beschäftigung in den Händen der als fremd empfundenen jüdischen Bevölkerungsgruppe, gegen die man ganz allgemein wohl schon eine rassenmäßig begründete Antipathie hegte, so viel Haß hervorrief; denn es ist sicher, daß gerade der j ü d i s c h e Wucher in weiten Kreisen des Volkes zu gewissen Zeiten als etwas ganz besonders Drückendes und Unrechtmäßiges empfunden wurde.

Häufige Klagen der Stände und städtischen Körperschaften bezeugen dies. So petitioniert[425]) z. B. die altmärkische Ritterschaft an den Fürsten: „Item weret das sein gnad dy Joden ya halden wollen In seiner gnaden lande, das denn sein gnad wolt setzen ein redlichen wucher, das seiner gnaden Erbar Mann so Jemerlichen nicht verdorben worden"; etc. — Auch die Stände klagen erbittert über den jüdischen Wucher[426]).

1498 trägt der Oberrichter zu Frankfurt a. O. mehrere seine Amtsverwaltung betreffenden Angelegenheiten zur landesherrlichen Entscheidung vor[427]) und fragt klagend: „Item die Juden habin fast vill vmbillicher hendell vnd die armen leutnen fast sere beschweren vnd zue wucher vbirsetzen, Auch zcu zeiten mer sagin, den sy awsgedungen haben, wie ich mich gein solichem Juden halden sall, zo ich befinde, das eyner eyn sollichs thut?" Hierauf ist in margine vom Landesherren verfügt: „Die Juden soll man obgedachter sachen halben, wo sie beweißlich vbertretten, In straff nemen." und am 11. Februar 1498 bestimmt der Fürst[428]): „Werden die Juden vnbilliche hendell vnd beswerung mit den lewten furnemen, mit dem Wucher vber-

setzen oder mer sagen, wenn sie vszgelihen haben, vnd des also vberkomen vnd vberwunden beweislich, die soll man darumb In straff nemen."

Immerhin erscheint der jüdische Wucher in einem milderen Licht, wenn man das außerordentliche Risiko, mit dem die Juden zu rechnen hatten, berücksichtigt. Abgesehen von den großen Steuerlasten, denen sie unterworfen waren, mußten sie stets auch mit dem Verlust des Ganzen rechnen. „Nur ganz große Gewinne waren imstande, ihnen einen Ausgleich zu bieten für die beständigen Gefahren, welche ihrem Leben und ihrer Freiheit drohten. Wirtschaftlich ebenso gefährlich wie die Verfolgungen waren für die Geldhändler die ständigen Eingriffe in ihr Geschäftsleben selbst"[429]).

Die Juden mußten ständig gewärtig sein, daß sie vertrieben wurden und ihre Forderungen nicht mehr eintreiben konnten; auch die brandenburgischen Regenten „nahmen gleich anderen Fürsten das Recht in Anspruch, gelegentlich den Schuldnern der Juden die Rückzahlung der entliehenen Summen zu erlassen"[430]).

Manche Klagen über den jüdischen Wucher scheinen auch aus Konkurrenzneid erhoben worden zu sein, denn die Christen [431]), denen doch überdies alle anderen Berufszweige offen standen, trieben trotz des strengen kirchlichen Verbotes anscheinend nicht weniger Wucher als die Juden.

Schon Hüllmann[432]) meint „Härter als die christlichen Wucherer behandelten die jüdischen ihre Schuldner nicht."

Als Bernhard von Clairvaux bereits im Jahre 1146 zur Zeit des zweiten Kreuzzuges predigt, fordert er auf, die Juden nicht mehr zu verfolgen, denn die christlichen Wucherer trieben es noch schlimmer[433]).

Das Zinsverbot wurde von den Christen nicht nur durch den antichretischen Pfandvertrag umgangen, sondern sie verkauften auch häufig das Geld für den Fall des Todes des Darleihers; diese Art des christlichen Darlehens, für welche ein Zinssatz vereinbart wurde, hieß Leibrente[434]). Diese Art des Geldhandels war augenscheinlich in Berlin sehr häufig[435]).

„Wie erklärt es sich aber, daß wenn vom Geldhandel und Wucher während des Mittelalters die Rede ist, meist nur der Juden und ihrer Erwerbstätigkeit gedacht wird? Das ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die Juden allein ihre Darlehnsgeschäfte offen betrieben, daß sie ihren gesetzmäßig bestimmten Zins frei nehmen durften, während die andern Geldgeber durch die kirchliche Gesetzgebung, welche das Zinsnehmen

unter schwere geistliche Strafe stellte, gezwungen waren, ihre Gschäfte zu verdunkeln und zu verschleiern, um auf jede mögliche Weise das wirtschaftlich unhaltbare Verbot zu umgehen[436])."

Hoffmann führt für den christlichen Geldhandel und Wucher (Seite 26 ff.), für den christlichen Wiederkauf und die Rentenkäufe (Seite 32 ff.), für den Geldhandel der christlichen Geistlichen (Seite 35 ff.), für den der Adligen (Seite 44 ff.), für den der christlichen Bürger und Städte (Seite 46 ff.) eine große Fülle historischer und urkundlicher Belege an. Auch bringt er zahlreiche Nachweise, daß selbst häufig Juden an christliche Kapitalisten verschuldet waren (Seite 31).

Nun hat er allerdings hauptsächlich die Verhältnisse in den Zentren deutscher Kultur im Auge[437]), aber auch in Berlin und der Mark scheinen die Zustände nicht viel anders gewesen zu sein.

Am 16. August 1356 bestimmt Markgraf Ludwig der Römer ganz allgemein — diese Verordnung war nicht für die Juden bestimmt — daß man für 10 Pfund eine jährliche Rente von 1 Pfund kaufen solle, setzte also das Zinsmaximum auf 10 Proz. fest[438]).

Dann erlaubte schon im 14. Jahrhundert das Berliner Stadtrecht, den Christen Verzugszinsen zu nehmen[439]).

Riedel berichtet von unausgesetzten kirchlichen Wucherverboten in der Priegnitz[440]). Manche dieser in Kirchenordnungen enthaltenen, nicht für Juden erlassenen Verbote sind in Zeitepochen aufgestellt worden, in denen auch kaum Juden in der Priegnitz lebten: „Die Kirche konnte indessen nicht erreichen, was sie erstrebte. Das Bedürfnis des Leihens in kleinen Summen und darauf gerichteter Leihgeschäfte war schon damals sehr dringend, besonders in den kleinen Städten. Es hatten daher auch solche Geschäfte, die man als wucherlich betrachtete, überall in der Priegnitz große Ausdehnung gewonnen. Bischof Konrad klagt im Jahre 1427 (Tit. VIII. der Kirchen-Ordnung), daß es in der Stadt, wie in der ganzen Diözese Havelberg, überall Menschen beiderlei Geschlechts gäbe, die sich eigens darauf legten, Geld in kleinen Summen auszuleihen, bei dessen Rückzahlung sie sich oft ein Zehntel bis ein Fünftel mehr, als das Darlehn betrage, zurückzahlen ließen. Durch die Verfolgung solcher den Bedürfnissen entsprechenden Leihgeschäfte von Seiten der Geistlichkeit, wurde das Wucherliche derselben mit der Zeit nur um so größer, indem den heimlichen Unternehmern solcher Geschäfte über den Gewinn, womit sie

sich sonst begnügt hätten, nun auch noch die Gefahr, in harte geistliche Strafen zu verfallen, und das Widrige öffentlicher Verunehrung, in dem Zinse vom Borger vergütet werden mußte".

Wenn aber auch die Geistlichkeit gegen den Wucher eiferte, so scheint es doch während des ganzen Mittelalters keine Seltenheit gewesen zu sein, daß sie sich selbst an diesem damals schon verachteten Gewerbe beteiligte[441]).

Klöden u. a. berichtet, daß vermögende Christen, „unter diesen selbst viele Geistliche" ihr vorrätiges Geld an Juden liehen, „damit diese wucherten, und den Gewinn mit dem Eigentümer des Geldes teilten"[442]).

1472 schickte der Kurfürst Albrecht Achilles seinen Rat Hertnid von Stein nach Rom[443]); dort soll dieser unter anderm vom Papste einen Gebotsbrief gegen das Wuchern der Geistlichkeit erwirken, das so arg wäre, „das sich kein jud hieinnen vor in, als sie clagen, ernern kann"[444]); die christlichen Priester „gebrauchen sich des wuchers In manfeltig weiß hy Innen Im land so gar groblich, das es sund vnd schand ist".

Als im Jahre 1480 die Ritterschaft den Kurfürsten Johann bittet, die brandenburgischen Juden zu vertreiben, und als Grund für diese Bitte den jüdischen Wucher angibt[445]), teilt ihnen Johann mit, daß die Schutzbriefe der Juden noch einige Jahre liefen und daß man diese Zeit erst abwarten müsse. „Eigentlich war ein anderer Bescheid beabsichtigt worden, es sollte nämlich die Ritterschaft daran erinnert werden, daß zu der Zeit, als die Juden unter der Regierung Friedrich II. aus dem Lande verwiesen waren, die Ritterschaft von den Christen noch ärger als vorher von den Juden mit Wucher bedrückt worden wäre. Aus diesem Grunde seien die Juden mit ihrem Handel wieder zugelassen worden, und solange dieselben nur den ortsüblichen Zins forderten, würde er, der Markgraf, ihnen nicht entgegentreten"[446]).

Im 16. Jahrhundert, in dessen erster Hälfte die Juden auch aus der Mark vertrieben waren, war der Wucher der Nichtjuden anscheinend hier allgemein; denn Kurfürst Joachim II. erließ um die Mitte des Jahrhunderts strenge Befehle und Strafandrohungen gegen den Wucher; er bestimmte, daß nur 6 Proz. Zinsen zu nehmen erlaubt sei[447]).

1564 beschwert sich der Rath von Frankfurt a. O. über den „heillosen Wucher" der Juden, über ihre Lästerung der christlichen Religion, über ihr Hereinschleppen der Pestilenz ins Land etc. beim Kurfürsten Joachim II.[448])

1565 wiederholt der Magistrat Klagen gegen die Juden: „mit uns klagens die Händler in Ew. Churf. Gn. Landen. Derwegen ist unsre höchste und emsige Bitte, Ew. churf. Gn. wollen die Dinge erwägen und aus Gnaden dahin richten, daß es mit den Juden nach den bestätigten Landesabschieden gehalten werde, in welchen den Juden aller Schutz und Geleit genommen ist."

Churfürst Joachim II. antwortet dem Rathe in einem Briefe[449]) vom 10. Juli (Donnerstag nach Kilian) 1565, in dem es u. a. heißt:

„Und erstens die Juden betreffend, wollen wir die nicht schützen, sondern lassen sie mit allen Lastern, so ihr ihnen schuld gebt, besudelt, des Teufels, da sie sich nicht bekehren, sein und bleiben. Wir achten aber auch hinwiederum, daß es besser wäre, dieselbigen geduldet und gelitten, als solches auch sonsten im heiligen Reich deutscher Nation hin und wieder geschieht, und sie zu mehrer ihrer Schmach und Strafe bis an der Welt Ende bleiben sollen und müssen, denn auf ihr Austreiben und Verjagen so hart drängen und sich nichtminder ihrer Sünden und Laster zum äußersten befleißigen. Denn es ist unvermeintlich wahr, daß leider jetzt unter den Christen nicht geringere wie nicht größere Gotteslästerungen im Schwange, denn eben unter den Juden. Mit Verringerung aber und Verderbung der Münze, Wucherei und anderen unziemlichen Händeln und Aufsätzen sind die Christen nunmehr der Juden Meister so weit, daß die armen Juden, denen es auch an großen Hauptsummen mangelt, diesfals gegen die Christen nur als Schüler zu achten. So dürft ihr auch dergleichen Meister nicht weit suchen. Ihr werdet sie bei euch in den Ringmauern finden hönnen, deren Vermögen viel geringer sein würde, denn es also ist, wenn sie sich der jüdischen Wucherer und anderer jüdischen Händel nicht mehr und unziemlicher beflissen, denn eben die Juden selbst thun können und dürfen. Und zwar läßt sich auch diese Weigerung, die Juden anzunehmen, mehr dahin ansehn, daß sich Etliche bei euch von ihren jüdischen Händeln Nachtheil oder Eintrag befahren, denn daß es aus sonderlichem christlichem Eifer und andächtiger guter Wohlmeinung geschehe" usw.

2. Das Pfandleihgeschäft.

Ein dem Zinsnehmen ähnliches Privilegium war den Juden damit erteilt, daß man ihnen die Erlaubnis gab, auf Pfänder auszuleihen, und diese Tätigkeit bei ihnen gesetzlich besonders begünstigte.

Die Gegenstände, welche sie zu Pfand genommen hatten[450]), brauchten sie bloß gegen Erstattung des darauf geliehenen Geldes zurückzugeben, allerdings war ihnen dieses Vorrecht nur dann eingeräumt, wenn sie die Pfänder offen bei Tageslicht[451]) und in unverschlossenem Hause beliehen hatten[452]); letzteres mußten sie gegebenenfalls mit zwei Zeugen beweisen. Nach Holtze[453]) hatte diese Vergünstigung „den Zweck, den Christen den Juden gegenüber Credit zu verschaffen, indem der Wert der von jenen als Pfänder gegebenen Gegenstände nie dadurch illusorisch werden konnte, daß ein dritter dieselben als sein Eigentum in Anspruch nahm." Die Christen waren insofern ungünstiger gestellt, als für sie diese Ausnahmebestimmungen nicht galten. Die nichtjüdischen Bürger mußten gestohlene und geraubte Sachen, auch wenn sie diese in gutem Glauben erworben hatten, dem Bestohlenen zurückgeben und konnten sich wegen der von ihnen gezahlten Summen höchstens an ihren Verkäufer halten[454]).

Verboten war den Juden, kirchliche Geräte, wie Kirchenbücher, Kelche, Meßgewand (gegerwe, casele) etc. als Pfand anzunehmen[455]); wenn man solche Dinge in ihrem Besitz fand, sollten sie wie Diebe gerichtet[456]), d. h. mit dem Tode bestraft werden.

Ferner war es den Juden nach dem alten Berliner Schöffenrecht verboten, genähte Kleider[457]), ungenagelte Schuhe, die noch nicht zugeschnitten, und allerhand Kleider, die geschnitten und nicht fertig gestellt waren, als Pfand zu erwerben[458]). Höchstwahrscheinlich wurden diese Bestimmungen auf Betreiben der Gewandschneider- und Schuhmacher-Innungen getroffen, die damit verhindern wollten, daß die Juden auf diese Weise mit Dingen handelten, deren Ein- und Verkauf ihnen kraft ihres Privilegiums allein zustand.

Dagegen war es den Juden erlaubt, Pferde, Gewänder und Getreide von ihren Schuldnern anzunehmen und zu verkaufen[459]).

3. Trödel- und Kleinhandel.

Aus dem den Juden erlaubten Pfandleihgeschäft entwickelte sich der Trödel-, Klein- und Hausierhandel[460]), dem die Juden des Mittelalters zu allen Zeiten oblagen. In den schon erwähnten „Buden", die sie in verschiedenen Städten besaßen, verkauften sie die versetzten und verfallenen Pfänder, zogen wohl auch hausierend durch das Land, wo ihnen gerade die mehrfach erteilte Erlaubnis, Pferde und Getreide von

Schuldnern anzunehmen, Beschäftigung bot. Auf den Jahrmärkten hielten sie allerhand Kram feil[461]) und zeigten überall eine große Regsamkeit, die anscheinend manchmal übel vermerkt wurde; so verbietet das Berliner Schöffengericht den Juden, an christlichen Feiertagen irgend etwas zu verkaufen[462]). Noch Mitte des 17. Jahrhunderts wird für die Mark Brandenburg die allgemeine Bestimmung wiederholt, daß jüdischer Handel und Wandel außerhalb der öffentlichen Jahrmärkte nicht zuzulassen sei[463]).

Um 1500 war der Kleinhandel in der Mark Brandenburg fast ganz in den Händen der Juden[464]), „die man hier so wenig missen konnte, daß man sie, soweit sie für diesen Verkehr in Frage kamen, d. h. die an Polen grenzenden Landschaften bewohnten, in die 1510 über die Juden der Mark hereinbrechende Katastrophe nicht direkt verwickelte, sie ruhig auswandern ließ und ihnen nachher den Besuch märkischer Jahrmärkte gestattete". Die darauf bezügliche Verfügung Kurfürst Joachims datiert vom 24. September 1532[465]). Auch im Frankfurter Handel spielen die Juden eine nicht unbedeutende Rolle[466]).

Festzuhalten ist jedenfalls stets, daß sich die Juden während des ganzen Mittelalters bei all ihrem Handel nur auf die Gebiete beschränken mußten, die der „normale Handelsbetrieb der christlichen Kaufleute nicht ergriffen hatte"[467]).

4. Die Juden im mittelalterlichen Münzverkehr.

Der Geldhandel der Juden brachte es mit sich, daß sie auch eine Rolle im Münzverkehr spielten; „sie betrieben das gewerbsmäßige Wechselgeschäft, nämlich das Umtauschen der Geldmünzen fremder Münziser von Brandenburg-Berlin, wobei am Agio verdient wurde"[468]). Diese stete Tätigkeit, die fortwährende Beschäftigung mit Münzen und Geldhandel scheint die Tatsache zu erklären, daß man ihnen ein besonderes Mißtrauen entgegenbrachte und immer Münzmalversationen ihrerseits fürchtete. So verbieten Herzog Rudolph von Sachsen und dessen Mündel, die Markgräfin Agnes, in der Urkunde vom 30. September 1319[469]) den Juden ausdrücklich den damaligen Münzfrevel[470]).

Auffällig ist, daß in den meisten Münzordnungen des vierzehnten Jahrhunderts die Juden an den Stellen, wo Münzfrevel verboten wird, erwähnt werden.

Als Markgraf Ludwig am 7. September 1354 den Städten der Altmark bewilligt, neue vollhaltige Pfennige auszuprägen,

verfügt er „unnd dieselben Pfennynge sal man varen alse recht ist gewesen von alder, an Cristen vnnd an Juden[471])."

Markgraf Otto erläßt in betreff der Berliner Münze am 3. August 1365 verschiedene Verordnungen, wobei er immer die Juden erwähnt[472]).

Am 24. Juni 1369 verfügt derselbe Fürst in seiner Münzordnung: „Were ouch das ymand die Phenninge velschete oder vorczoge, he were Criste oder Jude, wer damit begriffen worde, des sullen ouch die Radmanne unser vorgenanten Stete richten, alse recht is sunder Var"[473]).

Im 15. und 16. Jahrhundert wird den Juden mitunter die Verpflichtung auferlegt, Münzmetall zur kurfürstlichen Münze zu liefern; so heißt es zum Beispiel in der Aufnahme-Urkunde von 1564[474]): „und zu unser Muntz alhir ahn granalyen dawieder so uile hochsilber alse Inen zu bekommen immer Muglich sein solle; obbemeltte zehen Jar langk uberzulieffern schuldicht sein und uorsehen sollen."

5. Der jüdische Fleischhandel.

An einer Stelle ist es den Juden gelungen, das Handwerksmonopol der Innung zu durchbrechen[475]) und den zur Zunft zusammengeschlossenen Vertretern des Handwerks Konkurrenz zu bereiten: im Fleischerhandwerk. Die Juden durften nämlich nach ihren religiösen Speisegesetzen nur einige Teile der Tiere verzehren; diese durften ihrem Ritus gemäß auch nur von Juden geschlachtet werden.

Schon sehr früh hatten sie es durchgesetzt, daß ihnen erlaubt wurde, selbst zu schlachten[476]) und die übrig bleibenden Teile zu verkaufen; diese Erlaubnis haben sie mitunter benutzt, um Fleisch- und Viehhandel zu treiben[477]). Natürlich duldeten die Knochenhauer- und Fleischerinnungen nicht[478]), daß die Juden nun auf diese Weise „ihre Nahrung störten", sie beklagten sich bei den Räten und Fürsten, und es kam zu wiederholten gesetzgeberischen Maßnahmen[479]).

Der jüdische Fleischhandel bildete Jahrhunderte hindurch die Ursache eines nicht endenwollenden Streites[480]). Ursprünglich war den Christen in vielen Städten überhaupt verboten, Fleisch von Tieren zu kaufen, welche die Juden geschlachtet hatten[481]). Eine Synode von 1266 z. B. gibt ein besonderes Motiv dafür an[482]): „ne Christiani carnes venales seu alia cibaria a Judeis emant, ne forte per hoc Judei christianos, quos hostes reputent, fraudulenta machinatione venenent."

Am 30. April 1294[483]) vermittelt der Rat[484]) in Frankfurt a. O. in dem Streit des Schlächtergewerks mit den Juden, der, wie aus der Urkunde hervorgeht, schon längere Zeit bestanden hat[485]). Es wird, wie bereits erwähnt, zehn Juden, die namentlich aufgeführt werden, erlaubt, das Schlächterhandwerk auszuüben; und zwar darf jeder von diesen am ersten Wochentag zwei Stück Vieh, am dritten eins und am fünften wiederum je zwei, also wöchentlich im ganzen je fünf, schlachten. Von der Erlaubnis, nicht verwendbare Teile an Christen zu verkaufen, ist in der betreffenden Urkunde noch nicht die Rede[486]).

In einer Spandauer Urkunde vom Jahre 1307 dagegen[487]) wird die Verkaufserlaubnis bereits erwähnt. Markgraf Hermann erlaubt nur den Juden Vieh zu schlachten, um es feilzuhalten, die ein eigenes Haus in der Stadt besitzen. Die Vergünstigung wird also nur einigen wenigen, relativ angesehenen Juden gewährt; diesen wird aber noch befohlen, in dem gemeinsamen Schlachthause der Stadt zu schlachten und das Fleisch in einer Schlächterbude zum Verkauf zu bringen[488]). Vermutlich wurden diese Bestimmungen getroffen, um dem Gewerk eine Kontrolle über die Juden zu ermöglichen.

Ähnliche Bestimmungen wie die Spandauer Urkunde enthält eine Brandenburger vom 25. Juli 1315[489]). Auch hier hatte der Fürst Streitigkeiten zwischen Juden und Fleischern geschlichtet und zu diesem Zweck ein besonderes Gericht eingesetzt, bestehend aus „7 testes ad hoc rogati" unter denen sich Räte des Markgrafen[490]) befanden. Es wurde verordnet, daß kein fremder Jude schlachten dürfe; nur den „jüdischen Bürgern" in Brandenburg sollte die Schlachterlaubnis eingeräumt werden „wie von altersher gehalten". Dann sollten die Juden im Sommer nur für den eigenen Bedarf schlachten; in dieser Jahreszeit war ihnen verboten, mehr zu schlachten, als sie für sich selbst unmittelbar gebrauchen konnten. Dagegen wurde ihnen erlaubt, das „treifene" (unreine, für sie unbenutzbare Fleisch) in „Vierteln" zu verkaufen („vendere pro quartalia"); im Herbst und Winter durften sie es nicht in „Vierteln", sondern „nur in einem Stück" abgeben. An Böcken, Ziegen und Rindern sollten sie nur das schlachten, was sie selbst verzehren konnten, und die christlichen Schlächter sollten den Juden zu einem billigen Preise geben, was diese brauchten[491]).

In Brandenburg scheinen die Juden also schon in ziemlich ausgedehntem Maße Fleischhandel getrieben zu haben. Die Einschränkung, daß sie ein Tier nur „in einem Stück" verkaufen

sollten, stellt wohl eine Schutzmaßregel für das christliche Gewerk dar.

Eine ganz allgemeine Schlacht- und Verkaufserlaubnis gibt 1323 der Graf von Lindow den Neuruppiner Juden: „. . . die uns redeleken unse Schot ghift, die mach slachten vehes, wat hies bedarf. Wat em nicht en valt, dat schal hie verkopen un de anders nicht"[492]).

Auch Markgraf Ludwig gibt am 13. September 1341[493]) den neumärkischen Juden das ähnliche Privileg: „Si mogen fleys (Fleisch) vnd ander spise mogeliken kopen to ere notdorft, wenne sie wollen, die en bequeme sin; welch spise oder fleyz en nicht bequeme, die sie gekouft hebben, vnd nicht eten müten, die mogen si wider verkopen, ane rede (Übereinkunft) vnd ane schult"[494]).

Handelt es sich hier nur um generelle Vergünstigungen, aus denen die spezielle Tätigkeit der Juden nicht ersichtlich ist, so geht aus der Berliner Urkunde vom 7. April 1343[495]) klar hervor, daß die Juden die ihnen erteilte Erlaubnis ausnutzten, um Vieh- und Fleischhandel zu treiben, und dabei von dem Herkommen abweichende Wege einschlugen, um sich Vorteile zu sichern[496]).

In der Urkunde wird den Berliner Juden verboten, den Viehhändlern vor die Tore der Stadt entgegenzugehen, um Vieh zu kaufen. Sie sollen nur auf dem gemeinsamen Markte einkaufen. Dann werden wieder die bekannten einschränkenden Verordnungen erlassen: es wird verboten, daß sie kleinere Stücke als ein Viertel verkaufen, strenge Strafe wird ihnen angedroht, wenn sie ihren Käufern kleinere Teile ablassen usw.[497])

Allein die Klagen der christlichen Schlächter über die Juden wollten nicht verstummen. 1334 hatte bereits der Markgraf den Knochenhauerinnungen in einigen märkischen Städten zugesichert, daß die Juden ihr Handwerk nicht beeinträchtigen sollten, und daß diese in betreff des Schlachtens nur so viel Rechte haben sollten, als ihnen nach dem Seehausenschen Stadtprivileg zuständen[498]).

1344 setzt dann Markgraf Ludwig für Havelberg fest[499]), daß das „treifene Fleisch" nur an einem bestimmten Tage verkauft werden darf[500]).

Ein Jahr später, 1345, macht derselbe Fürst wiederum den Perleberger Juden das Zugeständnis, daß sie ohne den Einspruch der christlichen Schlächter ihren Überfluß verkaufen dürfen[501]), jedoch sollten sich die Juden nach Stendal'schem Stadtrecht richten[502]).

Ein Jahr später (1346)[503]) beschweren sich wiederum die Perleberger Schlächter beim Rate über die Juden, und dieser muß vermitteln; er vergleicht den Streit, indem er festlegt, daß die Juden nur während einer bestimmten Zeit schlachten und das für sie Unbrauchbare verkaufen dürfen; in der Zeit, in der die Juden nicht schlachten dürfen, sollen die christlichen Schlächter ohne Unrechtmäßigkeit (sicut vendere solent christianis absque dolo) den Juden Fleisch ablassen. Für Übertretung dieser Vorschriften werden Geldstrafen festgesetzt.

Auch aus dieser Urkunde ist ersichtlich, daß die Juden dort Viehhandel trieben; denn den christlichen Schlächtern wird erlaubt, in dem den Juden eingeräumten Zeitabschnitt Ochsen und Kühe von ihnen zu kaufen.

Am 27. Dezember 1346 [504]) gibt Markgraf Ludwig den Fleischern zu Strausberg[505]) bezüglich des Schlachtens der Juden dieselben Rechte, welche die Fleischer in Berlin und Cöln erhalten haben[506]).

Den nach den Pestverfolgungen im Jahre 1354 in Berlin aufgenommenen Juden wird ohne weiteres zugestanden[507]), daß sie Vieh kaufen und das „nicht koschere" verkaufen dürfen[508]).

Die Erlaubnis hat dann anscheinend jahrzehntelang als etwas Selbstverständliches gegolten; wiederholt wird sie durch Markgraf Friedrich am 17. November 1420 [509]) und am 30. Dezember 1440 [510]).

In den Städten der Altmark traten die Rathmannen den Juden, welche das Schlächterhandwerk ausüben wollten, im 15. Jahrhundert nachdrücklich entgegen. In Stendal wurde um 1454 [511]) bestimmt, daß niemand Juden ohne des Rats Erlaubnis zum Schlachten zulassen dürfe; auch sollten die Juden, die die Erlaubnis bekamen, nur solches Vieh schlachten, das sie von den christlichen Schlächtern gekauft hatten.

Zuletzt durften die Juden nicht in ihren Häusern schlachten, sondern nur auf der „Brücke", wo alle Schlächter ihrem Gewerbe oblagen.

In Salzwedel ordnete der Rat 1458 an[512]), daß nur die einheimischen Juden bloß vier Wochen vom Dionysiusfest an schlachten durften, und nur für ihren eigenen Gebrauch; (a festo dionisii per quatuor septimanas continuas et non amplius et non Judeiis extraneis).

In den Aufnahmeurkunden gegen Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts wird den Juden stets die Aufnahme eines jüdischen „Slechters" miterlaubt, und es wird ihnen nur ge-

stattet, ihr Fleisch selbst herzurichten, so z. B. bei der Stendaler Aufnahme 1490[513]) und bei der allgemeinen Aufnahme von 1509[514]).

Im 17. Jahrhundert haben die jüdischen Gemeinden in der Mark meistens einen eigenen Schlächter gehabt, der häufig seinem Gewerbe frei nachgehen konnte[515]).

6. Jüdische Ärzte.

Der einzige freie Beruf, den die Juden im Mittelalter mitunter ausübten, war der ärztliche. Durch früheren Verkehr mit den die Arzneikunst in Spanien pflegenden Arabern war die Beschäftigung mit Anatomie und Heilkunde bei den Juden zu einer Art Tradition geworden[515a]).

Jüdische Ärzte wurden im Mittelalter sogar als städtische Beamte angestellt[516]).

Dem Klerus war auch diese Tätigkeit der Juden unerwünscht.

Ein Konzil verbot 1227 geradezu den Christen, sich von den Juden irgendeine Arznei geben zu lassen[517]).

Später sollten diejenigen kranken Christen, die Rat und Heilung bei den jüdischen Ärzten suchten, direkt in den Bann getan werden. Während des ganzen Mittelalters waren die Behörden häufig der Meinung, daß es auf alle Fälle unangebracht sei, sich jüdischer Ärzte zu bedienen[518]). Noch Ende des 16. Jahrhunderts erließ Papst Gregor XIII. ein Verbot gegen die Tätigkeit der jüdischen Ärzte.

In der Mark Brandenburg erging von Bischof Heinrich von Brandenburg am 6. Juni 1406[519]) ein strenges Verbot für Christen, bei Krankheiten Medizin von Juden zu nehmen; — wer dieser kirchlichen Anordnung zuwider handelte, sollte exkommuniziert werden[520]).

Nach Stobbe[521]) war das Motiv für derartige kirchliche Verbote „die Furcht, daß die Juden Rache an ihren Unterdrückern nehmen würden, indem sie durch Arzneien und Operationen den Kranken absichtlich Schaden zufügten".

Trotzdem führte „großer Ruf und Geschicklichkeit" ihnen stets christliche Patienten zu[522]).

Von ärztlicher Tätigkeit der Juden in der Mark Brandenburg im Mittelalter hören wir sehr wenig[523]).

Am 13. Januar 1354 verkauft der Rat zu Prenzlau dem „Arzte Salomo" eine Rente[524]). Dieser Arzt Salomo war wohl

kein Jude, da urkundlich bezeugt ist, daß er der Kirche gewisse Dienste erwiesen hat, ebenso wenig wie der Leibarzt Ludwig des Römers, der „Chirurgus Borchard", der am 15. Juli 1356 eine Jahresrente ausgesetzt bekommt[525]).

1478 braucht der Kurfürst Albrecht Achilles einen Arzt[526]), um ihn zu seinem Pommern-Feldzug mitzunehmen[527]); er will sich den jüdischen Arzt Michel aus Gera kommen lassen. Am 15. Juni 1478 schreibt „Lawrein Voigt", Kastner zu Hof, daß Michel krank, schwach und nicht reisefähig sei. Er empfiehlt ihm den jüdischen Arzt Hirß aus Hof, „der kon die konst fertiglich", „namentlich der schwerkranke Herr Jorg von Waldenfels[528]) könnte einen solchen Arzt sehr gut gebrauchen".

Bei der Judenverbrennung von 1510 wird ein einziger Jude, der Arzt war[529]), wegen seiner Kenntnis der Augenheilkunde[530]) begnadigt[531]); dieser Arzt soll sogar noch lange segensreich in der Mark gewirkt haben[532]).

Dann berichtet noch ein Berliner[533]) Chronist: „Im Jahre 1693 befand sich bereits ein jüdischer Arzt in Berlin, namens Löbel, der wegen seiner Geschicklichkeit in großem Ansehn stand. Man hatte es indessen nicht gewagt, ihm die Gesundheit anderer als seiner Glaubensgenossen preiszugeben, und wer im verzweifelten Fall zu seiner Unterstützung seine Zuflucht nehmen wollte, bedurfte dazu der ausdrücklichen Genehmigung des Kurfürsten."

4. Kapitel: Soziale Lage der Juden.

1. Wohlstand der Juden.

Verschiedene Historiker berichten von dem großen Reichtum, den die Juden zu allen Zeiten besaßen; sie zählen das nachweisliche Vermögen einzelner auf, weisen auf die großen Reichtümer mancher Juden hin und schließen daraus auf die Allgemeinheit. Wahr ist, daß einige — aber nur diese — bedeutende Summen zusammengehäuft hatten; die Ansicht von der stets und überall vorhandenen Wohlhabenheit der Juden läßt sich nicht aufrecht erhalten.

Im frühen Mittelalter lebte ein Teil der märkischen Juden anscheinend in auskömmlichen Verhältnissen. In Spandau sind, wie erwähnt, einige im Besitz von Häusern[534]). Verschiedene Juden in Salzwedel, Brandenburg, Prenzlau, Cöln usw. erscheinen im Besitz eines Erbes, d. h. von Haus und Hof[535]). Aber sehr viele erfreuen sich nicht eines solchen Besitzes. Als Markgräfin Agnes am 1. Januar 1320[536]) ihre Rechte über die Juden den Städten Berlin-Cöln überläßt, spricht sie nur von den „gewöhnlichen, d. h. gemeinen Juden, welche ein Eigen in den genannten Städten nicht haben" — „omnes nostros vulgares hoc est communes Judeos propriam hereditatem in dictis Ciuitatibus non habentes", und auch das Berliner Stadtbuch „unterscheidet zwischen reichen Juden, d. h. solchen, welche eigene Häuser in der Stadt (die sog. Judenbuden) besaßen, und gemeinen Juden, welche bei den reichen mit einwohnten oder vor der Stadt saßen"[537]).

1323[538]) treffen, wie erwähnt, die Grafen von Lindow mit Bezug auf die Ruppiner Juden Anordnungen und erwähnen die Juden, „die dar heft eyn erve, eyghen edder ghemidet".

Am 19. Februar 1363[539]) ordnen die Markgrafen Ludwig der Römer und Otto betr. der Berliner Juden an: „Ock so sollen vnsere Juden in densulven Stedten wohnen in der Stede Erven vnd Hüsern vnd darinne bliven vnd die Radmanne süllen sie hegen vnd verdedingen von vnsertwegen, glickere andere Bürgere"[540]).

Nach diesen und mehreren ähnlichen Stellen aus Urkunden berichten einige Historiker von den Juden als reichen Leuten[541]).

Sehr reich waren wahrscheinlich die Berliner Juden Meier und Magnus, denn nach einer erhaltenen Urkunde[542]) vom 22. Juni 1334 schulden ihnen einige Markauer Bürger 1066 Pfund brandenburgischer Pfennige und 8 Schillinge am kommenden Martinitage (Cölner Jahrmarkttag)[543]).

Scheinen so die Juden im 14. Jahrhundert in verhältnismäßig günstiger Lage gelebt zu haben, so befinden sie sich im 15. Jahrhundert und später nachweislich oft in einem üblen Vermögenszustand. Schon Ende September 1343 befreit Markgraf Ludwig die Stendaler Juden von ihrer Verpflichtung zur Steuerzahlung[544]); am 28. August 1427 erläßt Markgraf Johann[545]) den Prenzlauer Juden den dritten Teil ihrer Abgabe „von besundrer gnaden wegen", weil sie „in ettlichen Masz uertorben sein vnd schaden entphangen haben"[546]).

1440 bestätigt Kurfürst Friedrich II. die Privilegien aller Juden in der Mark Brandenburg[547]), und als von ihren Abgaben die Rede ist, klingt es fast wie Mitleid und Wohlwollen aus den Worten des Fürsten[548]); er verbietet den Städten, von den Juden Extraabgaben zu erheben, ferner sollen die Juden „von czolle oder von den thoren der Stete anders nicht geben, denn als ander cristenlewte, wenn sie aus- und einwandern". Am Schluß der Urkunde heißt es: „Darüber haben wir gnediglichen angesehen, das sie vns alczeit willig vnd vntertenig sein vnd ouch ir swachheit vnd armut, das vnser Judischeit vast nederfellig[549]) worden ist, darumb sullen sie hinfurder mer von nymandt mit keiner vnpflicht, noch mit keinen Renten, noch goben beswert werden, außgenommen was sie vns czu vnser kammer vnd czu vnsern sachen geben, des wollen wir vnuerdingt von In sein vnd bleiben."

Im 15. Jahrhundert, besonders von Friedrich II. Regierung an, beginnen die Markgrafen, wie bereits erwähnt, die Einnahmen von den Juden ganz an sich zu ziehen. „Es muß dem Kurfürsten sehr gut gelungen sein, die Juden wieder unter seinen Schutz zu ziehen, denn 1473 berichtet Markgraf Johann seinem Vater, daß er nur 40 Juden im Lande hätte zusammenbringen können, die Schoß zu geben imstande wären, die andern hätten nichts, und er fragt an, ob er sie aus dem Lande jagen und andere dafür kommen lassen solle"[550]).

In einer kurfürstlichen Instruktion wird ein Teil der märkischen Juden geradezu „Gepofel" genannt, das nichts zu geben hat[551]).

„Die Juden der Mark waren allem Anschein nach eigentlich nicht reich", berichtet einer der besten Kenner jener Zeit, Priebatsch, als er von den politischen Zuständen der Mark im 15. Jahrhundert spricht[552]).

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts begegnen wir — es handelt sich wohl um einen in Norddeutschland sicher ganz seltenen Fall — in Berlin einem aus Derneburg stammenden Juden, namens Michel, der für jene Zeit große Reichtümer besessen haben muß. Er war ein Günstling Joachims II., wurde kurzweg „der reiche Michel" genannt und bewohnte eine Zeit lang ein eigenes Haus in der Klosterstraße[553]). Welche Reichtümer er hatte, geht u. a. aus einer Urkunde vom 27. Februar 1544 hervor[554]).

Auch der unglückliche Lippold muß sehr reich gewesen sein[555]).

Derartig wohlhabende Juden waren aber fast während des ganzen Mittelalters eine Ausnahme; die meisten lebten, wie viele Nachrichten beweisen, in armseligen und gedrückten Verhältnissen.

2. Duldung der Juden.

Wie überall im Mittelalter waren die Juden auch in Berlin bloß geduldet; man mied jede Gemeinschaft mit ihnen. Ebenso wie in sämtlichen anderen märkischen Städten[556]), mußten auch in Berlin die Juden in einem abgeschlossenen Stadtteil[557]) am äußersten Ende der Stadt[558]) wohnen[559]), der nicht „Ghetto", sondern „Judenhof" hieß. In sehr vielen brandenburgischen Städten führen noch heute, ebenso wie in Berlin, Teile der ältesten Stadtviertel den Namen „Jüdenstraße" oder „Jüdenhof".

In einer rekonstruierten Karte von Berlin, die die Stadtanlage für die älteste Zeit darstellt, wird ein Judenhof schon in der frühesten Zeit an der Nordostgrenze der Stadt angenommen[560]).

In Berlin führt die noch jetzt erhaltene[561]) Jüdenstraße[562]) von der Stralauer- zur Königstraße und hatte schon im 14. Jahrhundert ihren jetzigen Namen von dem Judenhof[563]), zu dem der Zugang hinter den Häusern Nr. 46/47 war. Schon am Ende des 13. Jahrhunderts war dieser „Hof", in dem die kleine Synagoge stand, zum verschließbaren Wohnsitze der Juden eingerichtet worden[564]), der nachts versperrt und bewacht wurde[565]).

1354 legte man im „Geckhol"[566]), an der Mauer noch den „kleinen Jüdenhof" an[567]); der alte, mit diesem verbundene, wurde zum Unterschied der „große" genannt[568]).

„Mit ihm ist uns die früheste Ausdehnung der Stadt nach dieser Seite hin bestimmt gekennzeichnet"[569]).

„Nach der ältesten vorhandenen Kämmereirechnung von 1554 wurden noch gewisse Stadtknechte für das Verschließen und nächtliche Bewachen der Judenhöfe besoldet"[570]).

Der örtlichen Aus- und Abschließung der Juden ging die soziale analog[571]). Die Verordnung Bischof Heinrichs von Brandenburg vom 6. Juni 1406[572]) bezweckte die völlige Isolierung der Juden. Eine Ehe[573]) zwischen Juden und Christen war nicht erlaubt. Wo sie etwa vorkam, wurde sie wie Ehebruch behandelt und mit dem Tode bestraft. Eine besondere Kleidung war für die Juden vorgeschrieben, sodaß sie, wenn sie aus ihrem Hof herausgingen, von jedermann sofort erkannt werden konnten. Kein Jude durfte sich christliches Gesinde halten.

Wurde ein Jude hingerichtet, so geschah dies auf eine ganz besonders grausame Art[574]).

Ein bürgerliches Repräsentations- oder Standesrecht besaßen die Juden nicht[575]).

„Wegen des engen Zusammenhanges der Kirche mit dem Staate war ihnen letzterer unzugänglich: hierdurch mußte der ganze bürgerliche Zustand der Juden krankhaft werden"[576]).

Das „Bürgerrecht", das die Juden in vielen märkischen Städten im 14. und 15. Jahrhundert besaßen, war kein eigentliches Ehrenrecht im heutigen Sinne, sondern mehr eine Art Stadtprivileg, das durch eine Steuer erworben wurde, mit der sich Ansässige gewisse Handels- und Platzrechte erkauften, die ihnen ermöglichten, freieren Handel zu treiben. Die Adligen, die Hofbeamten, Räte usw. waren nicht im Besitze des Bürgerrechts, woraus klar hervorgeht, daß man es hier mit keinem Recht im modernen Sinne zu tun hatte[576a]).

Der Haß und die Abneigung gegen die Juden war allgemein und wurde durch religiösen Fanatismus verstärkt; nahm doch die Religion im öffentlichen Leben des Mittelalters eine ganz andere Stellung ein als in späteren Zeiten!

Soziologisch interessant ist es, daß, als der Henker 1510 den Scheiterhaufen für die Juden errichtet, ihm dabei viel Volk voller Freude freiwillig bei der Arbeit hilft[577]), was, wie Holtze meint, stark an den Glaubenseifer bei den einstigen Ketzer-

verbrennungen und Auto-dafés im katholischen Spanien erinnert.

Auch der Aberglaube, daß die Juden Christenkinder zu rituellen Zwecken töteten, war in Berlin verbreitet[578]) und trug zur Vermehrung des Hasses bei.

Schon Anfang des 15. Jahhunderts hegte man Verdacht gegen die Juden, daß sie Kinder kauften. Für das Jahr 1400 berichtet das Berliner Stadtbuch[579]): „Item Anno domini 1400 quinto sabato ante letare duo fuerunt tructati scilicet Claws Czepernik, Domas Cleysmet illa de causa, quod voluerunt vendere pueros judeis."

Bei dem Judenprozeß 1510 wollte man den Haß gegen die Juden auch durch diesen Aberglauben anstacheln; nun fehlten aber nirgends in der Mark Brandenburg Kinder, und so wurden einfach derartige Verbrechen erfunden.

Unermüdlich im Eifern gegen die Juden war ein Teil des Klerus, der bei mancher Verfolgung, so gerade bei der von 1510 der spiritus rector war[580]).

Wie sehr religiöse Momente selbst bei der Duldung der Juden maßgebend waren, lehrt die Stelle im Berliner Stadtbuch, die eine Erklärung und Rechtfertigung für den Aufenthalt von Juden in Berlin gibt[581]).

Gewiß ist es zweifellos, daß die meisten Verfolgungen sehr stark in wirtschaftlichen Motiven begründet waren. Holtze nennt die Massenhinrichtung von 1510 geradezu „einen Gewaltakt zur Hebung der Kreditverhältnisse eines armen Landes"[582]). Trotzdem scheint es, daß wirtschaftliche und religiöse Gründe bei diesen Katastrophen derartig verquickt waren, daß es nicht immer möglich ist, zu sagen, welches Motiv das wichtigere und primäre war.

Bei den Vertreibungen der Juden scheinen die finanziellen Erwägungen[583]) das ausschlaggebende gewesen zu sein; schon für diejenige des 14. Jahrhunderts berichtet Moeßen[584]), daß die Geistlichen die Juden so haßten, „weil sie sich mehr und mehr in den Städten ausbreiteten, und die Einkünfte ihrer Kirchsprengel schmälerten" ... „Die Gerichtsobrigkeiten zogen die Güter der vom Pöbel erschlagenen Juden als verfallen ein. Deshalb kamen viele Magistrate und verschiedene Fürsten und Bischöfe, die den Juden große Geldsummen schuldig waren, in Verdacht, daß sie nicht alle Kräfte angewendet, die Juden vor der Grausamkeit des Volkes zu schützen; und daß sie selbst vielmehr vieles beigetragen, um sie gänzlich zu vertilgen."

Auch für die Vertreibung des 16. Jahrhunderts heißt es in einer Untersuchung[585]): „Durch die Judenausweisung wurden viele der verschuldeten Immobilien von selbst wieder frei, und in der Aussicht hierauf mußte für die Städte ein Ansporn mehr zur Beschuldigung und Verdächtigung der Juden liegen."

Obwohl sich die Juden durch die Taufe vor vieler Unbill schützen konnten, erfahren wir von einer solchen doch nur äußerst selten. Von einigen getauften Juden erzählt Priebatsch[586]); daß aus Furcht vor dem Feuertode zwei zum Christentum übertraten, war wohl auch ein seltener Fall[587]).

1413 stellt Burggraf Friedrich einer zur christlichen Religion bekehrten Jüdin einen Empfehlungsbrief aus[588]).

Ein Fall einer beabsichtigten Taufe kommt 1472 vor[589]).

3. Gerichtsstand der Juden.

Von dem bürgerlichen Gerichtsstand, der meist in den Händen der Rathmannen usw. lag, waren die Juden fast während des ganzen Mittelalters eximiert.

Wie gesagt, waren die Berliner Juden nur während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine Zeit lang dem Berliner Magistrat unterworfen[590]). Zirka zehn Jahre nach der Aufnahme von 1354[591]) wurde wieder bestimmt, daß sie allein unter der Gerichtshoheit des Markgrafen stehen sollten.

1334 wurde für verschiedene märkische Städte festgesetzt, daß die Juden nur vor der Person des Fürsten oder dessen Kammermeister zu Recht stehen sollten[592]).

1341 ordnet Markgraf Ludwig für die neumärkischen Juden an, daß kein „Schulze" sie richten dürfe, sondern nur der fürstliche Stadtrichter der Stadt, in der sie wohnten, der Landesherr oder dessen Voigt[593]). Dieselbe Verfügung wird wiederholt für Perleberg 1347[594]), für Müncheberg[595]) 1356, für Mittenwalde 1356[596]. Für 1430 bezeugen verschiedene Urkunden, daß der Landesherr der alleinige Richter für Streitigkeiten zwischen Juden und Christen und für solche von Juden untereinander war[597]).

1440 wird noch einmal allgemein gesetzlich für die ganze Mark Brandenburg festgesetzt, daß die Juden nicht vor dem Schulzen wie die anderen Bürger zu Recht stehen sollten[598]).

1479 schlichtet Johann Cicero selbst einen Streit zwischen Juden[599]).

Hatten die Juden vor Gericht Eide zu leisten, so mußten sie sich, da man ihnen mißtraute, den seltsamsten Zeremonien unterwerfen und merkwürdige Eidesformeln, die man alttestamentarischen Anschauungen anzupassen suchte, nachsprechen; diese Formeln mußten sie in deutscher Sprache hersagen. Eine darauf bezügliche Anordnung findet sich z. B. in der Judenordnung von 1297 [600]). Eine eigenartige ausführliche Eidesformel findet sich im Berliner Stadtbuche (Seite 168).

Dabei mußten sich „Dy joden plegen livelike ore ede tu dunde up eyner suhud, di in negen dagen hadde geverkent. Di hut snet man in den ruggen up und man spreide sy vor di schepen bank. Up di tytten muste di jode barft stan, eynen harduch muste he umme hebben und eynen spissen hut up syn hovet, un muste stan na syner jodeschen zede"[601]).

Schlußbemerkung.

Wie in der Einleitung bereits angedeutet wurde, ist eine systematische Darstellung der jüdischen Wirtschaftsgeschichte in Brandenburg nicht möglich. Sehr vieles bleibt im Dunkeln; das Mittelalter wird es wohl auch fernerhin bleiben. Immerhin wird durch Einzelheiten ein wenig Licht verbreitet. Im großen und ganzen trifft wohl Geiger's Bemerkung in seiner Geschichte der Berliner Juden (im 18. Jahrhundert) zu, daß sich das Schicksal der Berliner (märkischen) Juden im Mittelalter von dem der übrigen deutschen Juden nicht wesentlich unterscheidet. Trotzdem sind Einzelzüge geeignet, unsere Kenntnis zu bereichern und unser Interesse zu fesseln. — Eine eigentliche Geschichte der Berliner Judengemeinde beginnt erst mit der Wiederaufnahme durch den großen Kurfürsten 1670, deren Darstellung in den weiteren Abschnitten folgt.

Anmerkungen.

[1]) Vergl. Müller u. Küster A. u. N. Berlin, B. 1737 Th. I, S. 262; A. F. Riedel, Die Mark Brandenburg im Jahre 1250, Berlin 1831, I., S. 400 ff.; K. F. Klöden, Über die Entstehung der Städte Berlin und Cöln, Berlin 1839, S. 4 ff.; E. Fidicin, Die Gründung Berlins, Berlin 1840, S. 7ff.; Mehring, Über das Alter Berlins, 1841, S. 21 ff.; Fidicin, Berlin im Jahre 1435, S. 4, derselbe, Hauptmomente aus der Geschichte Berlins, Berlin 1858, S. 9; G. Sello, Zur Geschichte Berlins im Mittelalter, Berlin 1882, S. 2.

[2]) Vergl. Das Berlinische Stadtbuch aus dem Ende des 14. Jahrhunderts. Neue Ausgabe von P. Clauswitz, Berlin 1883, S. 68 (fortan zitiert „Berliner Stadtbuch"), E. Fidicin, Histor.-Diplomat. Beitr. zur Geschichte der Stadt Berlin, 2. Teil, 1261—1550, Berlin, 1837, S. 7 (fortan zitiert „Fidicin-Beiträge"); Urkundenbuch zur Berlinischen Chronik 1232—1550, begonnen durch F. Voigt, fortgesetzt durch E. Fidicin, Berlin 1880. S. 21 (fortan zitiert „Berliner Urkundenbuch"); Derselbe, Berlinische Chronik von 1225—1571. Hrsg. von dem Verein für die Geschichte Berlins, Berlin 1868. S. 28 (fortan zitiert „Berliner Chronik"); Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin, Heft 16. S. 33 ff.; Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels und Gewerbefleißes aus der ältesten Zeit bis auf unsere Tage, Berlin 1870, S. 16.

[3]) Berliner Urkundenbuch lc. Sachregister XIII S.; vergl. hierzu E. M. Lambert, Deutsche Städteverfassungen im Mittelalter, 1865, I, 221.

[4]) K. F. Klöden, Über die Stellung des Kaufmanns während des Mittelalters, Berlin 1841, S. 55; E. Friedel u. R. Mielke, Landeskunde der Provinz Brandenburg, Berlin 1910, Bd. II, S. 162.

[5]) Kaiser Otto I. schenkt bereits im Jahre 965 die Einnahme, die er von den Juden hat, der Domkirche zu Magdeburg. Maibomii Scriptor. rer. germ. T. I, p. 749; Klöden, Entstehung S. 262.

[6]) K. F. Klöden, a. a. O., S. 312 ff., S. 359.

[7]) Klöden, a. a. O. und S. 313.

[8]) Vergl. R. Reiche, Bausteine zur Geschichte der Stadt Königsberg in der Neumark während des Mittelalters, Kgsbg. 1898, S. 9 ff.

[9]) Klöden, Entstehung, S. 262. Über den Handel der damaligen Zeit vergl. auch A. Beer: Gesch. d. Welthandels, I, S. 228; M. Balaban, Zur Geschichte der Juden in Polen, Wien 1915, S. 8.

[10]) Klöden, Stellung des Kaufmanns, S. 72; vergl. Baltische Studien, III, 209.

[11]) J. Chr. Bekmann, Historische Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg, Berlin 1751, Erster Teil, S. 187.

[12]) C. F. Koch, Die Juden im preußischen Staate, Marienwerder 1833, S. 7.

[13]) F. L. J. Fischbach, Histor. Beyträge, Berlin 1784, Dritter Theil, S. 424; Dilschmann, Diplomat. Geschichte der Stadt Spandow, Berlin 1785, S. 104; A. B. König, Annalen der Juden in den preußischen Staaten, besonders in der Mark Brandenburg, Berlin 1790, S. 11.

[14]) O. Schwebel, Kulturhistorische Bilder, Berlin 1882, S. 216.

[15]) J. G. Krünitz, Encyklopädie, Bd. 31, 1784, S. 336; Fischbach, a. a. O.

[16]) Joh. Chr. Eilers, Chronicon Beltizense, Wittenberg 1743, S. 406, 408.

[17]) Berliner Urkundenbuch, S. 29, Berliner Stadtbuch, S. 44, Fidicin, Beiträge, I, S. 57, III, S. 198; A. F. Riedel, Codex diplomaticus Brandenburgensis, Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, Berlin 1838—69, Abtlg. 1, Bd. 12, S. 350 (fortan als „Codex" zitiert); G. G. Küster, Altes und neues Berlin, 1756, IV, S. 172, Berliner Chronik, S. 52.

[18]) Berliner Urkundenbuch, S. 36, Chronik S. 60; Fidicin, Beiträge, S. II, S. 19; Küster, a. a. O., IV, S. 155.

[19]) Urkundenbuch, S. 37; Chronik, S. 62; Fidicin, Beiträge, II, S. 20.

[20]) Urkundenbuch, S. 39/40; Codex, 1. Abtlg., 9. Bd., S. 20, Original im geheim. Staatsarchiv. Urk. Rep. II, Märk. Ortsch., S. 84, Nr. 1.

[21]) Fidicin, Beiträge, III, S. 203; P. W. Gercken, Vermischte Abhandlungen, Hamburg 1771, I, S. 184; Urkundenbuch, S. 40; Riedel, Codex, Suppl., S. 224; Berliner Chronik, S. 63; Original Geh. Staatsarchiv, Märk. Ortsch., Urk., Nr. 4.

[22]) Fidicin, Beiträge, IV, S. 15; Urkundenbuch, S. 62.

[23]) Urkundenbuch, S. 70; F., Beiträge, II, S. 32; vergl. Magistratsarchiv, Nr. 18, Aktenfascikel 37a.

[24]) Urkundenbuch, S. 81; Chronik, S. 80; F., Beiträge, I, S. 67, III, Nr. 88, S. 217.

[25]) Henricus de Hervordia: Liber de rebus memorabilioribus, ed. Potthast, Göttingen 1859, S. 280; Moehsen, Gesch. der Wissensch. i. d. Mark Brandenburg, II, 1781, S. 263; G. T. Gallus, Geschichte der Mark Brandenburg, 1792, I, S. 308; R. Höniger, Der schwarze Tod in Deutschland, Berlin, 1882, S. 23, und P. Richter, Über die Pest in Berlin, Berlin 1911, S. 5.

[26]) G. Sello, Zur Geschichte Berlins im Mittelalter, Märkische Forschungen, 17. Band, 1882, S. 23. Die Namen der in Berlin getöteten Juden in Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland, herausg. von S. Salfeld, 1898, Bd. III, S. 247.

[27]) Hartknoch, Preußische Kirchengeschichte, S. 238; vergl. Märkische Forschungen, a. a. O. Über die Judenverfolgungen im 14. Jahrhundert in der Mark bemerkt Heinr. v. Herford (p. 280) mit Abscheu: „in quibusdam locis per alios comburebantur, in quibusdam trucidabantur, vel etiam ut porci salvissime barbariceque mactabantur."

[28]) E. L. Wedekind, Geschichte der Neumark Brandenburg, Berlin 1848, S. 148.

[29]) Schwebel, a. a. O., S. 227; vergl. G. Sello, Zur Geschichte Berlins im Mittelalter, 1882, S. 23.

[30]) Berliner Chronik, S. 89.

[31]) Ibid., S. 90.

[32]) Berliner Urkundenbuch, S. 113; Fidicin, Beitr., a. a. O., IV, S. 38; vergl. Stadtarchiv, Aktenfaszikel 37a.

[33]) Berl. Chronik, S. 89; Fidicin, dipl. Beitr., IV, S. 38; Fidicin, Gründung Berlins, S. 225; Codex, I. Abtlg., 19. Bd., S. 19.

[34]) Codex, Abtlg. II, Bd. 2, S. 333; Küster, Berlin, Bd. IV, S. 7.

[35]) Berliner Urkundenbuch, S. 117; Chronik, S. 93, Original der Urkunde im Berliner Magistratsarchiv.

[36]) Original im Geh. Staatsarchiv Urk. Märk. Ortsch., Berlin, Nr. 25.

[37]) Codex, Abtlg. II, Bd. 6, S. 87; Berliner Chronik, S. 94.

[38]) Berliner Urkundenbuch, S. 143; Chronik, S. 105 ff.; Fidicin, Beiträge, II, S. 54.

[39]) Berliner Urkundenbuch, S. 125; Fidicin, Beitr., IV, S. 40; Berliner Chronik, S. 97; Stadtarchiv, Faszikel 14, 8^1.

[40]) „... fidelium nostrorum dilectorum Consulum et communitatis civitatis nostre Koln commodis et vtilitatibus intendere volentes ejusdem consulibus et ciuitati predicte talem graciam facere decreuimus et facimus per presentes, quod ipsi de nostro consensu licencia et libera voluntate Sex Judeos in dicta nostra ciuitate ad cohabitandum ipsis quolibet tempore poterunt et debebunt, nec non et alium Judeum Magistrum pro erudicione dictorum Judeorum et suorum juuenum similiter conseruare, quos quidem Judeos ipsis cohabitantes in numero prenotato, omnibus et singulis juribus et libertatibus quibus ceteri Judei Camere nostre serui alias nostras ciuitates et municiones inhabitantes patiantur, vbique in omnibus et per omnia perfrui volumus et gaudere harum serie literarum“ ....

[41]) Schätzt man die Kopfzahl der Berliner Bevölkerung im 14. Jahrhundert auf ca. 9000 und nimmt für die Zahl der nicht jüdischen Familien ca. 1800 an, so kann man wohl den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung auf reichlich ⅓ Prozent ansetzen, denn die Kopfzahl einer jüdischen Familie pflegte in der Regel groß zu sein. J. Jastrow, Die Volkszahl deutscher Städte zu Ende des Mittelalters, Berlin 1886, S. 56; R. Höniger, Die Volkszahl deutscher Städte im Mittelalter in Schmollers Jahrbuch, 15. Jahrgang, 1891, S. 103 ff.

[42]) J. C. W. Moehsen, Geschichte der Wissenschaften, S. 207; G. T. Gallus, Mark Brandenburg, I., S. 308; besonders F. W. A. Bratring, Statist.-topogr. Beschreibung der Mark Brandenburg, Bd. I, 1804, S. 32.

[43]) Küster a. a. O., IV., S. 13.

[44]) A. Zimmermann, Versuch einer histor. Entwicklg. der märk. Städteverfassgn. Berlin 1837—40, S. 337.

[45]) W. Mila, Berlin, 1829, S. 75, C. E. Geppert, Chronik von Berlin, I., S. 18 ff.; Stadtarchiv, Faszikel 37a, und 19—33; Küster IV 14: „Die Städte Berlin und Cöln verpflichten sich, die Juden in eigenen Häusern und Erben wohnen zu lassen, wogegen die Markgrafen Ludwig d. R. und Otto beiden Städten von der Urbede 18 Jahre lang jährlich 50 Marc erlassen.“

[46]) Berl. Urkundenbuch, S. 147, Codex Suppl. S. 239; Berliner Chronik, S. 107, „. . .vnd Syventig Marck Brandenburgisch Sülverss vnser jährigen Ohrböde dersulven Stede Berlin vnd Cölnn, vnde vnsere Mölen vnd vnsere Juden darsülvenst engesetzet hadden" . . . „doch so süllen diesülven vnsere Juden in der Marcke, wanne wir dan von en eischen" — —?

[47]) Urkundenbuch, S. 156, Codex Abtlg. I., Bd. 23, S. 97.

[48]) Urkundenbuch, S. 167, Codex Abtlg. I, Bd. 12, S. 501; Berliner Chronik, S. 113.

[49]) Berliner Stadtbuch, S. 20; Fidicin Beiträge I, S. 28.

[50]) K. F. Klöden, Erläuterungen einiger Abschnitte des alten Berlinischen Stadtbuches, Berlin 1838, II., S. 8.

[51]) C. F. Pauli, Allgem. preuß. Staatsgeschichte, I., Halle 1760/69 S. 539; Chronicon Magdeburgense, herausg. v. Meibom, II., S. 341.

[51a]) Codex, Abtlg. III., Bd. 1, S. 240.

[52]) L. Götze, Urkundl. Geschichte d. Stadt Stendal, Stendal 1873, S. 207; W. Zahn, Geschichte der Altmark, Stendal 1891, S. 32.

[53]) Codex Abtlg. II, Bd. IV., S. 287.

[54]) Schriften des Vereins für die Geschichte d. St. Berlin, Heft 21, Seite 5, 1884; Monatsschr. für Gesch. und Wissensch. d. Judentums, 49. Jahrgg., Heft 5—6, A. Ackermann, S. 168 ff.; Landsberger, Monatsschr. für Gesch. u. Wissensch. d. Judent., 1882, S. 34 ff.; Codex, Abtlg. I, Bd. 16, S. 247, Kurfürst Friedrich II. schreibt u. a. „. . . wie wol wir vor etlicher zyt die Joden In unsern landen fangen und wegk tryben liessen . . ."; Codex, Abtlg. I, Bd. 16, S. 253; P. W. Gercken, Ausführl. Stiftshistorie von Brandenburg, Braunschw 1766, S. 233: Bischof Stephan Bödecker v. Brandenburg in seinem Commentario ad Decalogum Praecepto III cap III A. D. MCDXLVI Sabbatho IV temporum quo cantatur veni et ostende, omnes Judaei, in Marchia Brandenburg capti sunt, omnibus bonis suis spoliati sunt et incarcerati. Male ergo faciunt principes, qui Judeos ex cupiditate inauditos et sine justa causa rebus suis spoliant et trucidant seu ad carceres ponunt, et si bona quibus sic spoliantur sunt acquisita per usuram, principes tenentor ad restitutionem; G. Steinhausen, Gesch. der deutschen Kultur, Leipzig 1904, S. 442.

[55]) Ein Teil dieses Bürgerbuches — allerdings nur einige Seiten — abgedruckt bei Fidicin, Beitr., III, S. 169.

[56]) Fidicin, Beiträge, III, S. 168.

[57]) Manuskript des Bürgerbuchs von Berlin im Berliner Magistratsarchiv; im handschriftl. Bürgerbuch von Cöln sind keine Juden aufgeführt.

[58]) Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven, Leipzig, 1878 ff., Bd. 58; F. Priebatsch, Polit. Korresp. d. Kurfürst. Albrecht, Achill., Th. 1, S. 307: „Das Brandenburg landt wird Judenart an sich nehmen, beide under Christen und Juden werden das goldt für Gott ehren", weißsagg. d. Joh. Liechtenberger um 1480, zit. nach Gengler, Cod. jur. municip. Germ., I, 50.

[59]) F. Holtze's Einleitung zu P. Creusings märk. Fürstenchronik, 1886

[60]) Zimmermann's Versuch, a. a. O., S. 334.

[61]) Priebatsch, Der märkische Handel am Ausgange des Mittelalters, Berlins, 1899, S. 19.

[62]) G. W. v. Raumer, Codex diplomaticus Brandenburgensis Cont., Berlin 1831/33, Thl. 2, S. 236 ff.

[63]) Spieker, Frankfurt, a. a. O., S. 17; F. Priebatsch, Die Hohenzollern u. die Städte d. Mark i. 15. Jahrhdt., Berlin 1892, S. 189, der auf die wirtschaftl. Motive der Verfolgg. hinweist; Mitteilg. des Vereins f. d. Geschichte Berlins, 1884, S. 64.

[64]) F. Holtze, Strafverfahren gegen die märkischen Juden 1510, Berlin 1884, S. 29, 31, 32, 39.

[65]) ibid. Man wollte die Berliner Judenschaft damals vernichten und mußte nach Holtze, dem besten Kenner dieses Prozesses, „Verbrechen ersinnen, um überhaupt strafen zu können"; J. M. Jost, Geschichte d. Israeliten, Berlin 1820—29, Bd. VII, S. 293 ff.

[66]) Eine außerordentlich interessante Broschüre in der Preußischen Staatsbibliothek mit Holzschnitten: Ditzs ist der warhafftig Sumari us der gerichts hendel vnnd process der gehalten ist vorden vff manchfaldig Judicia aussag vnd bekentnus eines Pawl From gnant der das hochwirdig Sacrament sambt einer monstrantzien ausz der kyrchen zu Knobloch gestolen. Und auch der begangen hendell der Jüden die ir thetliche hennde an das aller heiligst hochwirdigst Sacrament Unnd vil vnschuldige christliche kinder toestiglich geleget, vnnd im zehende Jar zu Berleinn gerechtfertigt sein wordenn. — Gedruckt zu Frankfurt an der Oder durch Johannem Hanaw im iar tausent funfhundert vnd im eylfte Sonabent vor vnser lieben frawen liechtmeß; Daniel Behr. — Vergl. ibid: „Deshalb hat der loblich Churfürst zu Brädenburg solche vbelteht in seiner gnaden landen: so viel möglich zu uerhuten alle jude der marck vnnd alle seiner Churfürstlichen gnaden herschafft verweysen vnnd durch irn judischen eyd versweren; etc. Vergl. auch Druckschrift aus dem Jahre 1510 (sämtl. zit. bei Holtze) ein von mehreren Chronisten des 18. Jahrhunderts zitiertes Buch eines Probstes Trebellius: „Pyra Marchitica, de perfidia Judaeorum Berlin crematorum" ist verschollen. Das Auskunftsbüro der deutschen Bibliotheken forschte vergeblich nach dem Buche (vielleicht ist es in der Vatikansbibliothek zu Rom?).

[67]) Andreas Angelus, Annales Marchiae Brandenburgicae, S. 269 ff.; Wedekind, Gesch. d. Neum. Brandenbg., S. 302; Holtze, a. a. O.

[68]) Codex, Abtlg. 4, S. 83; J. Schmid, Annales Berolinenses, Berlin 1736, S. 12; Streckfuß, Berlin 1864, Bd. 1, S. 150; Volkstüml. Geschichte d. Juden v. H. Graetz, Bd. III, S. 161; Wilken, Berlin 1820, S. 96; Mitteilungen d. Ver. f. Gesch. Berlins, 1909, S. 51.

[69]) W. Pierson, Preuß. Gesch., Berlin 1881/89, I, S. 64.

[70]) Holtze, a. a. O., S. 42.

[71]) Berl. Chronik, S. 217; E. G. Bardey, Geschichte von Nauen und Osthavelland, Rathenow 1892, S. 520; A. Braß, Chronik v. Berlin, 1843, S. 44 f.

[72]) Ph. W. Gercken, Cod. dipl. Brand., Stendal 1775, V, S. 129; Codex, Abtlg. 3, Band III, S. 206.

[73]) Erwähnte Broschüre aus dem Jahre 1511.

[74]) Zeitschr. f. preuß. Gesch. u. Landeskunde, 16. Jahrgang, 1879, S. 455; Spieker, Frankfurt, a. a. O., S. 153 ff.; Mathis, jurist. Monatsschrift, VIII, S. 70 u. 71.

[75]) Monatsschr. f. Gesch. u. Wiss. d. J., Bd. 49, 5/6, 1905, S. 296; A. Ackermann, Münzmeister Lippold, Frankfurt 1910, S. 4; L. Feilchenfeld, Rabbi Josel v. Rosheim, S. 126, 180 ff.; Breßlau, i. Ztschr. f. Gesch. d. J. i. D., V, 316/317; Revue des études juives, XVI, S. 92/99.

[76]) Zimmermann, Versuch, a. a. O., S. 209; die Juden zahlen damals 400 Gulden Schutzgeld und liefern 3000 Mark fein Silber zu d. Stendaler u. Berliner Münzen (Krünitz, a. a. O., S. 339).

[77]) A. Ackermann, a. a. O., Zeitschrift für Wissenschaft u. Leb., V, her. v. L. Geiger, S. 23 ff.

[78]) E. Friedländer, i. d. Allgem. deutsche Biographie, XVIII, S. 737.

[79]) B. Heßlein, Berlins berühmte und berüchtigte Häuser, Berlin 1881, I, S. 520.

[80]) Geh. Staatsarchiv: Urkunde Nr. 104 v. 22. Januar 1556, in der Kurfürst Joachim Lippold zum Aufseher über die Münze und die zur Silberlieferung verpflichteten Juden ernennt. (Repert. II, Märk. Ortsch., S. 112); O. Hintze, Histor. u. pol. Aufsätze, Bd. II, S. 55.

[81]) Ackermann, a. a. O., S. 11.

[82]) Geh. Staatsarchiv: Urkunden Repert. Vol. II Märk. Ortsch., S. 112, Urk. Nr. 108, die Namen sind Leipoldt, Judel, Pinkiß, Lipman Joseiff, Michel, Jessel, Mencke, Pummue, Tobiaß Musse. Die Urkunde ist auch abgedruckt im Anhang bei Ackermann, a. a. O., lc.

[83]) Gallus, Mk. Brandenbg., III, S. 125.

[84]) C. F. Pauli, Allgem. preuß. Staatsgesch., III, S. 218.

[85]) Hafftitius, Microcronicon marchicum, S. 128; Codex. Abtlg. IV, Schrift, Hft. 32, S. 45; Pauli, a. a. O., III, ibid.

[86]) Pauli, a. a. O., S. 218.

[87]) Moeßen, Gesch. d. Wissensch., S. 514.

[88]) Alle Urkunden über Lippold hat Ackermann in der wertvollen Spezialuntersuchung „Münzmeister Lippold", ein Beitrag z. Kult.- u. Sittengesch. d. Mittelalt., Frankfurt a. M. 1910, zusammengestellt.

[89]) Gallus, a. a. O., III, S. 79.

[90]) Spieker S. 159; Pauli, a. a. O., S. 192, bezeichnet ihn irrt. als Arzt.

[91]) König, Annalen, S. 70, seine Rechnungsbücher im Geh. Staatsarchiv, R. 21: 202 B. B., Nr. 465.

[92]) Ackermann, a. a. O., S. 70; Moeßen, a. a. O., S. 516 ff.

[93]) Geppert, Chronik, I, S. 71.

[94]) Leutinger, Opera omnia, Frkft. 1749, I, S. 646; G. Gropius, Beiträge zur Geschichte Berlins, S. 39.

[95]) „Der Bär". Blätter für Vaterländ. Geschichte, V, S. 276; S. C. Wagener, Chronik von Rathenow, Berlin 1803, S. 160.

[96]) Moeßen, a. a. O., S. 515, 516 ff.

[97]) F. Holtze, Lampert Distelmeier, kurbrandenburg. Kanzler, Berlin 1895, S. 45.

[98]) Ähnliche Fälle bei A. Angelus, Annales Marchiae Brandenburgicae, Frankfurt a. O. 1598, S. 281; I. Chr. Dreyhaupt, Pagus Neletici et Nudzici, Halle 1749—50, I, S. 190, II, S. 513, 52.

[99]) Vergl. Gerken, Cod. dipl. Brand., T. V, a. a. O., S. 129; Gallus, a. a. O., III, S. 128; Wedekind, a. a. O., S. 358; Levthinger, a. a. O., S. 650 ff.;

C. F. Pauli, III, S. 220; Codex, Abtlg. 4, S. 303; Pauli Creusingii Cronicon in Schriften, Hft. 23, S. 179; Schriften, Hft. 1, 1865, S. 6 und 8; Chronicon Berolinense, 1307—1699, abgedruckt in Schriften, Hft. 4, S. 24; Moeßen, a. a. O., S. 514 ff. Cernitius, J. Decem e familia burggraviorum Nurnbergensium, Berlin 1628, a. a. O., S. 71; Mullerus, Fr. Practica civilis marchica rerum forensium, Berlin & Frankfurt 1678, XXIII, Nr. 8, vergl. d. handschriftl. Landtagsrecesse, Geh. Staatsarchiv, 1550 ff.

[100]) F. Knuth, Chronik v. Gransee, Berl. 1840, S. 26; J. P. v. Gundling, Auszug Chur. Brandenbg. Geschichten, Berlin 1722, I, S. 12.

[101]) Otto Stobbe, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters, Braunschw. 1866, S. 200.

[102]) K. D. Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters, 1827, Bd. 2, S. 64.

[103]) Gercken, Cod. dipl. Brand. 1771, Tom III, S. 230.

[104]) F. W. A. Bratring, a. a. O., Bd. I, S. 32.

[105]) I. L. Dilschmann, a. a. O., S. 104; Zech u. Günther, Geschichtl. Beschreibung d. Stadt Spandau, 1847, S. 105; Histor.-polit.-militär. Beiträge, 3. Th., 2. Bd., S. 424; D. F. Schulze, Zur Beschreibung u. Geschichte von Spandow, her. v. O. Recke, Spandau 1913, Band 1, Seite 555.

[106]) O. Kuntzemüller, Urkundl. Gesch. d. Stadt Spandau, 1881, S. 393.

[107]) Codex, Abt. I, Bd. 11, S. 25.

[108]) A. Krüger, Chronik d. Stadt Spandau, Spand. 1867, S. 45; Codex, Abtlg. I, Bd. 11, S. 28; Histor. Beyträge, Berl. 1784, III. S. 456.

[109]) Zech u. Günther, a. a. O., S. 105; der Kiewer wird 1428 noch in d. Kämmereirechng. erwähnt(abgeleitet von dem hebräischen Worte Kever = Grab).

[110]) In der Urkunde nennt der Fürst auffallenderweise die Spandauer Juden die „jure civili mansionem facientes Judeos", G. Sello „Bär", V, S. 35. — 1342 haben die Juden in Spandau eine eigene Judenschule, einen eigenen Hof und einen eigenen Schul-Klepper (Ritual-Beamter, der die Juden zum Morgengottesdienst herausklopft).

[111]) Kuntzemüller, S. 393; Dilschmann, S. 105 (1342); nach Codex, I, Bd. 11, S. 309, a. 26. Nov. 1349.

[112]) Codex, I, Bd. 11, S. 50, nach d. Copialbuch, M. Ludwig I. betr. die Vogteien, Berlin, Nr. 74, vergl. Histor. Beytr., a. a. O., 3. Th., 2. Bd., 3. Abschnitt, S. 377; ibid „es war also dieser Jude ein würklicher Vasall des Marggrafen" usw. — Noch 1387 wird in den Spandauer Kämmereirechnungen der „turris Judaeorum" erwähnt (O. Recke, a. a. O.); D. F. Schulze, a. a. O., Band II, S. 9.

[113]) Codex, I, Bd. 11, S. 118, zit. nach d. Churmärk. Lehnscopialbuch, XXV, 287, über die Judenverfolgung in Spandau 1349 vergl. Salfeld, Martyriologium, S. 247.

[114]) Codex, Abtlg. I, Bd. 11, S. 120 (Lehnscopialbuch, XXVII, 42); O. Recke, a. a. O.

[115]) Kuntzemüller, a. a. O., S. 393; Spandauer Stadtbücher, Codex, I, Bd. 11, S. 514; Krüger, Spandau, a. a. O., S. 176.

[116]) Kuntzemüller, S. 393. Über das Auffinden alter Steine mit hebräischen Inschriften i. d. Stadtmauer; D. F. Schulze, a. a. O.

[117]) Codex, I, Bd. 7, S. 291 u. 308.

[118]) E. G. Bardey, Gesch. von Nauen, Rathenow 1892, S. 14 ff. u. S. 322.
[119]) G. W. v. Raumer, Cod. dipl. Brand. Cont., Teil II, S. 236.
[120]) Bardey, a. a. O.
[121]) ibid. S. 323.
[122]) König, Annalen, S. 16, irrtüml. Jahreszahl 1243; S. Lentz, Diplomat. Stiftshistorie v. Brandbg., Halle 1750, S. 30; Belitzische Geschichte. Th. V, B. III, § 9, und Th. IX, c. 3, § 2, und Th. IV, B. II; Bekmann, a. a. O., S. 187; C. Schneider, Chronik der Stadt Beelitz, 1888, S. 8.
[123]) A. Angelus, Annales, S. 101; Breviarium Historicum des M. Hinricus Sebaldus, Wittenberg 1655, S. 616; Schwebel, a. a. O., S. 218; Codex, I. Bd. 9, S. 470; A. F. Riedel, Die Mark Brandenburg 1250, I, 1831, S. 253; Die Beschreibung einer Judenhinrichtung bei Moeßen, a. a. O., II, S. 511; A. Giertz, Bausteine zu einer Geschichte des Barnim Petershagen, 1901/5, Band 1, S. 48.
[124]) Creusingii Cronicon, S. 83, i. d. Schriften, Hft. 23; Landeskunde d. Provinz Brandenburg, Bd. II, a. a. O.
[125]) Bekmann, a. a. O., I, S. 193.
[126]) Vergl. Buchholtz, Versuch einer Gesch. d. Churmark Brandenbg. Berlin 1765/75, III, S. 320; Schwebel, a. a. O., S. 218; Bernoulli, Sammlung kurzer Reisebeschreibungen, Leipzig 1780, Bd. 6 u. 7; C. F. Pauli, Preuß. Staatsgeschichte, III, S. 314.
[127]) A. Ackermann, Geschichte d. Jud. i. Brandenbg., Berlin 1906, S. 5; Gercken, Cod. dipl., III, S. 231, Anm.
[128]) Ibid. (Akten d. Brandenburger Stadtarchivs).
[129]) Codex, Abtlg. I, Bd. 9, S. 11.
[130]) Spangenberg, Hof- u. Centralverwaltg. der Mark Brandenburg im Mittelalter, Leipzig 1908, S. 185.
[131]) Lentz, Brandenbg. u. andere i. d. märk. Hist. einschlag. Urk., S. 929.
[132]) Ackermann, a. a. O., S. 9.
[133]) Codex, I, Bd. 9, S. 20; Bekmann, a. a. O., I, S. 188.
[134]) Ackermann, S. 13.
[135]) Codex, I, Bd. 9, S. 19 (Brandenbg. Stiftscopialbuch, Ackermann, a. a. O.), Bekmann, a. a. O., I, S. 188.
[136]) Ackermann, S. 14.
[137]) ibid.
[138]) Codex, I, Bd. 9, S. 20; Buchholz, a. a. O., V. 39, Bekmann, S. 189.
[139]) Codex, I, Bd. 9, S. 33; O. Tschirch, Bilder aus d. Geschichte der Stadt Brandenburg, 1912, S. 45.
[140]) Ackermann, S. 21.
[141]) Codex, I, Bd. 8, S. 298; Ackermann, ibid.
[142]) Ackermann, S. 22.
[143]) Codex, Abtlg. I, Bd. 9, S. 132.
[144]) schirstkommende = „nächstkommendes", vergl. Schiller-Lübben: Mittelniederdeutsches Wörterbuch, IV, S. 103.
[145]) Codex, I, Bd. 9, S. 177 und 194.
[146]) Ackermann, S. 30 (Urkunden und Akten aus dem Brandenburger Ratsarchiv).
[147]) G. W. v. Raumer, Cod. dipl. Brand. Cont., II, S. 236.

[148]) Ackermann, a. a. O., S. 34; Gerckens, Cod. dipl. Brand., V, S. 129.

[148a]) F. Krüner, Wissensch. Beilage zum Jahresbericht des Falkreal-gymnasiums, Berlin 1897.

[149]) Codex, Abtlg. I, Bd. 23, S. 6.

[150]) Spieker, Frankfurt, S. 15.

[151]) E. Philippi, Geschichte d. Stadt Frankfurt a. O., Frkft. 1865, S. 3.

[152]) Spieker, a. a. O., „Also 41 Jahre nach der neuen Fundation ist in Frankfurt eine so zahlreiche Judenschaft, oder doch ein so lebhafter Verkehr mit ders. vorhanden, daß 10 Schlächter wöchl. 50 Stück Vieh sch'achten können. Wie viel mögen außerdem die Fleischhauer geschlachtet haben. Die Urkunde schränkt dabei die jüd. Schlächterei ein und erwähnt, daß schon vor einiger Zeit über die Streitigkeit derselben mit den Schlächtern Verhandlungen stattgefunden hätten. Auf welche Bevölkerung läßt dies schließen und wie ausgebildet mußte das Gemeinwesen sein!"

[153]) W. Jobst, Kurtze Beschreibg. der alten löbl. Stadt Francfurt a. O., Frkft. 1561, S. 30; der Judenfriedhof in Frankfurt a. O. ist einer der ältesten Begräbnisplätze der ganzen Provinz überhaupt, urkundl. 1399 erwähnt. (Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, Band VI, Teil 2, Stadt Frkft. a. O., Berlin 1912, S. 252 und S. 12); S. W. Wohlbrück, Geschichte des ehemaligen Bisthums Lebus, Bd. III, 1832, S. 24, S. 37.

[154]) Spieker, a. a. O., S. 16.

[155]) Erwähnte Urkunde: Die 10 jüd. Schl., die namentlich aufgeführt werden, wohnen sämtl. bei Wirten, nicht in eig. Häusern, Spieker a. a. O.

[156]) Spieker, a. a. O.

[157]) Geh. Staatsarchiv, Urkunde Nr. 108, lc.

[158]) Spieker, a. a. O., S. 17.

[159]) Ibid. S. 154.

[160]) Ibid. S. 17; C. F. Pauli, Preuß. Staatsgeschichte, a. a. O., III, S. 220.

[161]) C. Ch. Heffter, Urkundl. Chronik der alten Kreisstadt Jüterbock, Jüterbock 1851, S. 118. „Überdies", heißt es in der Urkunde, „ist von uns besagten Bürgern nachgegeben worden, daß sie den Markt, welchen sie bisher am Sonnabend zu halten pflegten, künftig auf den Mittwoch verlegen und da mit unserer Erlaubnis abhalten."

[162]) a. a. O., S. 121.

[163]) Heffter, a. a. O. S. 235 und S. 243.

[164]) Ibid. S. 244.

[165]) J. J. Bellermann, Neustadt-Eberswalde, Berlin 1829, S. 149.

[166]) I. W. Kunger, Chronik v. Neustadt-Eberswalde, 1842, S. 87.

[167]) Codex. Abtlg. I, Bd. 20, S. 142/148; Bekmann, a. a. O., I, S. 189; Falckenstein, a. a. O., I, 519, II, S. 316; G. F. G. Goltz, Diplomat Chronik der Immediatstadt Müncheberg, 1842, S. 25; Gercken, verm. Abhandlgn., Th. I, S. 165, Beckmann, Th. I, S. 189 u. Müncheberg'sche Geschichte, S. IX. In d. Müncheberg. Urkunde v. 1353 werden die Juden fideles nostre camere servos genannt; Zimmermann, Städteverfassg., I, S. 331.

[168]) Codex, Abtlg. I, Bd. 11, S. 231; Gercken, Cod. dipl., V, S. 534.

[169]) Codex, I, Bd. 9, S. 376; C. N. Pischon, Urkundl. Geschichte der kurmärk. Stadt Treuenbrietzen, 1871, S. 30 ff.

[170]) Codex, Abtlg. I, Bd. 7, S. 424; S. C. Wagener, Denkwürdigkeiten der churmärk. Stadt. Rathenow, 1803, S. 158.

[171]) Geh. Staatsarchiv, Urkunde Nr. 108, lc.

[172]) Codex, Abtlg. I, Bd. 12, S. 72; B. Seiffert, Urkunden und Nachrichten zur Gesch. der Stadt Str., 1890, S. 15.

[173]) Codex, I, Bd. 12, S. 91.

[174]) G. Sello, Potsdam & Sans-Souci, Breslau 1888, S. 91; R. Kaelter, Geschichte d. jüd. Gemeinde i. Potsdam, Potsdam 1903, bringt keine Nachrichten über Juden im Mittelalter.

[175]) Markgräfl.-Brandenburg. Urkunden, lc. S. 149; Bekmann, a. a. O., V. 1, S. 204, über Bedeutung Stendals als Handelsplatz; H. Bächtold, Der norddeutsche Handel i. 12. u. beginnenden 13. Jahrhdt., Berlin 1910, S. 178 ff.

[176]) G. Sello, „Bär", V, S. 35; Schwebel, a. a. O., S. 217; L. Götze, Gesch. d. St. Stendal, 1873, S. 65; Codex, I, Bd. 15, S. 44. Original im Stendaler Ratsarchiv, Nr. 31; eine der interessantesten und humansten märk. Judenordnungen des Mittelalters: „Nos Otto et Conradus, Dei gracia Marchiones Brandenburgenses et de Landesberg, Recognoscimus presencium per tenorem publice protestantes, quod dilectis nostris consulibus atque Burgensibus universis civitatis Stendale commisimus atque dedimus in mandatis volentes, ut Judeis nunc civitatem Stendale inhabitantibus futuris temporibus inhabitandis suas patentes literas conferant, in hunc modum, videlicet: quod dicti Judei communi jure gaudeant civitatis, et a dictis consulibus tanquam Burgenses eorum proprii teneantur et quod nullus Judeus dictam nostram civitatem Stendale inhabitet, et jure simili potiatur, nisi substantia suarum rerum se extendat ad summam decem marcarum, et quod quivis Judeus nobis de sua marca unum lotonem annis singulis dare duobus in terminis anni divisim, videlicet in festo sancte Walburgis dimidium lotonem et in festo beati Martini dimidium lotonem perpetuo teneatur. Item cum Judeus aliquis causabitur, et justitia persecutus usque ad juramentum publice faciendum, et hoc quidem ante scolas faciet Judeorum lingua theutonica, ita quod christiani universi suum intelligant juramentum. Volumus eciam hoc mandantes, ut nullus judeorum simul compromittendo aut statuendo ullum jus faciat aut dictare presumat super pecunia mutuanda vel mutuo concedenda, sed quilibet Judeus suam pecuniam mutuo dabit, secundum quod videbitur sibi convenire. Quicunque autem in hujusmodi reus poterit approbari, summa decem marcarum procul dubio emendabit, quarum dimidietatem nos recipere tenebimur, et alteram dimidietatem recipiet nostra civitas jam predicta. Preterea memoratis consulibus nostris dedimus in mandatis, ut pueris Oemes Judei suas patentes literas conferant speciales, videlicet quod jure et libertate congaudeant, et similiter protegantur, utpote Burgenses Stendale universi, pro quibus prefati pueri annis singulis nobis dabunt quatuor marcas, videlicet duobus in antea terminis jam premissis nec per nos amplius gravabuntur. Commisimus quidem nostris consulibus sepe dictis strictius injungentes, ut si judeis Stendale commorantibus per nostros advocatos aut officiales violencia fieret aliqualis, quod tamen non credimus ullo modo, quatinus hoc defendere debeant, et tanquam suos proprios concives tueri cujuslibet ab insultu. Sed quum in dicta civitate nostra Stendale habere Judeos decrevimus et tueri, supradictis consulibus precepimus et

mandavimus similiter hoc servare, pro quo volumus, vt quando Burgenses Stendalienses consagittationem congregare contigerit civitas, quevis familia Judeorum unum solidum de mensa teneatur persolvere civitati. In hujus siquidem donationis et libertatis evidenciam presentem literam dari jussimus conscriptam et sigillorum nostrorum appensionibus communitam in sufficiens argumentum. Actum et Datum Anno Domini M°. CC°. XCVII°. in die sancti Ambrosii, presentibus nostris consiliariis atque militibus, Domino Johanne de Oldenvlete, Domino Henrico de Stegeliz, Domino Johanne de Blankenborch, Domino Zabelo de Bardeleue, Domino Johanne de Jagowe Advocato de Ratenowe, Domino Tzuliz, atque Domino Ludekino fratre suo et pluribus fide dignis.

[177]) Codex Abt. I, Bd. 15, S. 108:

[178]) Götze a. a. O., S. 148, Codex I, Bd. 15, S. 140, Zeile 21.

[179]) Götze a. a. O., S. 156; Freyberg, Geschichte des Herzogs Ludwig v. Brandenbg. a. a. O. S. 152; Gercken, Dipl. vet. Marchiae, I., S. 102.

[180]) Markgräfl.-Brandenburg. Urkunden, S. 331, Codex I., Bd. 15, S. 153: „Ock günnen wi vnsen Ratmannen in vnser Stat tu Stendal, dat sie in vnser Stad tu Stendal Joden nemen mögen tu beschermen vnd tu vertedighen lik andern vnsern Borgern, wenn sie willen, vnd dat en scol vns an vnsen Renten, die wie alle jar von den joden plegen tu hebben, nicht hindern. Vnd al Geschichte, die vor disser tyd mit den joden geschen sin, die scolen altumale dot sin vnd scolen vorhat mer vngevordert vnd vngericht bliven." (Original im Stendaler Ratsarchiv Nr. 111; vergl. Codex a. a. O.).

[181]) Codex I, Bd. 16, S. 247 ff.; Priebatsch a. a. O. S. 95 ff. und Landsberger, Geschichte der Juden in Stendal (Monatsschr. f. Gesch. u. Wissenschaft d. Judentums, Jahrgang 1882) S. 34 f., Codex ibid S. 252, 255.

[182]) Ibid. S. 254, A. F. Riedel, Mark Brandenburg im Jahre 1250, T. 2, S. 14: 1475 wird in einem Schoßregister v. Stendal eine „Judeorum Platea" erwähnt.

[183]) Codex I., Bd. 25, S. 441; Codex dipl. Brand. Cont. v. Raumer II, Seite 86.

[184]) Ibid. S. 236.

[185]) G. Staatsarch., Urkunde Nr. 108.

[186]) A. W. Pohlmann, Geschichte d. Stadt Salzwedel, Halle 1811, S. 282; Codex, I., Bd. 14, S. 87; vergl. Bekmann, Beschr. a. a. O., V., S. 28; Ludewig, Reliqu. VII, 114.

[187]) Pohlmann, a. a. O.

[188]) Codex, I., Bd. 14, S. 94.

[189]) Pohlmann, S. 283; P. W. Gercken, Diplomataria vet. March. Br., I., Salzwedel 1765, S. 324; Codex, a. a. O., Zahn, Altmark, a. a. O., S. 28.

[190]) Codex, I., Bd. 14, S. 114; Gerkens Dipl., I., 333; Pohlmann a. a. O.

[190a]) Codex, Abt. I., Bd. 14, S. 205.

[191]) Markgr. Brand. Urkund., S. 359.

[192]) Codex, I., Bd. 14, S. 314.

[193]) Pohlmann, S. 147.

[194]) Cod. dipl. Brand., II., S. 236.

[195]) St. Arch. lc. Urkunde Nr. 108.

[196]) Codex, I., Bd. 6, S. 98 ff.; Raumer, Cod. Cont., a. a. O., in Gardel. wird 1564 eine Familie aufgenommen. Urkunde Nr. 108.

[197]) Codex, I., Bd. 16, S. 146 u. 132 u. 81; Raumer, a. a. O.; G. Arch. 108; 1564 werden 3 Fam. i. Tang. aufgenommen; Geh. Staatsarchiv, R. 78, 25; Kopialbuch Joachims I., S. 15.

[198]) Codex, I., Bd. 16, S. 81, 82, 84; Salfeld, a. a. O., Martyriologium, S. 247; Codex, I., Bd. 25, S. 69.

[199]) Codex, I., Bd. 1, S. 62.

[200]) A. Zoellner, Chronik d. Stadt Havelberg, H. 1894, Bd. 1, S. 24; Gercken, Fragm. march., T. IV, S. 102, lc.

[201]) Codex, I, Bd. 1, S. 62.

[202]) Codex, I, Bd. 1, S. 64.

[203]) Codex, I, Bd. 3, S. 285.

[204]) Raumer, a. a. O., Cod. Cont.

[205]) Codex, I, Bd. 1, S. 75 u. 146.

[206]) Codex, I, Bd. 3, S. 377 und Bd. 1, S. 76.

[207]) Codex, I., Bd. 3, S. 381 (Copialbuch d. Perleb. Oberpfarr registrat.), vergl. d. Abergl. „Der Rat fürchtet, daß die Juden sämtliche Christen vernichten würden oder daß ihre bloße Anwesenheit den Christen schon zum Unheil gereichen könnte."

[208]) Götze, Stendal, S. 148.

[209]) Spieker, Frankfurt, S. 16.

[210]) Götze, Stendal, S. 34.

[211]) Codex, I, Bd. 25, S. 69; Götze, Stendal, S. 207; 1446.

[212]) Cod. dipl. Cont., a. a. O.

[213]) Cod. I, Bd. 2, S. 17; vgl. Gercken, Fragm. march., T. IV, p. 100.

[214]) Codex, I, Bd. 2, S. 27.

[215]) Eilers Chronicon Beltizense, a. a. O., S. 410 Schäfers brand. Kirch.- u. Reformat.-Gesch.

[216]) G. Bittkau, Ältere Geschichte der Stadt Neuruppin, 1887, S. 9.

[217]) Codex, Abt. I, Bd. 4, S. 287; Riedel, Diplomat. Beiträge, Berlin 1833, S. 305.

[218]) Bittkau, a. a. O.

[219]) Codex, Abt. 1, Bd. 4, S. 221.

[220]) Codex ibid, Riedel, diplom. Beitr. a. a. O., S. 317 ff.

[221]) Bittkau, a. a. O., S. 74; 25. Juli 1564 waren 2 Familien Ruben und Elias i. Neu-Ruppin aufgenommen worden. Urkunde 108 lc. über Judenbäder deutscher Städte im Mittelalter siehe Berliner „Aus dem Leben der deutsch. Juden im Mittelalter", Berlin 1900, S. 34 ff. Hier handelt es sich jedenfalls um das rituelle Bad (Mikwah), das fast in jeder Judenansiedlung zu finden war.

[222]) Knuth, Gransee, S. 16 u. 18.

[223]) J. S. Seckt, Versuch einer Geschichte der uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau, 1786, S. 34; Beckmanns Topographie der Mark Brandenburg, S. 190; Gercken, Cod. dipl., V, S. 512.

[224]) Codex, I, Bd. 21, S. 168.

[225]) Codex, I, Bd. 21, S. 173.

[226]) Codex, I, Bd. 21, S. 172.

[227]) Seckt, Prenzlau, a. a. O., S. 120.

[228]) Codex, I, Bd. 21, S. 182.

[229]) Codex, I, Bd. 21, S. 265 u. 338; E. Dobbert, Geschichte von Prenzlau, 1914, S. 26; Über die Geschichte der Prenzlauer Juden im Mittelalter, Mitteilg. d. Vereins f. d. Geschichte Berlins, 1898, S. 109.

[230]) Codex, I, Bd. 13, S. 108.

[231]) Kletke, Regesta, a. a. O., S. 151; Hausen, litterar. Beitr. z. 1. Heft der Staatskunde, S. 64.

[232]) Kletke ibid., S. 155; Gercken, Cod. P. 3, p. 230—32; Codex, I, Bd. 24, S. 32 u. 35; Philippi, das Regal des Judenschutzes in der Neumark und Lausitz während der Jahre 1324—1415, S. 11.

[233]) G. Sello, Markgr. Ludw. d. Aelt. Neumärk. Judenprivileg vom 9. Sept. 1344, „Bär", V., 1879 ff.

[234]) Codex, I, Bd. 24, S. 48; Kletke, Regesta, S. 190; Klöden, Gesch. d. Markgr. Waldemar, Berlin 1844/45, Bd. 3, S. 358.

[235]) Cod., I, Bd. 24, S. 50; Kletke, Regesta, S. 199; Klöden, Waldemar, Bd. III, Urkundensamlg., S. 514, S. 425, Nr. 51.

[236]) Kletke, Regesta, Bd. 2, S. 101.

[237]) Kletke, Regesta, S. 220; Kehrberg, Königsberg 1714, I., S. 129 (II., S. 62); 1724, I., S. 241 (II., S. 79); König, Annalen, S. 37; Klöden, Waldemar, Bd. 4, S. 84; Codex, I, Bd. 19, S. 223; G. L. Neumann, Versuch einer Geschichte d. Stadt Königsberg i. d. N., Berlin 1824, S. 59; Philippi, a. a. O., S. 12; C. Treu, Gesch. d. Stadt Friedeberg i. d. N., 1865, S. 80; Kehrberg (Gesch. v. K., 3. Aufl., 1725, S. 241), vermutet, daß die Verbrennung infolge der Pest stattfand; Zimmermann, Versuch, S. 336; Angelus, a. a. O., S. 157; Gallus, a. a. O., Bd. 1, S. 310.

Die im Codex abgedruckte Urkunde befindet sich im Original im Königsberger Stadtarchiv, Nr. 60: „Coram cunctis cristifidelibus presencia percepturis Ego johannes, dictus de wedel, advocatus incliti principis domini Lodewici, marchionis brandenburgensis, publice profiteor et recognosco, quod nomine domini mei marchionis Ciuitatem koningesbergh visitavi et intravi et ex parte domini marchionis, consulibus eiusdem Ciuitatis in adjutricium michi assumptis, judeos inibi morantes igne cremavi bonaque omnia eorundem iudeorum ex parte domini mei michi totaliter vsurpaui et assumpsi. In cuius testimonium presentibus meum sigillum appendi. Datum anno domini M°. CCC°. LI°., in vigilia Sancti Mathie apostoli." Johann v. Wedel scheint ein brutaler Mensch gewesen zu sein; am 13. 3. 1373 gehen Klagen über seine Gewalttätigkeiten an den Papst (Cod., I, Bd. 19, S. 258).

[238]) Kletke, Regesta I, S. 309, Codex I, Bd. 24, S. 68. Die nächsten Privilegien für die neumärkischen Juden werden 1593 und 1603 erlassen; danach dürfen sie handeln und entrichten dafür jährlich 100 Thaler, 4 Zentner Federn und 50 Thaler in die Hofrentei (König, a. a. O., S. 81 ff.).

[239]) Vergl. G. Sello, „Bär", V., a. a. O., S. 23; Zimmermann, a. a. O., (Städteverfassg.) I., S. 331.

[240]) Einl. z. d. Schrift, a. a. O., Bd. 21, S. 4.

[241]) Schrift, Heft 23, S. 5; Gercken, a. a. O., III., S. 599 und Cod. dipl., V., S. 506.

[242]) O. Stobbe, Die Juden in Deutschland, Braunschweig 1866, S. 17 ff.

[243]) ibid; zit. nach Spieß, Archival. Nebenarbeiten und Nachrichten. I., 1783, S. 127 f.: „dann so ein yeder Romischer konig oder kayser gekrönet wird, mag er den Juden allenthalben im Rich alle ir güt nemen, dazu ir leben, und sie tödten, bis auf ein anzal, der lutzel sein soll, zu einer gedechtnus zu enthalten, des hat die gemain Judischait im Reich Teutscher land freyheit behalten, das sie sulcher beswerd halben mit dem drittentail Irs guts hinfür einem yeglichen kayser zu geben verpenet sind, damit ir leib, leben und ander ir güt auf das mal zu lößen."

[244]) Berliner Urkundenbuch, S. 37; Fidicin, Beitr., II, S. 20: „ad exactionem et alias indigencias ipsorum supplendas". Die zwei diesbezügl. Urkunden (eine lateinisch, eine niederdeutsch) im Stadtarchiv (Nr. 783, Q 24) 8[1], weichen insofern voneinander ab, als die erste nur über die „gemein" Juden, welche kein eigenes Erbe in Berlin haben, verfügt, die zweite über alle Juden. Im selben Aktenfaszikel eine Wiederholung der Urkunde von 1323 (lateinisch).

[245]) Urkundenbuch, S. 125.

[246]) Fr. Holtze, Schriften, Heft 16, S. 35, a. a. O. Der Passus in der Urkunde von 1355 (zit. o.) „obligamus universos et singulos Judeos inhabitatores dicte civitatis . . ., sic quod dum primum a dilectis anunculis nostris Comitibus de Anhalt soluti et liberati fuerint, predicti Consules se de eis intromittere debebunt tam diu eos habendo omni jure et fructu quibus eos habemus et tenemus et pacifice tenendo, donec ipsos pro C marcis argenti Brandenb. et ponderis a prefatis Consulibus redimemus. Volumus etiam proinde dictos Judeos defendere et tueri in civitate et extra tanquam alios nostros Judeos, ac si eos personaliter haberemus" etc.

[247]) Berl. Chronik, S. 97.

[248]) Klöden, Stellg. d. Kaufmanns, S. 66; Stobbe, a. a. O., S. 24.

[249]) Schwebel, a. a. O., S. 217, zieml. willkürl. 1 Marc = 2070 Mk.; Codex, I, Bd. 15, S. 44.

[250]) I. C. W. Moeßen, Beschr. einer Berlin. Medaillensammlung, 2. T., Berlin 1781, S. 263.

[251]) Als 1360 der Stadt Stendal vom Markgrafen Otto erlaubt wird, Juden aufzunehmen, behält sich der Fürst ausdrücklich in der Urkunde vor: „dat en scol vns an vnsern Renten, die wie alle jar von den Juden plegen tu hebben, nicht hindern", Lentz, Marg. brand. Urkunden, S. 331.

[252]) Vergl. Schriften z. Gesch. Berlins, Hft. 21, S. 1 f.

[253]) Marg. Brand. Urkunden, Nr. LXVI, S. 149: „Volumus eciam hoc mandantes, ut nullus Judeorum .... compromittendo aut statuendo ullum jus faciat aut dictare presumat super pecunia mutuanda vel mutuo concedenda, sed quilibet Judeos suam pecuniam mutuo dabit, secundum quod videbitur sibi convenire. Quicunque autem in hujus modi reus poterit approbari, summa decem marcarum procul dubio emendabit, quarum dimideatem nos recipere tenebimur et alteram dimideatem recipiet nostra civitas jam predicta."

[254]) E. G. Bardey, Nauen, S. 14 u. 322: ex speciali gratia", „pro meliore conservatione nostre civitatis" (Codex, I, Bd. 7, S. 308 u. 291).

[255]) Codex, Abt. I, Bd. 9, S. 20.

[256]) C. Faulhaber, Über Handel u. Gewerbe d. beid. Städte Brandenburg. i. 14. u. 15. Jahrhundert, 1901, S. 31; Codex, I, Bd. 9, S. 33.

[257]) Codex, Abt. I, B. 24, S. 50.

[258]) Pischon, Treuenbrietzen, S. 30 ff.

[259]) Codex, I, Bd. 9, S. 376.

[260]) Wagener, Rathenow, S. 158.

[261]) Codex, I, Bd. 7, S. 424.

[262]) Prof. J. Chr. Bekmann's handschr. Aufzeichnungen über Reppen aus d. Jahre 1716, abschr. i. d. Bibliothek des Märk. Museums in Berlin.

[263]) Codex, Abtlg. II, Bd. 5, S. 6.

[264]) Codex, I, Bd. 13, S. 108.

[265]) Ackermann, Jud. i. Brandenbg., S. 14 u. 15. 1391 kaufen z. B. die Halleschen Bürger für 300 Schock Groschen das Nutzungsrecht an den Juden; Dreyhaupt, Pagus Neletici et Nudzici, Bd. I, Halle 1749, S. 93.

[266]) Der Kaiser behält gleichwohl Rechte an den Juden; im Jahre 1411 wird d. Burggraf Friedrich v. Kaiser noch die gewöhnl. Statt- u. Judensteuer verliehen; J. W. Rentsch, Brandenb. Cederhein, Bayreuth 1682, S. 354; — ähnl. Codex II, Bd. 3, S. 239: Der Kaiser verleiht dem Burggrafen das Recht, Reichsabgaben von Juden zu vereinnahmen.

[267]) Stobbe, a. a. O., S. 25.

[268]) Zimmermann, Versuch, S. 339.

[269]) F. Priebatsch, Die Hohenzollern und die Städte der Mark im 15. Jahrhundert, Ber lin1892, S. 21 u. 96; Codex, Abt. I, Bd. 16, S. 247 ff.

[270]) Holtzes Einl., Heft 23 der Schriften, S. 5.

[271]) Zimmermann, Versuch, S. 338.

[272]) Walter Schotte, Fürstentum und Stände in der Mark Brandenburg. Leipzig 1911. S. 104: 1503 verlangen die Städte noch auf dem Herrentag „der juden halber ist der gemein ratschlag, daß sie auf Michaelis weg sollen".

[273]) Schrift, Bd. 21, S. 3.

[274]) Zimmermann, Versuch, S. 331; Moeßen, a. a. O., S. 151.

[275]) Codex, II, Bd. 1, S. 448; Gercken, Cod. diplom., T. VI, S. 506.

[276]) Codex, I, Bd. 11, S. 28; Kuntzemüller, Spandau, S. 393.

[277]) Schriften, Hft., 16, S. 35; Fidicin, Beitr., II, S. 20; Gercken, vermischte Abhandlungen, I, S. 183.

[278]) „perhenniter ad exactionem et alias indigencias ipsorum supplendas", (Urkundenbuch, S. 37, Chronik, S. 62, Fidicin, Beitr., I, S. 55, III, S. 202. Berl. Stadtbuch, S. 42, Küster, a. a. O., Tom IV, S. 4.

[279]) Berl. Urkundenbuch, S. 29; Codex, I, Bd. 12, S. 350; Chronik, S. 54; Fidicin, Beitr., I, 56; Küster, a. a. O., S. 172.

[280]) Berl. Chronik, S. 99.

[281]) Berl. Urkundenbuch, S. 147.

[282]) Berl. Chronik, S. 107.

[283]) W. Mila, Berlin 1829, I, S. 75.

[284]) Fidicin, Beitr., III, Nr. 143, S. 238.

[285]) Codex, IV, Bd. 1, S. 240; irrtüml. dargest. b. Zimmermann, Vers., S. 337; Müller u. Küster, V, S. 131; Geppert, I, S. 18 ff.

[286]) Codex, II, Bd. 2, S. 237; Gerckens, Cod., IV, S. 506/507.

[287]) Goltz-Müncheberg, S. 25; Codex, I 20, S. 142; Bekmann, I, S. 189; Moeßen, Berl. Medaillens., II, S. 264; v. Falkenstein, Antiquitates, II, S. 316.

[288]) Moeßen, Gesch. d. Wissensch., S. 263.

[289]) I. Ziegler, Prenzlau, S. 34, „aus Dankbarkeit für Prenzlaus Treue".

[290]) Bekmann, a. a. O., I, S. 189; Prenzlau, Geschichte, C., XV, § 8; Gerken, Codex dipl., S. 39.

[291]) Codex, I, Bd. 21, S. 168.

[292]) Codex, I, 21, S. 173.

[293]) Kletke, Regesta, I, S. 347; Codex, I, Bd. 18, S. 146; v. Raumer, Neumark, S. 14.

[294]) Stobbe, a. a. O., S. 27.

[295]) P. W. Gercken, Cod. dipl. Brand. Tom III, S. 230.

[296]) Gerckens Anmerkung.

[297]) Codex, I, Bd. 16, S. 248.

[298]) Urk. v. 7. Sept. 1336 i. Berl. Urkundenb., S. 70; Fidicin, Beitr., II, S. 32, Codex, I, 20, S. 148; I, 9, S. 194; Publikationen aus dem preußischen Staatsarchiv, Bd. 59, III, S. 325.

[299]) Ibid., I, S. 307.

[300]) Codex, I, Bd. 1, S. 62.

[301]) „Ne vos in posterum molestent in aliquo denuo vel perturbent, quia volumus pensiones vestras per nullum alium preterquam per nos aut camere nostre magistrum terminari seu judicari volumus nobis reseruauimus" ibid.

[302]) Kuntzemüller, Spandau, S. 393.

[303]) Publikat. aus d. preuß. Staatsarchiven, Bd. 59; Priebatsch, a. a. O., Bd. 1, S. 290.

[304]) Ibid., S. 320, Bd. 2 (256), „Unser Judischeit hieaus hat euch ein cleinat zu schencken vorgehabt und des in euerm abschid hieher bracht, des willens, eurer lieb das bei aigner botschaft nachzuschicken, wo dem von in nicht volg geschee, laßt uns wissen, wollen wir verfugen, das euch das zubracht werden soll".

[305]) Stobbe, a. a. O., S. 25: „Also Bergwerke, Zölle und Juden auf ganz derselben Linie; die Juden erscheinen wie Bergwerke, aus denen sich nicht durch Arbeit, sondern durch Druck edle Metalle gewinnen lassen."; Lang, Histor. Entwicklung der deutschen Steuerverfassung, S. 198; Hüllmann, Finanzgeschichte, S. 171.

[306]) F. Holtze, Berliner Handelsrecht, Schriften, Hft. 16, S. 36; über den Wert der verschiedenen Münzen, E. Fidicin, Landbuch der Mark Brandenburg, Berlin 1856, Seite 337 ff.; F. A. Voßberg, Münzgeschichte der Stadt Berlin, Berlin 1869, S. 3 f.; A. Sallet, Münzkunde von Brandenburg, Berlin 1881.

[307]) Stobbe, S. 31, a. a. O.; K. F. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 1821, Bd. II, S. 335.

[308]) Stobbe, a. a. O., S. 32; Landbuch des Churfürstentums und der Mark Brandenburg, Berlin 1781, S. 16; Opferpfennig: jeder über 12 Jahre alte Jude 1 Rthlr.; Stryck, De auro coronario, Halle 1701, S. 14; Löhner, De reservatio Imperatoris, 1750, S. 23.

[309]) Moeßen, Gesch. der Wissensch., a. a. O., S. 95; vergl. Fidicin, Landbuch, S. 16; K. D. Hüllmann, Finanzgeschichte des Mittelalters, Berlin 1805, S. 172.

[310]) Spangenberg, Hof- und Zentralverwaltung, S. 211.

[311]) Spangenberg, a. a. O.

[312]) Schriften, Einl. v. Holtze, Hft. 21, S. 3.

[313]) A. Nuglisch, Das Finanzwesen unter Kaiser Siegmund in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie, III. Folge, Bd. 21, Jena 1901, S. 157; Riedel, diplomat. Beiträge, S. 317 f. Es scheint, als ob manche Gemeinden noch eine Extra-Steuer an den Kaiser zahlen mußten. So berichten einige Chronisten märkischer Städte, daß die Juden ihrer Ortschaften außer ihren sonstigen Abgaben dem Kaiser direkt noch jährlich 12 Schillinge zum Osterfest für Duldung und Schutz zu zahlen hatten.

[314]) Zimmermann, Versuch, a. a. O., S. 328.

[315]) „Die Marc", d. h. die Mark Silber, eigentlich ein Silberbarren von 233,856 g, zerfiel in 8 Unzen oder 16 Loth, 1 Marc = ca. 30 Schillinge = ca. 350 Pfennige; Emil Bahrfeld, Das Münzwesen der Mark Brandenburg, Berlin 1889, S. 4 ff.; Gerken Diplomat. vet. March I 49, A. Kotelmann, Geschichte des Geld- und Münzwesens der Mark Brandenburg, Berl. 1883, S. 23; B. Köhne, Münzwesen der Stadt Berlin, Berlin 1837, S. 17 ff.

[316]) Codex, I, Bd. 15, S. 44.

[317]) Die Juden, welche laut Schutzbriefen zur Zahlung besonderer Summen (ad speciales summas dandas) gehalten sind, müssen diese v o r der Zahlung der Gemeindesumme leisten; dabei Gemeinhaftung der Gemeinde.

[318]) Codex, I, Bd. 15, S. 88.

[319]) Spangenberg, a. a. O., S. 328; Priebatsch, pol. Korresp. Albr. Achill., Bd. I, S. 282, Anm. 1; Codex, I, Bd. 15, S. 108.

[320]) Codex, I, Bd. 14, S. 87, und Bd. 6, S. 98/99.

[321]) Spangenberg, a. a. O., S. 328.

[322]) Codex, I, Bd. 21, S. 265; Gallus, Gesch. Brandbgs., Bd. 2, S. 57.

[323]) Codex, I, Bd. 16, S. 81.

[324]) Codex, I, Bd. 16, S. 82.

[325]) ibid. Codex, S. 173.

[326]) Spangenberg, a. a. O., S. 328.

[327]) Pohlmann, Salzwedel 1811, S. 147.

[328]) Codex, dipl. Brand. Cont. v. Raumer, II, S. 236.

[329]) Spangenberg, a. a. O., S. 324.

[330]) Stobbe, a. a. O., S. 131—140, S. 249—254.

[331]) M. Hoffmann, Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters, S. 103—105; Staats- und Sozialwissenschaftl. Forschungen, Heft 152, 1910. „Die geistlichen und weltlichen Schutzherren der Juden betrachteten deren Vermögen und außenstehende Kapitalien wie etwas, worüber sie wie über ihr Eigentum nach Belieben verfügen konnten. Das Vermögen der deutschen Judenschaft war, um ein modernes Bild zu gebrauchen, wie ein großes, nicht leicht zu erschöpfendes Bankguthaben, auf welches die Kaiser und Könige, Kurfürsten, Herzöge und Grafen, die Erzbischöfe und Bischöfe, die Stadtobrigkeiten, wer nur immer den Vorteil hatte, Schutzherr einer Ju-

dengemeinde zu sein, mit oder ohne Not, mit oder ohne Recht zurückgreifen oder zugunsten anderer verfügen konnten."

[332]) Codex, I, Bd. 24, S. 50; M. Neumann, Geschichte des Wuchers in Deutschland, Halle 1865, S. 326, 336.

[333]) Hoffmann, a. a. O., S. 105 ff.

[334]) Codex, Abt. III, Bd. 2, S. 181, 183; Spangenberg, a. a. O., S. 270; Schriften, Hft. 21, a. a. O., S. 49/50.

[335]) A. Zimmermann, Gesch. d. Mark Brandenburg unter Ioachim I. u. II., Berlin 1841, S. 303.

[336]) Vergl. Mila, Berlin, S. 127.

[337]) E. L. Wedekind, Geschichte der Neumark, S. 304, gibt die Summe auf 3090 Marc an.

[338]) Gallus, Brandenburg, Bd. 3, S. 77.

[339]) G. Staatsarch., Urkunde Nr. 108 lc.

[340]) K. D. Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters, 1827, II, S. 65. — Noch Ende des 16. Jahrhunderts müssen sämtl. Juden doppelt so hohe Akzisesätze wie die einheimischen Kaufleute erlegen (Rachel, a. a. O., Seite 613).

[341]) Klöden, Stellung des Kaufmann, S. 70.

[342]) Zimmermann, Versuch, S. 328; über die Werte, Wessely, a. a. O., I, S. 23.

[343]) Moeßen, Beschr. einer Berl. Medaillensammlung, II, S. 263.

[344]) Gallus, Gesch. d. Mark Br., I, S. 308; Mila, Berlin, a. a. O., S. 75, z. B. über hohe Besteuerung der Juden durch die Städte; J. Hohlfeld, Stadtrechnungen als histor. Quellen, 1912, S. 29.

[345]) Markgraf Ludwig befiehlt dem Spandauer Rat: „volentes eciam, ut per aliquem officiatorum nostrorum presencium aut futurorum ulteriori tempore pensionem annuam per nos ipsis impositam denuo particemur"; Codex, I, Bd. 11, S. 309; G. Salchow, Der Übergang der Mark Brandenburg an das Haus Wittelsbach, Halle 1893, S. 78.

[346]) Pohlmann, Salzwedel, S. 282; Codex, I, Bd. 14, S. 94; Cercken, Dipl. vet. M., I, S. 324 ff. „Vppe desse dedinghe sette wy de Joden in vse erue, dar scolen se vs vor geuen to tynse alle jhar tu Wynachten ses Marck Brandenb. süluers vnde tu Sünte Johannis daghe middensommer ses Marck Brandenb. süluers" etc.

[347]) Heffter, Jüterbog, S. 235 u. 243.

[348]) Codex, I, Bd. 3, S. 381.

[349]) Spieker, Frankfurt, S. 16.

[350]) Knuth, Gransee, S. 18.

[351]) Kehrberg, Königsberg (III), 1725, S. 241.

[352]) Kuntzemüller, Spandau, S. 393.

[353]) Bittkau, Neuruppin, S. 9; nach Zimmermann, a. a. O., I., S. 335 zahlen die Ruppiner Juden an die Stadtkasse für Bürgerrecht ein Vierding und ein Schock Finkenaugen, vierteljährlich alle für die Synagoge und jedes daranliegende Haus eine halbe Marc Silber (später einen Gulden); dem Kaiser zu Ostern 12 Schillinge.

[354]) F. Holtze, Die Berliner Handelsbesteuerung, Berlin 1881, S. 38 ff.

[355]) Berliner Stadtbuch, S. 20; nach Klöden, Erläuterungen dazu, Bd. 2, S. 8, sind die im alten Berliner Stadtbuch erwähnten Judenbuden die jetzigen Häuser Neue Markt Nr. 14—10, Papenstraße Nr. 16—14 und Spandauer Straße Nr. 70, die beiden kleinen Buden sind wahrscheinlich die Häuser Bischofstraße 13—14; Schwebel, a. a. O., S. 223.

[356]) Holtze, a. a. O., S. 44; Magistratsarchiv, Berliner Stadtbuch, Aktenfaszikel 20, 5: „1397. In Berlin waren 9 Judenbuden, welche vierteljährlich jeder 14 Schillinge und 2 kleine dahinter, jede 7½ Schillinge zu entrichten hatten. Jeder Jude, der mit einem andern zusammenwohnt, muß gleichwohl vierteljährlich 5 Schillinge der Stadt zahlen."

[357]) Codex, I, Bd. 11, S. 118; Kuntzemüller, Spandau, S. 393.

[358]) A. Krüger, Chronik der Stadt Spandau, S. 176.

[359]) Schiller = Lübben, Mittelniederdeutsch. Wörterbuch = Wohnungen.

[360]) = jeder.

[361]) = Montag v. Aschermittwoch; grasinge = Grasland; Codex, I, Bd. 11, S. 514, Spandauer Stadtbücher.

[362]) Bittkau, Neuruppin, S. 9, S. 23; Codex, I, Bd. 4, S. 221.

[363]) Spieker, Frankfurt, S. 15.

[364]) Kehrberg, Königsberg, 3. Aufl., S. 242.

[365]) Fidicin, Beiträge III, S. 134; A. Streckfuß, Berlin seit 500 Jahren, Bd. I, 1864, S. 32.

[366]) Handschriftliches Berliner Bürgerbuch im Magistratsarchiv.

[367]) Bittkau, Neuruppin, S. 23.

[368]) Steinhart, Altmark, Ein Beitr. z. Kunde der Mark Brandenburg, Stendal 1800/2, II, S. 107.

[369]) Zimmermann, Versuch, S. 339; H. Rachel, Die Handels-, Zoll- und Akzise-Politik Brandenburg-Preußens, Berlin 1911, S. 72.

[370]) A. F. Riedel, Deplomat. Beiträge zur Geschichte der Mark Brandenburg, Berlin 1833, S. 323.

[371]) A. Crüger, Spandau, S. 53; L. Frege, Berlin unter dem Einflusse der Reformation, Berlin 1839, S. 50; Hansische, Geschichtsquellen, Bd. III, Halle 1882, CXXXIV:i. d. Spandauer Kämmereirechng: „1434 de Judaeo sepulto 20 Pfennige". (Schulze, a. a. O.) Den Contract über Erbauung und Besserung des Zauns um den Judenfriedhof (1439—1442) schließen die Berliner Juden mit dem Spandauer Rath ab. Der bei Nicolai, a. a. O., S. 51, erwähnte Judenfriedhof stammt aus dem 18. Jahrhundert.

[372]) Dilschmann, Spandau, S. 105.

[373]) Kuntzemüller, Spandau, S. 393; Histor. Beyträge, III., S. 425, a. a. O.

[374]) Zech und Günther, Spandau, S. 105.

[375]) Bittkau, Neuruppin, S. 27; Riedel, Mark Brandenbg., IV., S. 295

[376]) Klöden, Stellg. d. Kaufmanns, S. 70.

[377]) Buchholz, Geschichte der Churmark, V., Anh. 121; Gercken, Cod. dipl., V., S. 101.

[378]) Codex, I, Bd. 2, S. 17.

[379]) Spieker, Frankfurt, S. 16.

[380]) Codex, I, Bd. 21, S. 172; Seckts, Gesch., I, Urk.-Anh. S. 185, Nr. 38: „Wi hebben die egenanten vnsere Borgern ok die Vriheit gegeuen, dat sie mogen maken eynen Joden kerkhoff vp erem acker vor der Stat in Premsz-

law vor deme Steyndore, als he en bequemelik ist, med alleme rechte den eyn Joden kerkhoff hebben schal."

[381]) Cod. Dipl. Brand. v. Raumer, a. a. O., S. 237; die Abgabe an die Stadt bei Judenbeerdigungen war auch in anderen Städten festgesetzt: vgl. z. B. über „Joddengraft" in Hobohm Haushalt Quedlinburgs, 1459—1509, Seite 24.

[382]) Codex, Abt. I, Bd. 4, S. 221; über das Bernauer Bier, Stadtarchiv: Kop. Geh. Staatsarchiv, R. 9, Q. Q. 2, (Verwendung d. Bieres bei Hochzeiten).

[383]) J. C. W. Moeßen, Geschichte der Wissenschaften, I, S. 207/8.

[384]) Ph. W. Gercken, Cod. dipl. Brand., Tom. V. S. 102.

[385]) Codex, I, Bd. 9, S. 19.

[386]) Zimmermann, Versuch, S. 334, Raumers Codex, a. a. O.

[387]) Graetz, Gesch. d. Juden, V, S. 217 ff.

[388]) K. D. Hüllmann, Städtewesen, Bd. 2, S. 61; H. Boos, Geschichte d. rhein. Städtekultur, III, Berlin 1899, S. 147 ff.

[389]) A. Doren, Untersuchungen zur Gesch. d. Kaufmannsgilden d. Mittelalters, 1893, S. 21; Klöden, Entstehung, S. 275.

[390]) Caro, Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte der Juden, Lpzg., 1908, S. 190.

[391]) Caro, a. a. O., S. 198; Schmoller, Forschungen, 152, S. 122. Dem Adel war es in der Mark Brandenburg im frühen Mittelalter freilich untersagt, Handel zu treiben; A. F. Riedel, Die Mark Brandenburg im Jahre 1250, II., Berlin 1832, S. 177; Lefarth, Die Germanisierung der rechtselbischen Länder des deutschen Reiches, 1876, S. 17; über das Verbot für den märkischen Adel mit Kaufmannswaren zu handeln, Stadtarchiv, (1319) Faszikel 22.—11[1].

[392]) Schmoller, Forschungen, 152, a. a. O., S. 4.

[393]) Klöden, a. a. O., S. 55; Festschr. d. Ältesten d. Berl. Kaufmannschaft „Beiträge zur Geschichte d. Berliner Handels", 1870, S. 16; Zimmermann, Histor. Entwicklg. d. märk. Städteverfassgn, I, S. 226.

[394]) Spangenberg, Hof- u. Centralverwaltg. d. Mark Brandenbg., a. a. O., S. 325; ibid. S. 440: „Die in einer größeren Zahl norddeutscher Städte als fürstliche Kammerknechte geduldeten Juden, die seit dem 12. Jahrhundert aus dem Warenhandel verdrängt wurden, beteiligten sich nicht an größeren Unternehmungen."

[395]) Kaufmannschaft zu treiben, war den Juden in Berlin während des Mittelalters unmöglich gemacht; Holtze, Berliner Handelsrecht, a. a. O; Stobbe, Micellen zur Geschichte d. dtschn. Handelsrechts, S. 40 (Zeitschr. f. d. gesamt. Handelsrecht her. v. Goldschmidt u. Laband, 8. Bd., 1865); Stobbe, a. a. O., S. 105; Wilh. Roscher, Gesch. d. Nationalökonomik in Dtschld., 1874, S. 36.

[396]) v. Raumer, Codex, II, S. 236, über das Handels-Verbot für die Juden, Bekmann, a. a. O., I, S. 1148.

[397]) Spangenberg, a. a. O.; M. Wagner, Beitr. zur Geschichte d. Entwicklung Berlins, S. 134 i. d. Mitt. d. V. zur Gesch. Berlins, 1914.

[398]) Berliner Stadtbuch, S. 167, ungefähr übersetzt: Wucher ist, wenn ein Mann mehr nimmt, als gibt; es sei klein oder groß . . . zu seinem Nutzen muß er wohl mehr nehmen, damit er sich vor Schaden bewahre, da vom Ausleihen viel Schaden geschieht. Darum, wer unredlicher Weise

schuldig bleibt, von dem mag man Wucher nehmen. Und das heißt dann nicht Wucher genommen, wer also nicht zu seinem Schaden zu kommen sucht.

[399]) Holtze, Berl. Handelsrecht, a. a. O., S. 35; C. F. Pauli, preuß. Staatsgeschichte, III., S. 220, Schriften, Heft 23, a. a. O., 1886, S. 8.

[400]) M. Neumann, Geschichte des Wuchers in Deutschland, Halle 1865.

[401]) Holtze, Berl. Handelsrecht i. 13. u. 14. Jahrhdt., a. a. O., S. 35.

[402]) Schmoller, Forschungen, 152, a. a. O., S. 71.

[403]) Codex, I, Bd. 15, S. 44.

[404]) Urkundenbuch, S. 36, L. Fidicin, Beitr. II, S. 17, 19 u. 20; Chronik, S. 60 ff, Codex, I, Bd. 11, S. 25 ff.

[405]) Berl. Handelsrecht, a. a. O., S. 37.

[406]) Märk. Forschungen, Bd. XVII, 1882, S. 59.

[407]) Stadtarchiv, Faszikel 14, (Codex, I, 9, S. 20) enthält übrigens auch das Verbot, daß die Juden kein Silber kaufen dürfen; Berl. Urkundenbuch, S. 36, 39 ff; über die irrt. Übersetzung d. Urk.-Bchs vergl. G. Sello, a. a. O. Auch Ackermann (a. a. O., S. 11) weist darauf hin, daß die Worte in der Urkunde „sie scolen sich eres wukeres began" mit „sie sollen ihren Wucher lassen" falsch übersetzt sind. „In Wirklichkeit besaß das Wort „Wucher" im Mittelalter keineswegs die gehässige Bedeutung, die es heute hat. Es bedeutete einfach „Zinsen", lateinisch usura. Die Definition des Begriffes Wucher im Berliner Schöffenrecht sagt klar, daß darunter Zinsen überhaupt verstanden wurden. Der Fehler jener Übersetzung steckt in der Verwechslung des niederdeutschen „began" mit „begeven": began heißt: b e g n ü g e n (siehe Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch) und der Sinn der Worte ist: die Juden sollen s i c h m i t i h r e n Z i n s g e s c h ä f t e n b e g n ü g e n, d. h. sie sollen keinen anderen Handel treiben."

[408]) Stadtbuch, S. 165.

[409]) G. Sello i. d. märk. Forschgn., Bd. XVI, Berl. 1881, S. 69.

[410]) Beiträge III, S. 53, Urkundenbuch, 1869, S. XIII.

[411]) Schmoller, a. a. O., 152, S. 100: „Der Ertrag des jüdischen Geldhandels im Mittelalter wird gewöhnlich außerordentlich überschätzt".

[412]) Holtze, Berl. Handelsrecht, a. a. O., S. 37; Urkundenbuch v. B., S. 62; Fidicin, Beitr. IV, S. 15; Stadtarchiv, Faszikel 14, 8^1.

[413]) Codex, I, Bd. 23, S. 167.

[414]) Forschgn. z. Brand.-Preuß. Geschichte, 4. Bd., 1891, S. 250.

[415]) Codex, I, Bd. 21, S. 338.

[416]) Codex, I, Bd. 25, S. 441

[417]) v. Raumer, Cod. dipl. Brand. Cont. II, S. 87/86.

[418]) Zimmermann, Versuch II, Urkundenbuch, S. 265.

[419]) v. Raumer ibid.

[420]) G. St. Arch. Urk. lc. No. 108.

[421]) Hoffmann, a. a. O., S. 76.

[422]) Caro, Sozial- und W'gesch., a. a. O., S. 225.

[423]) Holtze, Berl. Handelsrecht, a. a. O., S. 34.

[424]) ibid.

[425]) G. W. v. Raumer, Cod. Dipl. Brand. Cont. II, S. 61.

[426]) Schriften 23, a. a. O., S. 13.

[427]) Codex, I, Bd. 23, S. 302, ibid. S. 304.

[428]) ibid.

[429]) Schmoller, Forschgn., Heft 152, a. a. O., S. 103.

[430]) Spangenberg, a. a. O., S. 325; Pauli, a. a.O., III., S. 220, berichtet, daß man die Juden „durch übertriebene Abgaben fast zwinge, ja gar frey gebe, Wucher zu treiben und zu bevortheilen."

[431]) Caro, a. a. O., S. 225.

[432]) Hüllmann, Städtewesen d. Mittelalters, II., S. 62.

[433]) Aronius, Regesten zur Gesch. d. Jud. i. fränk. u. dtschn. Reiche, Berlin 1902, S. 244.

[434]) Die Berliner Urkunden v. 1381, S. 203, 1397, S. 226, 1400, S. 234, 1401, S. 237, 1402, S. 241, 1403, S. 243, 1405, S. 248, 1406, S. 249, 1408, S. 251, 1409, S. 253 im Berliner Urkundenbuch; Voigt, Geschichte Preußens V, 467; Gerken, Cod. VI, 538, Fidicin, Beitr. II, S. 86, I, 220, 230 etc., III, 302; v. Raumer, Cod. II, 181.

[435]) Über d. mittelalterl. Rentenkauf J. Gobbers: „Die Erbleihe und ihr Verhältnis zum Rentenkauf (Zeitschr. f. Rechtsgeschichte, Germanist. Abtlg, 4. Bd., Weimar 1883, S. 184; Winter, Zur Geschichte des Zinsfußes im Mittelalter, Zeitschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch., Bd. IV, Heft II, 1896, S. 161; O. Stobbe, Zur Gesch. u. Theorie d. Rentenkaufes i. d. Zeitschr. f. dtschs. Recht u. dtsche. Rechtswissensch., herausgeg. v. Beseler, Bd. 19, Tüb. 1859, S. 178 ff.; M. Ritter, Dtsche. Gesch. i. Zeitalter d. Gegenreformation, I, Stuttgart 1889, S. 29 ff.; Küster, Berlin, II, 502; v. Raumer, Cod. II, 181.

[436]) M. Hoffmann, a. a. O., S. 22; M. Neumann, Gesch. d. Wuchers, a. a. O., S. 510.

[437]) Graetz, G. d. J., a. a. O.

[438]) Märk. Forschgn., Bd. 17, Berlin 1882, S. 59, Codex III, Bd. 1, S. 39.

[439]) G. Sello, Bär V, 1879, S. 42.

[440]) Codex, I, Bd. 3, S. 232.

[441]) F. X. Funk, Geschichte d. kirchl. Zinsverbotes, 1876, S. 21, S. 29 ff.; F. Schaub, Der Kampf gegen den Zinswucher im Mittelalter, Freibg., 05, S. 38 ff.; Lamprecht, Dtschs. Wirtschaftsleben im Mittelalter, Leipzig 1886, S. 822 ff.; Schmoller, Forschgn. 152, a. a. O., S. 36.

[442]) Klöden, a. a. O., S. 66; Über den Wucher Thurneysser's Moehsen, Gesch. d. Wissensch., 1783, a. a. O., S. 9.

[443]) Publicat. a. d. preuß. Staatsarch., Bd. 59, Priebatsch, Albrecht Achill, Bd. 1, S. 320.

[444]) C. A. H. Burkhardt, Quellensammlg. zur Gesch. des Hauses Hohenzollern, I. Bd., Jena 1857, S. 28.

[445]) Codex, III, Bd. 2, S. 245: Landtagsverhandlungen vom 22. März 1480 (A. Antwort Prelaten vnd heren vf dem gehalden herrentage, am Mittwoch nach Judica im LXXX. iare), S. 246. B. Antwort und anbrengen der Ritterschaft: Item bitten auch den landen zu gut, die Juden daraus lassen zu ziehen vnd nicht zu halten, die seinen gnaden vnd gemeynen Lande schedlich sein. S. 247. C. Antwort meines gnedigen Heren: Item der Juden halben, die Sind von meinen gnedigen Heren drey Jare vfgenomen vnd nach alter gewonheit gefreyet. So die fur kommen, wollen sie alsdann prelaten, Ritterschaft vnd Stett nicht gerne leiden, will es sein gnad

halten nach irem rath mit erbietung, wo er von denselben mit wucher oder andern vnzimlich furgenommen wirt, mit in zu verschaffen, das es nach irem Herkamen nach redlichkeit gehalten werd. (Ausgestrichen sind die Worte zu Anfang dieser Resolution: ist sein gn. vnderricht das bei marggraf friedrichs sel. Zeiten den Juden wucher ettliche Zeit vorbotten was vnd in denselbigen die mannschaft vnd andere serer durch die cristen besweret wurden, dann durch die Juden, wurden sie wieder zugelassen mit irem handel, doch vf zimlich vnd gewonlich zins oder wucher, wie mans redlich geben. Duncket s. gnaden sollicher vrsach halben, nachdem sie von Babst, keyser, konigen vnd andern fursten gelitten werden . . . .)

[446]) Holtze's Einleitung, Heft 21 der Schriften, Seite 5; Schriften Bd. 23, S. 5.

[447]) Gallus, Gesch. d. Mark Brandenbg., III, S. 69.

[448]) Spieker, Frankfurt, S. 154; der Churfürst antwortet zuerst, daß er den Juden in seinen Landen Schutz und Geleit gegeben habe, damit sie das nötige Silber lieferten: „weil wir diesmals in anderer Wege kein Silber an uns bringen können, was auch vielleicht nicht lange währen möchte." Spieker, a. a. O., S. 158 oben.

[449]) Spieker, Frankfurt, a. a. O., S. 155; der Brief a. a. O., S. 156 ff. abgedruckt.

[450]) Holtze, a. a. O.

[451]) Diese gesetzliche Bestimmung wiederholt Markgraf Ludwig 1341 (13. Sept.) für die neumärkischen Juden (Kletke, Regesta hist. Neomarch., S. 155), Codex, I, Bd. 24, S. 32, vgl. Zimmermann, a. a. O., S. 334. „Ok welch pant si bei sunnenscin nemen, do schal si niemand vm ane spreken; die schal man losen: (frei machen) wolde man en dez nicht gelowen (glauben) dat si it bi sunnenschin oder bi daghe hedden genommen, dat schollen si beholden mit erme rechte; welch pant si nemen bi nacht met wetschaft ere neyber bouen (Buben) vnd neden, die schal man losen ane (ohne) ansprache (d. h. rechtl. Ausspruch)" etc. (Copialbuch d. Geh. Staatsarch. [I, Cod. 4 in quarto]). Über die Wandlung dieses Rechtsbrauches die Bemerkg. Riedels im Codex, III, Bd. 1, S. 242.

[452]) Berliner Stadtbuch, S. 165, § 15 im Berliner Schöffenrecht (14. Jahrhundert; diese rechtl. Bestimmungen wurden ca. 1387 im Berliner Stadtbuch schriftlich fixiert; die vielen Bestimmungen sind zum Teil eine Rezeption des sächsischen Landrechts und des Sachsenspiegels; zum Teil handelt es sich jedoch um spezifisch berlinisches Recht.) „Wat die jode koppet anders dinges unvorholen und unvorstolen bi dageslichte und nicht in beslotenen huse, mach die jode dat getugen selfdridde, he beholt syne penninge daran, di he darumme gaf oder darup tu wuker dede, mit syneme ede, ofte id wol vorstolen is. Gebrecht id em aver an getuge, he vorliset daran syne penninge." Dann wird diese Verordnung 1420 (Codex III, Bd. 1, S. 177) und 1441 (Zimmermann, a. a. O., II, S. 178) rekapituliert.

[453]) Berl. Handelsrecht im 13. u. 14. Jahrhundert v. Holtze, a. a. O. Seite 39.

[454]) Ibid. S. 77; noch 1509 wird bestimmt, daß wenn die Juden unwissentlich gestohlenes Gut gekauft haben, sie es nur gegen Erstattung der Geldsumme herausgeben müssen (Raumer, a. a. O., II., S. 236). In der Auf-

nahmeurkunde vom 25. Juli 1564 (S. Staatsarchiv Urkunde Nr. 108 lc.) wird bestimmt, daß die Juden nur gestohlene Dinge, auf die sie in gutem Glauben geliehen haben, gegen Rückerstattung des Pfandes wiedergeben müssen.

[455]) Fidicin, Beitr. I, S. 149.

[456]) Berliner Stadtbuch, a. a. O. „Koppet eyn jode oder nempt he tu pande kelke buke oder gegerwe oder casele, dar he engeynen gewer an het, und vindet man id bynnen synen geweren, man richtet over em alse over eynen dif."

[457]) G. Sello in Gerichtsverfassg. u. d. Schöffenrecht Berlins übersetzt „nathe kleder" mit „nasse Kleider"; G. Liebe meint (das Judentum in der deutschen Vergangenheit, Leipzig, 1903, S. 15) bezügl. der mehrfach auftretenden Bestimmungen über die „nathe kleder", „das Mißtrauen, das die Dehnbarkeit dieses Grundsatzes erweckte, blickt aus den Ausnahmebestimmungen hervor, wonach seine Geltung ausgeschlossen war bei kirchlichen Gerätschaften sowie blutigen oder nassen Kleidern — den letzteren, weil sie dem Verdacht ausgewaschener Blutflecke Raum ließen."

[458]) „Ok sal di jode nathe kleder, ungenegede schu di nicht wen tu sint gesneden, und allerhande kleder di gesneden sind und nicht gemaket, nicht tu pande nemen; he hebbes dan werlude. Anders vorliset he syn geld daran". (Stadtbuch, a. a. O.)

[459]) Codex, I, Bd. 24, S. 32; III, Bd. 1, S. 177, 1341 und 1420.

[460]) Klöden, Stellung des Kaufmanns, a. a. O., u. S. 31; Faulhaber, Handel und Gewerbe von Brandenburg, S. 30.

[461]) Schwebel, a. a. O., S. 218; hauptsächl. vertriebene märk. Juden waren es, denen 1532 der Besuch der märkischen Jahrmärkte (Codex II, Bd. 6, S. 385) „biß auf vnser widerruffen" gestattet wird.

[462]) Berliner Stadtbuch, S. 166.

[463]) Sebald, Breviar. histor., S. 366, Kehrberg, Geschichte von Königsberg, III, 1725, S. 243, vgl. die sich bis ins 17. Jahrhdt. ziehenden Beschränkungen des jüd. Handels: Beiträge zur Geschichte des Berliner Handels, a. a. O., S. 32.

[464]) F. Priebatsch, Der märk. Handel am Ausgange des Mittelalters, Schriften Heft 36, Berlin 1899, S. 19.

[465]) Codex, II, Bd. 6, S. 385, 212; Kletke, Regesta, a. a. O., Bd. II, S. 436.

[466]) Spieker, Frankfurt, a. a. O., S. 16.

[467]) Spangenberg, a. a. O., S. 324.

[468]) Holtze, a. a. O., Berl. Handelsrecht, S. 34.

[469]) Berl. Urkundenbuch, S. 37: „nec eligat graues denarios de leuibus nec aliquos nouos denarios aut argentum faciet sine cudet; quicumque vero eorum secus fecerit, eciam si christianus exstiterit, debet pro falsario omnimode reputari." Fidicin, Beitr. II, S. 17, 19, 20; Holtze, Handelsrecht, a. a. O., S. 37 und dagegen Sello in Märk. Forschgn., XVII. Bd., Berlin 1882, Seite 59 ff.

[470]) Berl. Chronik, S. 60; auf Verbreitung falscher Münze stand Mitte des 14. Jahrhunderts die Strafe des Händeabhauens (Stadtarchiv 14, Faszikel 281, 214, 202); ebenda 13.

[471]) Codex, I, Bd. 17, S. 505; Gerckens Codex, II, S. 641 u. 42.

[472]) Urkundenbuch, S. 156 „in der Müntze vnd ouch obir Cristyn vnd obir Juden, wen si vindin odir eruarin, der die phennynge velschit, der sy vslesit vnd vszilt dy swerin vs den lichten, den sullen sy angryfin vnd mit em varin als recht ist" (vergl. Codex, I, Bd. 23, S. 97); übrigens sind die Betrugsverbote für die christliche Bevölkerung auch zahlreich (Stadtarchiv 51, [1], 70[a]).

[473]) Urkundenbuch, S. 167 ff.; Codex, I, Bd. 12, S. 501 ff.; Chronik, Seite 113 ff.

[474]) G. Staatsarchiv, Urkunde Nr. 108 lc., über den berliner Volkswitz bezüglich des jüdischen Münzverkehrs im Mittelalter vergl. Mitt. des Vereins für die Geschichte Berlins, 1888, S. 81.

[475]) Karl Faulhaber, a. a. O.; Landeskunde der Provinz Brandenburg, Bd. II, a. a. O., S. 225.

[476]) G. Adler, Die Fleischteuerungspolitik der deutschen Städte beim Ausgang des Mittelalters, Tübingen 1893, S. 30. Über verschiedene Schlachterlaubnisse in märk. Judenprivilegien. 1334—1345, vgl. Gercken, Fragm. March. IV., S. 100 ff.

[477]) Tzschoppe u. Stenzel, Urkundensammlg. Nr. 118.

[478]) Zimmermann, Versuch, S. 337; vergl. Gercken, Fragm. march., IV., Seite 102.

[479]) Klöden, a. a. O., S. 63; C. E. Geppert, Chronik von Berlin, 839, I., Seite 24.

[480]) Holtze's Handelsrecht, a. a. O., S. 84.

[481]) Stobbe, a. a. O., S. 171.

[482]) Ibid., S. 271.

[483]) Codex, I, Bd. 26, S. 6; S. W. Wohlbrück, Geschichte des ehemaligen Bisthums Lebus, Bd. I, 1829, S. 397.

[484]) E. Philippi, Frankfurt, S. 3; S. W. Wohlbrück, ibid. „Nos Consules ciuitatis Frank. recognoscimus vniuersis presentem literam inspecturis, quod quedam dissensio super opus carnificum inter carnifices ex una parte et inter Judeos ex alia parte iam aliquo tempore fuit ventilata, que ad vnionem concordie in hunc modum est redacta, quod X. videlicet Judei qui habentur in hiis scriptis scilicet. Mosco, Jacobus suus sororius, Jacobus apud Johannem de hoghenwalde, Zamzon, Glomeke, Dauit, Jacobus apud hughonem, Josep, Samel, Habram, opus carnificum debent sub hac etiam forma exercere, quod vnusquisque duo capita die dominica mactare debet. Tercia feria vnum, et similiter duo capita feria quinta. Si uero aliquis Judeorum hanc ordinationem infringere presumpserit sententie quam Consules dictauerint debet subiacere, Testes hujus rei sunt hii videlicet" . . . . etc.

[485]) Spieker, a. a. O., S. 15.

[486]) Im Codex ist sie nach dem Original des Stadtarchivs VIII, 2, 27 abgedruckt.

[487]) Kuntzemüller, Spandau, S. 392; Dilschmann, a. a. O., S. 424.

[488]) Zech u. Guenther, Spandau, S. 105; Dilschmann, S. 104.

[489]) Codex, I, Bd. 9, S. 11.

[490]) Spangenberg, a. a. O., S. 185.

[491]) S. Lentz, Marg.-Gräfl. Brand. Urkunden, a. a. O., S. 929.

[492]) Codex, I, Bd. 4, S. 287; Riedel, diplom. Beitr., S. 305.

[493]) Codex, I, Bd. 24, S. 32.

[494]) Kletke, Regesta, S. 155; Gercken, Cod., P. 3 p. 230—32.

[495]) Urkundenbuch, S. 81; Stadtarchiv Nr. 783, Aktenfaszikel 37a u. 71; Fidicin, Beiträge, I., 67.

[496]) v. Ludewigs Reliquiae Tom. XI, S. 639.

[497]) Fidicin, a. a. O. und III., S. 217, Chronik S. 80. „Aristotiles scribit primo politicorum: Sicud homo est optimum animalium fruens lege, sic est pessimus homo a lege et iustitiys separatus. Vnde nos Consules Civitatis antique Berlin Novi et veteres, Cum apud iudeos nostre Ciuitatis, quibus pro annuo censu pecora mactare et mactata publice vendere concessimus, quasdam enormitates bono vtili communium nostrorum Conciuium derogantes ac legi carnificum nostrorum quodammodo repugnantes crebro contra iusticiam fieri conspiceremus, hijs vt eorum debito accepti regiminis iure tenemur obuiare cupientes et mederi uolentes, vnanimi et constanti consilio vniuersis Judeis mactatoribus hos articulos infra scriptos inhibemus et a quolibet illorum volumus artius euitari. Primo quod nequaquam venditoribus pecorum quorumcunque extra vel ante valuas ciuitatis uel in plateis a foro elongatis occurere debebant ipsa ad emendum, sed in foro libro et communi debebunt ea emendo comparare . . . Prohibemus eciam presentibus, ne ipsi iudei minores porciones carnium quam quartam partem animalis occisi ab eisdem cuiquam vendant nec ementibus ab ipsis quartam sic venditam intra vel extra domos suas in partes vltiores diuidere audeant aut presumant, Comminantes eisdem seriose, si harum nostrarum traditionum quispiam iudeorum transgressor aut violator per nostros carnifices aut quempiam illorum conpertus fuerit et si svb duorum virorum ydoneorum testimonio hoc ad nos deferetur et si dignum pena nobis visum fuerit, procul dubio citra condignum uel forsan si enormitas excessus requirit grauius puniendo iudicemus. Similiter facientes nostris carnificibus, si ausu temerario nostris mandatis presumpserunt contraire sic salubriter institutis . . . etc. Berliner Stadtbuch, Buch der Privilegien, „Judeorum littera", S. 80/81.

[498]) Codex, I, Bd. 2, S. 17, Bd. 3, S. 285.

[499]) Zöllner, Havelberg, a. a. O., Bd. 1, S. 24.

[500]) Codex, I, Bd. 1, S. 64.

[501]) Codex, I, Bd. 1, S. 75.

[502]) Codex, I, Bd. 1, S. 146 ff. („quod prenotati carnifices eo jure gracia sine libertate: sine ipsorum judeorum contradictione vti poterent quibus carnifices civitatis nostre steindal hactenus usi sunt.")

[503]) Codex, I, Bd. 3, S. 377.

[504]) Angelus, Annales, S. 151, gibt irrtümlicherweise das Jahr 1348 an.

[505]) Seyfert, Strausberg, S. 15.

[506]) Codex, I, Bd. 12, S. 72.

[507]) Berl. Chronik, S. 97.

[508]) A. Streckfuß, 500 Jahre Berl. Geschichte, Berlin 1886, Bd. 1, S. 14.

[509]) Codex, III, Bd. 1, S. 177.

[510]) Codex, III, Bd. 1, S. 240; Zimmermann, Versuch II, Urkundenbuch, S. 177; Die Fleischerordnung im Stadtarchiv (Fasz. 51a).

[511]) Götze, Stendal, S. 339.

[512]) Codex, I, Bd. 14, S. 314.

[513]) Codex, I, Bd. 25, S. 441; Cod. Dipl. Brand. Cont. v. Raumer II, S. 86.

[514]) ibid. II, S. 236 in der Aufnahmeurkunde vom 25. Juli 1564 (G. Staatsarch. Urkunde lc. Nr. 108) heißt es: „Ferner haben wir Innen auch gnedigklich nachgegeben, dassie zu notturifft Irer haußhalttunge und gesinde selbst schlachten und daß Jenige, so sie nicht essen Mußten ander leutten die eß begern widder uerkauffen nugen."

[515]) Kehrberg, Geschichte von Königsberg III, S. 243.

[515a]) A. Hirsch, Geschichte d. medizin. Wissensch., 1893, S. 13; Pagel, Die Entwickelung der Medicin in Berlin, 1897, S. 34.

[516]) K. D. Hüllmann, Städtewesen, a. a. O., IV., 1829, S. 50.

[517]) Mansi Kanones 8. 11. XXIII, 33; Liebe, a. a. O., S. 29, 53 ff.

[518]) Die kulturhistor.-interessant. Ausführgn. b. Wagenseil, Belehrung der jüdisch-deutschen Red- und Schreibart, Königsberg 1669.

[519]) Codex, I, Bd. 8, S. 384.

[520]) ibid.

[521]) Stobbe, a. a. O., S. 181.

[522]) Klöden, a. a. O., S. 69.

[523]) G. Sello, „Bär", V., 1879, S. 64; freie Dichtung b. F. v. Klöden „Die Quitzows und ihre Zeit", Bd. II, S. 281; in Deutschland gab es im Mittelalter überhaupt sehr wenig Ärzte; die Arzneiwissenschaft wird von Geistlichen ausgeübt (Moehsen, Gesch. d. Wissensch. i. d. Mk. Brandenbg., bes. d. Arzneiwissensch., II., Berlin 1781, S. 257 u. 313). Auch in Berlin üben Geistliche den Beruf des Arztes aus (1584, Stadtarchiv Cöln, Kämm.-Rechn., Vol. Collect. II, S. 304); im Stadtarchiv sind in den Urkunden über Ärzte des Mittelalters (52[4]) keine Juden zu finden.

[524]) Codex, I, Bd. 21, S. 171.

[525]) Codex, III, Bd. 1, S. 38; L. v. Ledeburs, allgem. Archiv, 2 Bd., p. 353; vergl. „Bär", V., S. 131; Berl. Urkundenbuch, S. 137, Chronik, S. 100; Stadtarchiv, Faszikel, 52/77.

[526]) Publikat. a. d. pr. Staatsarch. 67, Bd. II, 1897, S. 402.

[527]) F. Priebatsch, Geistiges Leben in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters, S. 49; 373, in Forschungen zur Brandenburg.-Preußischen Geschichte, 12. Bd., 1899.

[528]) Über v. Waldenfels, Codex, I, Bd. 11, S. 169 und 395; G. v. W. war Besitzer von Potsdam, Kammermeister und erster Rat Friedrichs II.

[529]) Schriften, Heft 21, a. a. O., S. 40.

[530]) F. Wilken, histor.-genealog. Kalender für 1820, S. 96, vergl. Mila u. Geppert, a. a. O.; vielleicht enthält das bereits erwähnte, verschollene Buch „Hermani Trebellii: Pyra Marchitica, de perfidia Judaeorum, Berlini crematorum Lib. I (vgl. Forschungen zur brandenburg.-preuß. Geschichte IV, 91, S. 133), das von Küster (Access. ad. bibliothec. histor. Brandenbg. II, S. 245), ferner bei Moehsen (a. a. O., S. 508) und bei Mader und Becmann zitiert wird, noch Aufklärung über diese Dinge.

[531]) Moehsen, Geschichte der Wissensch., a. a. O., S. 508; vergl. C. E. Geppert, Chronik von Berlin, a. a. O., I., S. 51.

[532]) Forschungen zur brandenburg.-preuß. Gesch., Bd. 3, 1890, S. 85; Krünitz, a. a. O., Bd. 31, S. 338.

[533]) C. E. Geppert, Chronik von Berlin, a. a. O., Bd. I., S. 236.

534) Zech u. Guenther, Spandau, S. 104; Kuntzemüller, Spandau, S. 392.
535) Schwebel, a. a. O., S. 218.
536) Urkundenbuch, S. 37.
537) Holtze, Handelsrecht, a. a. O., S. 35: vergl. Landeskunde der Provinz Brandenburg, a. a. O., Bd. II, S. 226.
538) Codex, I, Bd. 4, S. 287.
539) Berl. Urkundenbuch, S. 147.
540) Fidicin, Beitr. III, S. 238.
541) Ph. W. Gercken, Diplomat. March. Brand. I, S. 49; Lentz, a. a. O., S. 149; Bekman, a. a. O., I., S. 187.
542) Fidicin, Beitr. IV, S. 15.
543) Holtze, a. a. O., S. 37.
544) Goetze, Stendal, S. 135.
545) Codex, I, Bd. 21, S. 265.
546) Gallus, Geschichte der Mark Brandenburg, II, S. 57.
547) Zimmermann, Versuch II, Urkundenbuch, S. 179.
548) Codex, III, Bd. 1, S. 240.
549) nederfellig = zu Boden sinkend, herunterkommend im Wohlstande, Schiller u. Lübben, Mittelniederdeutsch. Wörterbuch.
550) Zimmermann, Versuch, S. 338, a. a. O., zit n. Gercken, Cod. Dipl. VIII, p. 533; Zimmermann gibt a. a. O. noch mehr urkundliche Belege. — Publikat. aus d. pr. Staatsarch., Bd. 59, a. a. O., I, S. 507, Codex, I, Bd. 5, S. 217: „Mit den Juden ist es verlassen als ewr. lieb In diser zettel verstet vnd konden es vsserhalben der vierzig hoher nit brengen, will nun ewr. lieb. das man es darbey bleiben oder die andern vber die XL die so wenig geben verjagen vnd vsz dem Land weysen soll, stett zu ewr. lieb vnd gett Irenthalben ab ein gute Summ, es wer dann das ander Juden hereinkommen die solichs erfullen mochten."
551) Ibid. S. 123: „der Juden halben, das man gelt daraus bring, so meysst man mog und sie wider ein lass komen nach geburnus, sie zu halten als hie aussen und die reichen und treffentlichsten behalt, die zins zu geben haben und den armen leuten, so sie ir bedorfen, gutlich haben zu thun, was soll das gepofel, die allein die leut schinten und nichts zu geben haben."
552) Priebatsch, Die Hohenzollern und die Städte der Mark, S. 94. Noch 1658 klagen die polnischen Grenzjuden — zum größten Teil vertriebene märkische Juden — „in einer Vorstellung an den Churfürsten, daß ihnen der Tribut von 200 Thalern für das sichere Geleit bei den damaligen schlechten Zeiten, da Handel und Wandel darnieder lägen, zu schwer und lästig sey: indem ihre Armuth so groß wäre, daß viele von ihnen aus Dürftigkeit und der Erhaltung wegen bei den Polen auf den Feldern arbeiten müßten." (König, a. a. O., S. 85).
553) Zeitschr. f. d. Geschichte der Juden in Deutschland, Bd. 2, S. 340; Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit, I, S. 191 und die über ihn angegebene Literatur bei Ackermann, a. a. O., S. 6; König, Versuch einer histor. Schilderung Berlins, I, 1793, S. 89; um die Gestalt des „reichen Michel" rankt sich ein ganzer Kranz von Legenden und Sagen, so wurde er z. B. für ein Graf von Rheinstein gehalten. Wessely, a. a. O., I, S. 115;

W. Jobst, Kurtze Beschreibung der alten löbl. Stadt Frankfurt an der Oder, a. a. O., S. 113.

[554]) Zimmermann, Versuch II, Urkundenbuch, S. 320; er bekommt vom Kurfürsten eine Art Schutz- und „Leipgedings-brieff", aus dem ersichtlich ist, daß er im Besitz eines Vermögens von 6000 rhein. Goldgulden, eine Jüdin mit einer Mitgift von 3000 rhein. Goldgulden heiratet.

[555]) Gallus, Geschichte der Mark Brandenburg, III, S. 79; Moehsen, a. a. O., S. 516 ff; man fand in seinem Gewahrsam für ca. 11 000 Taler Pfänder; A. Braß, Chronik von Berlin, a. a. O., S. 52 ff; König, Annalen, a. a. O., S. 76 ff.

[556]) Zimmermann, Versuch, S. 333; E. Fidicin, Gründung Berlins, a. a. O., S. 124; hierzu K. F. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, a. a. O., II, S. 525; Klöden, Entstehung, a. a. O., S. 313.

[557]) Klöden, Erläuterungen einiger Abschnitte des alten Berliner Stadtbuches, 2. Stück, S. 21.

[558]) Klöden, Entstehung von Berlin, S. 312.

[559]) Jetzt im Zentrum.

[560]) Klöden, a. a. O.

[561]) E. Fidicin, Berlin histor. und topograph. dargestellt, Berlin 1843, Seite 67.

[562]) Die handgezeichnete Karte im Magistrats-Archiv „Berlin im Mittelalter"; vergl. ferner Küster, Das alte und neue Berlin, a. a. O., 3. Th., S. 71; C. F. Riecke, Ursprung und Namen der Städte Berlin und Kölln, 1866, S. 51. In der Jüdenstraße wurde später auch der Markt abgehalten; (Stadtarchiv, Faszikel 1128, 22^a, 11^1).

[563]) Mila, Berlin, a. a. O., S. 52; Geppert, Chronik von Berlin, a. a. O., I, S. 7; Nicolai, Beschreibung d. K. R. Berlin u. Potsdam, 1786, I, S. 15, 20; F. A. Schwartz, Das alte Berlin, S. 14; Über den Einfluß der Berliner Juden vergl. Mitteilgn. d. V. f. G. B., 1911, S. 147.

[564]) Fidicin, a. a. O., vergl. A. Cosmar, Die Namen der wichtigsten Straßen Berlins erklärt, 1831, S. 27.

[565]) Schwebel, a. a. O., S. 220. Die bei Nicolai, a. a. O., S. 35, angegebene Judengasse stammt aus dem 18. Jahrhundert.

[566]) Klöden, a. a. O., S. 123; vergl. W. Mila, Berlin 1829, S. 52.

[567]) Herm. Vogt, Die Straßennamen Berlins, Schriften, Heft 22, 1885, S. 41; Streckfuß, Berlin seit 500 Jahren, a. a. O., Bd. I, S. 36; siehe die interessante photograph. Aufnahme des jetzt nicht mehr bestehenden Teils d. kl. J. in den Mitteilungen des Vereins f. d. Gesch. Berlins, 1908, S. 5; vergl. ferner Béringuier im Berl. Lokalanzeiger vom 17. Mai 1908.

[568]) Fidicin, a. a. O.; Hesekiel, Berlin. Historienbuch, S. 78; vergl. die Schöbel'sche Zeichnung in Schwebels „Alt-Berlin", 1891, S. 74; vergl. Mitteilungen des Vereins f. d. Gesch. Berlins, 1899, S. 89.

[569]) Klöden, ibid. S. 312.

[570]) Fidicin, Beitr., III, S. 53/54, Anm. 6.

[571]) Codex, I, Bd. 8, S. 32, Berl. Chronik, S. 98.

[572]) Codex, I, Bd. 8, S. 384: Item mandamus, quod nullus eorum cum Judeis habitet aut aliquem eorum in infirmitatibus suis vocet, aut medicinam ab eis recipiat, aut secum bibant, aut manducent, aut balneantur, aut man-

cipia Christiana habeant. Si quis contra fecerit, excommunicetur (Gerckens Stiftshistorie, S. 648/50).

[573]) Klöden, Stellg. d. K., S. 63 ff.

[574]) Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, II. Leipzig 1899, S. 261; einige ähnl. Fälle in Berlin. A. M. R.

[575]) Fidicin, Beitr., V, S. 99; H. Kügler, Aus Alt Berlin, 1914, S. 22, über ähnl. rechtl. Ausnahmestellg. d. Juden z. B. A. F. Schott, Sammlgn. zu d. deutschen Land- und Stadtrechten, I, S. 81, 216 etc.

[576]) K. D. Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters, S. 63.

[576a]) Vergl. Über das Bürgerrecht, Teymler, Stadtbuch d. Stadt Frankfurt a. d. O., 1516, Mkspt. i. d. Ratsbibl. zu Frankf., Magistratsarchiv 7/13: Um Grundbesitz zu erben, mußte man im Besitz des Bürgerrechts sein, über den Bürgereid, den auch die betr. Juden schwören mußten, vergl. ebenda (matric. colon.) und G. S. Nr. 36 betr. die Besteuerung.

[577]) Holtze, Bd. 21 der Schriften, S. 31 u. 32; Forschgn. z. brandenbg.-preuß. Gesch., 3. Bd., 1890, S. 59, 85; Wessely, a. a. O., I, S. 94; J. P. von Gundling, Lebensbeschr. d. H. L. Distelmeyer, Berlin 1722, S. 12. Die gerichtliche Bestrafung der Juden bei denselben Vergehen war eine strengere, als bei den Christen, vergl. z. B. im Stadtarchiv, Aktenfaszikel Nr. 20: „1552. Eine Jüdin wurde wegen Ehebruchs, Hurerei etc. mit Staupenschlag und Ohrenabschneiden bestraft, während die Christen wegen desselben Verbrechens eine mildere Strafe erhielten."

[578]) Holtze, a. a. O., S. 29; Gallus, Geschichte der Mark Brandenburg, II, S. 184.

[579]) Stadtbuch, S. 207; vergl. Forschg., ibid. S. 75 oben. Collectionum Memorabilium Berolinensium lc. S. 35.

[580]) Ackermann, a. a. O., vergl. Streckfuß, a. a. O., Bd. I, S. 139.

[581]) Stadtbuch, S. 164, §14: „Hyr begynnet sich der Joden rechticheit, di alleyne geloven an den levendigen Gode, almechtige schopper hemelrikes und ertrikes und alle dat dar in is, und holden di olde e und sint der nyen e wederseters, dat is der gantzen Cristenheit, dat sy Christum den waren god tu dem unschuldigen dode an der menscheit brochten. Darumme is dat wunderlich, dat man stadet die joden bi der cristenheit tu wesene. Nu leren di hilgen leres der cristenheit, dat man di joden let leven by den cristenluden dorch vir saken wille. Di irste, dat wi di e von em hebben, dar wi met tugnisse hebben von Christo. Di ander: dorch der olden veder wille, von den Christus syn beginsel syner menscheit nam, alse von deme slechte her Yesse. Dridde: dorch der joden bekerunge wille, wente si alle scolen werden bekeret noch vor dat strenge richte godes. Virde: dorch der dechtnisse Jesu Christi, wen alse dicke wi di joden syen, so dicke scole wi jo dechtnisse syner durer marter in unsen herten dragen."

[582]) Holtze, Einleitg. zu Creusing, Heft 23 d. Schriften, S. 13.

[583]) Vergl. Wedekind, Geschichte der Neumark, S. 147; Gallus, a. a. O., I, S. 308, Schriften, Heft 23, S. 4, Heft 16, S. 36.

[584]) Moeßen, Beschr. e. Berl. Medaillens., II, S. 262.

[585]) Monatsschr. f. Gesch. u. Wissensch. d. Judentums, 49. Jahrgg., Heft 5/6, Breslau 05, S. 291.

[586]) Forschgn. z. br.-pr. Gesch., Bd. 12, 1899, S. 377/56.

[587]) F. Meyer, Zur Gesch. d. Scheiterhaufen in Berlin, „Bär", I, S. 45, III, S. 209.

[588]) Codex, I, Bd. 16, S. 41.

[589]) Publikat. a. d. pr. St., Bd. 59, I, S. 454.

[590]) Berliner Chronik, S. 41, 54; Clauswitz in „Zur Geschichte Berlins" in Bormanns Bau- u. Kunstdenkmäler von Berlin, S. 16, 18, 22 und 75; Stadtarchiv-Akt. Nr. 8, I, 14; 5 April 1317: „Die Juden sollen wegen Diebstahl, Krieg u. Wunden vor dem Richter der Stadt zu Recht stehen." Ebenda 16/30.

[591]) Chronik, S. 99, Streckfuß, Berlin, I, S. 14; betr. die landesherrl. Jurisdiktion über die Juden vgl. (1341); Gercken, Cod. dipl., III, S. 231.

[592]) Codex, I, Bd. 2, S. 17.

[593]) Codex, I, Bd. 24, S. 32; Kletke, Regesta, S. 155.

[594]) Codex, I, Bd. 1, S. 76.

[595]) Codex, I, Bd. 20, S. 148.

[596]) Codex, I, Bd. 11, S. 231.

[597]) Codex, I, Bd. 19, S. 152, Bd. 20, S. 264; Zimmermann, Versuch II, Urkundenbuch S. 178; vergl. auch die Urkunde vom 4. XII. 1459; Codex I, Bd. 9, S. 194.

[598]) Codex, III, Bd. 1, S. 240. — 1540 wird für verschiedene Städtchen festgesetzt, „daß kein Jude einem Christen weder Geld noch Waren borgen sollte, ohne des Amtmanns Willen bei Verlust des Geliehenen. Die Juden sollen sich allein der Wochen- und Jahrmärkte bedienen; sich des Kaufens und Verkaufens in den Dörfern enthalten; wegen Geldschuld stehen sie vor dem Vogt, ausgenommen die fürstlichen Kammerjuden." (König, a. a. O., Seite 60).

[599]) Raumer, Cod. Dipl. Brand. Cont. II, S. 131 in der Aufnahmeurkunde vom 25. Juli 1564 (Staatsarch.-Urkunde Nr. 108 lc.) wird ausdrücklich die Jurisdiktion über die Juden dem Kurfürsten vorbehalten und die Gerichte sollen „keinen Juden umb einicherley versachen willen, weß daß auch sey gefengklichen einzuziehen zu straffen, zu stocken oder zu blocken macht haben." Im folgenden Jahrhundert wird das Verbot des Landesherren an die Magistrate, über die Juden Recht zu sprechen, mehrfach wiederholt. Vergl. noch Stadtarchiv 40, Fasz. 56: „Reskript an den Magistrat zu Berlin daß derselbe sich der Cognition und Jurisdiktion über die Juden enthalten solle" (1667), G. S. Nr. 36, II, (1702).

[600]) Codex, I, Bd. 15, S. 44; vergl. Bekmann, Beschreibung der Mark, V., I., II., S. 204.

[601]) Ungefähre Übersetzung: Die Juden pflegen leiblich ihren Eid zu leisten auf der Haut einer Sau, die vor 9 Tagen geferkelt hatte. Die Haut schneide man auf dem Rücken auf und spreite sie vor der Schöffenbank aus!

Auf den Zitzen mußte der Jude barfuß stehen, ein Haartuch mußte er umhaben und einen spitzen Hut auf seinem Haupt, und mußte stehen nach seiner jüdischen Sitte." Dann sprach ihm der Vorsprecher die Eidesformel vor, die er nachzusprechen hatte. — Verschiedene mittelalterliche Ausdrücke bezüglich der Juden lassen sich schwer erklären, z. B. hatte der steinerne Stuhl, der mit eisernen Stangen geschlossen wurde (Folterinstrument), den Namen „Judenklemme" (vergl. E. Friedel u. R. Mielke, Volkskunde der Provinz Brandenburg, Bd. III, S. 217).

Lebenslauf.

Ich, Ludwig Davidsohn, wurde am 8. Juli 1886 in Hohensalza als Sohn des Mühlenbesitzers Siegmund Davidsohn und seiner Ehefrau Jenny, geb. Gaßmann, geboren.

Ich bin preußischer Staatsangehöriger und gehöre der jüdischen Glaubensgemeinschaft an.

Als ich 8 Jahre alt war, siedelten meine Eltern nach Berlin über, wo ich das Königstädtische Realgymnasium besuchte.

Auf Wunsch meines Vaters, der mich zum Kaufmannsstande und zum Eintritt in das väterliche Werk bestimmt hatte, bezog ich mit 15 Jahren die öffentliche Handelslehranstalt in Leipzig und war sodann eine Reihe von Jahren in kaufmännischen Unternehmungen in Deutschland, England und Schottland tätig; zuletzt trat ich in die väterliche Fabrik in Thorn ein.

Von Oktober 1907 bis Oktober 1908 genügte ich meiner Dienstpflicht als Einjährig-Freiwilliger beim Husarenregiment von Schill (1. Schlesisches) Nr. 4 in Ohlau.

Von Herbst 1908 bis März 1911 war ich an der Berliner Handelshochschule immatrikuliert und hörte gleichzeitig an der Universität Vorlesungen über Philosophie und Geschichte. Am 1. März 1911 bestand ich an der Handelshochschule die kaufmännische Diplomprüfung.

Ostern 1911 wurde ich an der Tübinger Staatswissenschaftlichen Fakultät immatrikuliert, nachdem ich dort die staatswissenschaftliche Vorprüfung mit Erfolg abgelegt hatte.

Nach einem Studium von fünf Semestern in Tübingen bestand ich am 2. August 1913 das mündliche Doktorexamen cum laude. Hierauf widmete ich mich mit Erlaubnis der Tübinger Fakultät noch weitere 2 Semester in Berlin archivalischen Studien zum wissenschaftlichen Ausbau meiner Arbeit, der ich noch mehrere ergänzende Kapitel anfügte. —

Von Anfang bis Ende des Krieges war ich ununterbrochen im Felde, zuerst in der Verdun-Gegend, dann im Somme-Gebiet, in Flandern und an der Siegfriedfront.

Seitdem lebe ich wissenschaftlicher Arbeit in Zehlendorf bei Berlin.

Ich hörte in erster Linie Vorlesungen und Übungen bei folgenden Herren Dozenten:

in Berlin: Eltzbacher, Freiherr von Liebig, Leitner, Sombart, Spies, Dessoir, Frischeisen-Köhler, Adolf Wagner.

in Tübingen: Fuchs, Sartorius, Smend, Stephinger, Thoma, Wilbrandt.

Allen meinen verehrten Lehrern spreche ich an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank aus.

Druck von Carl Hause, Berlin SO 26, Mariannenplatz 23.